

Pippliger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkthätigen Volkes.

Mitgliedsbeitrag pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pf., bei Selbstabholung in der Expedition oder den Filialen 80 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 80 Pf., bei Selbstabholung 70 Pf. — Durch die Post bezogen vierfach, 2.10 M., für 1 Monat 70 Pf. (Bestellgeld vierteljährl. 42 Pf., monatl. 14 Pf.).

Redaktion: Tauchaer Straße 19/21.
Telegraph: Volkszeitung Leipzig.
Telephon: 18698.
Sprechstunde: Montags 8—7 Uhr abends
(außer Sonnabend).

Inserate kosten die gesetzte Zeile oder deren Raum 25 Pf., bei Blattpreis 20 Pf. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Beilegen von Prospekten ist 8.00 M. pro Tausend für die Gesamt-auslage, bei Teilauslage 4 M. — Der Betrag ist im voraus zu entrichten. Schluss der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Bildnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag, Expedition und Inseraten-Annahme: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21, Hofgebäude. Telephon: 2721.

Tageskalender.

Der preußische Finanzminister v. Rheinbaben hat gestern seine Entlassung erhalten.

Ministerpräsident Briand verteidigte in der französischen Deputiertenkammer die Weiterattacke gegen die Pariser Demonstranten.

Die irische Partei beschloß, gegen das Budget zu stimmen, falls sie nicht die Sicherheit erhält, daß die englische Regierung in der Befragung kein Kompromiß abschließt.

Die portugiesische Deputiertenkammer ist aufgelöst worden.

Der Sozialismus und die Genossenschaftsbewegung.

Leipzig, den 28. Juni.

Marx und die Genossenschaftsbewegung.

Auf der Tagesordnung des internationalen sozialistischen Kongresses in Kopenhagen und des diesjährigen Kongresses unserer Partei befindet sich die Frage vom Verhältnis des Sozialismus zum Genossenschaftswesen. Die starke Entwicklung der Arbeiterkonsumgenossenschaften ist es in erster Linie, die die Frage aktuell macht. Es unterliegt nun keinem Zweifel, daß in dieser Frage die Theorie der Praxis nachhinkt, und daß die Praxis — speziell die deutsche — vielen Erfordernissen nicht entspricht, die man vom revolutionär-proletarischen Standpunkt an die Praxis stellen muß.

Wir beginnen unsere Artikelserie mit der Untersuchung des Standpunktes, den Marx in der Genossenschaftsfrage einnahm. Die Genossenschaftsfrage interessierte Marx speziell zur Zeit der Gründung der Internationale, der er die Aufgabe zwies, „die spontanen Bewegungen der Arbeiterklasse miteinander in Zusammenhang zu bringen“. Die Genossenschaftsbewegung war in dieser Zeit in England schon stark entwickelt, nachdem ihr das Industrial and Provident Societies Gesetz vom Jahre 1852 die rechtliche Grundlage geschaffen hatte. Auch in Frankreich bestand eine weit verbreitete, wenn auch nicht auf so solider Grundlage beruhende Genossenschaftsbewegung. Die Würdigung des Genossenschaftswesens, die Marx in der Inauguralrede der Internationale und in der Resolution des Genfer Kongresses vom Jahre 1866 gab, verfolgte den Zweck, die Bewegungen der Internationalen einzugliedern, sie für

den proletarischen Kampf auszunützen, und sie lassen in der Tat die starken Spuren der Zeitumstände, in denen sie gefaßt wurden, leicht erkennen.

In der Inauguralrede stellt Marx das Gelingen der ersten großen Arbeitergenossenschaft, der Konsumgenossenschaft der Rochdale Pioniere in England, das anfeuernd auf die ganze englische Arbeiterklasse wirkte, an Bedeutung der englischen Zehnstundenbill gleich, denn wie durch diese, so unterlag auch durch jene „zum erstenmal am hellen Tage die politische Dekonomie der Bourgeoisie der politischen Dekonomie der Arbeiterklasse“. Es war ein „Sieg des Prinzips“. In der Genfer Resolution, die vom Generalrat vorgeschlagen und, wie Bernstein annimmt, in ihrem grundsätzlichen Teil von Marx verfaßt worden ist (Neue Zeit XIV, S. 230) erklärt Marx, daß das „große Verdienst“ der Genossenschaftsbewegung, die er als „eine der Triebkräfte zur Umwandlung der gegenwärtigen Gesellschaft“ ansieht, darin besteht, „daß das bestehende pauperisierende und despotische System der Unterordnung der Arbeit unter das Kapital aufgehoben werden kann durch das Wohlstand erzeugende und republikanische System der Association freier und gleicher Produzenten“.

Schon hier möchten wir auf eine Tatsache hinweisen: In der Inauguralrede, wie in der Genfer Resolution schreibt Marx der Genossenschaftsbewegung eine — man möchte sagen — demokratische Wirkung, eine Bedeutung nach außen hin zu. Die Genossenschaftsbewegung hält er für den augenscheinlichen Beweis, daß es auch andre Formen der Wirtschaft gibt, wie die auf Lohnarbeit beruhende kapitalistische. Als praktisches Beispiel einer nicht auf Ausbeutung beruhenden Wirtschaft ist ihm die Genossenschaft von großer Wichtigkeit. Um das zu begreifen, genügt es, sich zu erinnern, daß zur Zeit der Internationale in der bürgerlichen Dekonomie die platteten Busgaristen der klassischen Dekonomie herrschten, die die kapitalistische Wirtschaftsform als einzige mögliche darstellten.

Obwohl die englische Arbeiterklasse der Bourgeoisie die Arbeiterschutzgesetzgebung abgenötigt hatte, blieb in der bürgerlichen Dekonomie der Grundsatz von der Nicht-einmischung des Staates in die Verhältnisse von Kapital und Arbeit herrschend. Diesen Bourgeoisorgien den Sieg einer neuen, auf Arbeit beruhenden Wirtschaftsform gegenüberzustellen, schien Marx eine Sache von großer Wichtigkeit. Aus dieser Situation her stammt die Bewertung der Genossenschaftsbewegung als „einer der Triebkräfte zur Umwandlung der gegenwärtigen Gesellschaft“, einer Bewertung, die — wie wir später zeigen werden — zu hoch ist. Wir glauben nicht speziell beweisen zu müssen, daß die jetzige Situation ganz anders ist, daß wir keine Notwendigkeit haben, erst spezielle Beweise für die Möglichkeit einer anderen als der kapitalistischen Wirtschaftsform zu suchen. Die kapitalistische Gesellschaft hat inzwischen ihre Tendenzen mit einer Deutlichkeit entwickelt,

dass es jetzt nicht mehr gilt, theoretisch die Möglichkeit oder auch die Notwendigkeit des Sozialismus zu beweisen, sondern praktisch dem Kapitalismus mit dem Hammer der sozialen Revolution den Garaus zu machen.

Die oben charakterisierte historische Situation verursachte auch, daß Marx gerade die am wenigsten erfolgreiche Form der Genossenschaftsbewegung, die Produktivgenossenschaft, der Arbeiterklasse als die wichtigste empfahl:

Wir empfehlen den Arbeitern, sich eher auf Produktivgenossenschaften als auf Konsumgenossenschaften einzulassen. Die letzteren berühren nur die Oberfläche des heutigen ökonomischen Systems, die ersten greifen es in seinen Grundfesten an.

So heißt es im dritten Absatz der Genfer Resolution. Wir können hier noch Marx als Verfasser annehmen, weil derselbe Gedanke noch ausführlicher von ihm im dritten Bande des Kapitals behandelt wird. Eben weiß er in den Produktivgenossenschaften eine viel eindringlichere Demonstration gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung sah, empfahl er sie den Arbeitern, wobei er die Tatsache aus den Augen ließ, daß selbst die damaligen Erfahrungen der englischen Genossenschaftsbewegung genügend Material gaben zur Erkenntnis, daß diese Form der Genossenschaftsbewegung am wenigsten Entwicklungschancen besitzt.

Die Anerkennung der Genossenschaften durch Marx hatte also einen in der Hauptfache formellen Charakter. Er dachte über ihre prinzipielle Bedeutung sehr hoch. Bei der Beurteilung ihrer praktischen Entwicklungsmöglichkeiten war er jedoch viel fübler. In der Genfer Resolution sagte er ganz ausdrücklich, daß die Genossenschaftsbewegung, wenn sie nur auf die privaten Kräfte der Arbeiter angewiesen sei, „nie imstande sein würde, die kapitalistische Gesellschaft umzugestalten“, daß aber zu ihrer Anwendung in gesellschaftlichem Maßstab „der Übergang der organisierten Gewalt der Gesellschaft, nämlich der Staatsmacht aus den Händen der Kapitalisten und Landeigentümer in die der Arbeiter nötig ist“. In der zitierten Stelle des dritten Bandes des Kapitals faßt er sie als Übergangsformen von der kapitalistischen zur sozialistischen Gesellschaft auf. Von einer Überschätzung der reellen Bedeutung der Genossenschaftsbewegung als der Keimform der sozialistischen Gesellschaft, als des Mittels zur „Aushöhlung“ des Kapitalismus ist bei Marx gar keine Rede. Man könnte umgekehrt sagen, indem er seine Hauptaufmerksamkeit der Produktivgenossenschaft zuwandte, schätzte er die Bedeutung der Konsumgenossenschaft zu niedrig ein.

Wie wir sehen, finden wir bei Marx keine umfassende und erlösende Würdigung der Genossenschaftsbewegung, im Gegensatz zu der tiefen Analyse der Funktion der Gewerkschaftsbewegung, die wir schon im Ende

* S. 427/28, Kapitel 28 über die Bedeutung des Krebs-

Seuilleton. Der Octopus.

Eine Geschichte aus Kalifornien von Frank Norris.
Einzig berechtigte Übersetzung von Eugen v. Tempeln.

110] Nachdruck verboten.

Grau Gerard, die sich sehr viel auf ihre Diners angute tat und nie der Versuchung widerstehen konnte, die ihr nötig scheinenden Erläuterungen über dieses Gericht oder jenen Wein zu geben, sagte, sich über den Tisch beugend, zu dem ihr an der Seite von Frau Cedarquist gegenüberstehenden Presley:

„Herr Presley, finden Sie den Sauterne zu salt? Ich halte es für so bourgeois, einen so empfindlichen Wein wie Sauterne auf Eis zu legen, und Burgunder oder Bordeaux salt zu stellen — o, das ist tatsächlich ein Verbrechen.“

„Ist das nicht Ihr eignes Gewächs?“ fragte Julian Lambert. „Mir scheint, daß ich das Buffet kenne.“

Er wollte als ein Feinschmecker gelten und machte daher über jeden Gang und die dazu gereichten Weine seine sachmännischen Bemerkungen.

„Sie müssen wissen, Herr Presley,“ erklärte die kleine Honora Gerard ihrem Tischherrn, „Papa hat in Südkalifornien seine eigenen Weinberge. Er ist ungemein wälderisch und rumpft die Nase über kalifornische Weine. Nächsten Sommer gehe ich nach Ferrides — dort sind unfeine Weinberge —, ein allerliebstes Dörfschen soll es sein.“

Honora war ein sehr hübsches Mädchen; sie erinnerte an eine zierliche Porzellansfigur und hatte eine fein abgetönte Gesichtsfarbe. Sie trug keinen Schmuck. Die noch wenig entwidelten Schultern und der zarte Nacken wuchsen in köstlicher Unreife aus dem Tüllleibchen ihres ersten ausgeschnittenen Kleides empor.

„Jawohl,“ fuhr sie fort, „ich gehe zum erstenmal nach Europa. Wie reizend wird das sein. Und ich werde meine eigne Fummie de chambre haben, und Mama und ich werden überall hinfahren — nach Baden, Homburg, Spa, Tirol. Wird das nicht reizend sein?“

Mit nichtssagenden Redensarten stimmte Presley ihr zu.

Mehrheitlich schlürfte er den vortrefflichen Wein; seine Blicke wanderten über den wundervollen Raum mit der zu einem goldgelben Tone gedämpften Beleuchtung, mit seinem schimmernden Silber und Kristall, den schönen, prächtig gesleideten Frauen, den gewandten, tadellos ihres Amtes walltenden Dienern und der reichgedeckten Tafel, auf der schöngesetzte Gläser von feinstem Schliff, kostbares Meißner Porzellan und Aufsätze von getriebenem Silber prangten. Alles das zeigte von einem Reichtum, von einem Überfluss, der so groß war, daß an nichts gespart zu werden brauchte. Das war der Haushalt eines Eisenbahn-Magnaten, eines Eisenbahnlöbigs.

Deshalb also mußten die Farmer zahlen. Deshalb zog S. Behrman die Schraube immer fester an, drehte den Schraubstock immer enger zu. Deshalb war Doyle zum Verbrennen getrieben und dem Juchthause überließt, deshalb war Lyman Derrick bestochen, der Governor zugrunde gerichtet, Annigter und Hooven niedergeschossen worden.

Eben wurde die Suppe, Püree a la Derby, gereicht und gleichzeitig, als hors d'œuvre, Oxtolanpastetchen und seine Schnitten gerösteten Weißbrotes, die mit papierdünnen Schinkenscheiben und einer Schicht feingeriebenen Parmesanfasses belegt waren. Der dazu gegebene Wein war, wie Frau Gerard ihre Gäste wissen ließ, Sherry vom Jahre 1815.

Frau Hooven kreuzte die Avenue. Es war schon spät. Ohne es zu wissen, war sie in einen Stadtteil gekommen, den erschrockene Bettler mieden. Niemand ließ sich auf der Straße sehen. Die Kermeise war in ein zu beiden Seiten

sich weithin ausbreitendes Villenviertel geraten, dessen Bewohner schon längst ihr behagliches, hellerleuchtetes Heim aufgesucht hatten. Und so waren die Bürgersteige menschenleer.

„Mammie,“ wimmerte Hilda, „ich bin müde, trag mich.“

Den letzten Rest ihrer Kraft aufwietend, nahm Frau Hooven sie auf den Arm und wankte ziellos weiter. Und wieder lang der Klageruf des hungrigen Kindes an das Ohr der hilflosen, verzweifelnden Mutter:

„Mammie, ich bin hungrig.“

„Ah Gott, mein kleines Mädel,“ rief Frau Hooven, Hilda an ihr Herz pressend, während ihr die Tränen aus den Augen stürzten. „Ah mein kleines Deckchen, sag das noch wieder, sag das noch. Du brichst mir's Herz. Ich hab kee Abendbrot für dich. Nächst hammer zu essen, nicht, nicht.“

„Wenn haben wir denn wieder Brot und Milch, Mammie?“

„Morgen — bald — mit d'r Zeit, Hilda. Ich wech nich, was aus uns wärn soll, ich wech nich, was aus mein Kleen Babyn wärn soll.“

Sie schleppte sich weiter. Mit dem einen Arm hielt sie, so gut es ging, die an ihrer Schulter ruhende Hilda, mit der andern Hand stützte sie sich an dem Gitterzaun der Vorgärten. Endlich kam ein einsamer Fußgänger, ein junger Mann mit hohem Hut und Überzieher in Sicht, der rasch seines Weges ging. Frau Hooven streckte ihre zitternde Hand aus:

„Ah, bitt scheen, helfen Se 'ner armen Frau.“

Der junge Mann eilte weiter.

Der Fischgang bestand aus Grenadins von Barisch und jungem Lachs, der mit einer Farce gefüllt und in Weißwein und Champignonbrühe gedünstet war.

„Ich habe natürlich Ihr Gedicht gelesen, Herr Presley,“ bemerkte Frau Gerard. „Die Mühseligen meine ich,

der Philosophie (1846) und später in einer seiner treiflichsten populären Arbeiten finden, in dem Referat über Lohn, Preis und Profit (1864). Diese Arbeit findet leider noch eine zu geringe Beachtung, obwohl sie eine unübertreffliche populäre Darstellung des ökonomischen Systems von Marx ist.

Obwohl uns also Marx selbst keine Antwort auf die Frage des Verhältnisses der Konsumgenossenschaftsbewegung zum Sozialismus gibt — er zeigte nur, welche Bedeutung die Genossenschaftsbewegung für den Sozialismus nicht haben kann —, so gab er uns die Hilfsmittel, mit denen wir die Frage beantworten können. Er gab uns erstens seine Analyse des kapitalistischen Gesellschaftsmechanismus und dann seine dialektische Methode. Mit diesen Hilfsmitteln in der Hand wird uns die Beantwortung der Frage keine Schwierigkeiten bereiten.

Die Reichsversicherungsordnung.

Die Sitzung vom Sonnabend, den 25. Juni, war für die Regierung ein schwarzer Tag. Eine ganze Anzahl ihrer Wünsche auf Berücksichtigung der Krankenversicherung wurden abgelehnt. Die Beratung setzte ein mit § 348, der die Verwaltung der Landkrankenkassen betrifft. Danach soll der Gemeindeverband, d. h. die Kreisversammlung den Vorsitzenden und die Mitglieder des Vorstands ernennen. Wenn ein Aushang vorhanden ist, wird auch dieser Ausschuss der Kreisversammlung gewählt werden. Die Debatte über diese Bestimmungen war sehr heftig. Die Abg. Moltke bühr., Külzki und Wugdau wandten sich scharf gegen diesen Vorschlag, die ländlichen Versicherten rechlos zu machen, während Nationalliberale und Konservative die Vorschläge verteidigten. Die Regierung erklärte, nicht auf diese Paragraphen verzichten zu können, es seien das Bestimmungen, die für die Regierung entscheidenden Wert haben und von deren Annahme das Schicksal der ganzen Vorlage mit abhänge. Die Argumente der Opposition, daß hier eine breitale Entziehung bedacht sei, daß insbesondere in Sachsen die Landarbeiter heute schon die Selbstverwaltung in den Kassen haben, weil sie dort vielfach den Ortsklassen angehören, bleiben ohne Wirkung. Die konservativen Abg. Arnsdorf, Stubendorff und Graf Westarp wollten keine Rechte für die Landarbeiter. Vom Zentrum sprach Herold zu der Frage und erklärte schließlich nach einer langen Debatte über den Namen der Landklassen, daß das Zentrum gegen die Regierungsvorlage stimmen werde.

Mit 15 gegen 11 Stimmen wurde die Regierungsvorlage abgelehnt und dafür ein Antrag Hize angenommen, nach welchem die Bestimmungen über die Verwaltung der Ortsklassen auch für die Landkrankenkassen gelten.

Die Abstimmung der Beiträge, die der § 412 in der Vorlage vor sieht, wurde hierauf in Konsequenz der über die Verwaltung der Kassen gesetzten Beschlüsse nehezu einstimmig abgelehnt. Nur der Nationalliberal Neuner stimmte dafür. Angenommen wurde eine Fassung, nach der es bei der bisherigen Verteilung der Kassenbeiträge bleibt.

Es folgt die Beratung der Bestimmungen über die Verwaltung der Betriebs- und Innungskrankenkassen. Hier versuchten die Konservativen auf Umwegen das abgelehnte Prinzip der Halbierung der Verwaltungen zwischen Arbeiter und Unternehmer wieder einzuführen. Sie beantragen: in dem Falle, daß die Innungmeister sich bereit erklären, die Hälfte der Beiträge zu zahlen, auch den Innungmeistern die halbe Verwaltung zu überlassen. Sehr entschieden wendeten sich gegen diese Absicht die sozialdemokratischen Vertreter, wie die Freisinnigen und der Pole. Der Zentrumabgeordnete Hize spricht sich anfangs gegen den Antrag aus, ist aber später bereit, den Konservativen entgegenzutreten. Trotz dieser Verhandlungsvorläufe werden schließlich die konservativen Anträge abgelehnt. Die Regierung hatte sich für die konservativen Anträge ausgesprochen.

Von sozialdemokratischer Seite wurde beantragt, einen neuen § 854a einzufügen, der bezweckt, das Entlassungsrecht gegenüber Kassenvorstandsmitgliedern aus dem Arbeiterstande dergestalt einzuschränken, wie es im preußischen Vergesetz für die Sicherheitsmänner vorgesehen ist. Es wird dort bestimmt, daß während der Amtsduauer eines jölden Sicherheitsmannes derselbe wegen der Ausübung seines Amtes nicht entlassen werden kann. Gegen diese Sicherung der Arbeitervertreter in den Krankenkassen wandte sich die Regierung sehr energisch, natürlich auch die Konservativen und die Nationalliberalen, sowie der Zentrumabgeordnete Hize. Dagegen wurde der sozialdemokratische Antrag unterstützt von den Freisinnigen und dem Zentrumabgeordneten Becker. Er wird schließlich mit 16 gegen 10 Stimmen abgelehnt. Dagegen stimmen Konservative und Nationalliberal geschlossen sowie die Zentrumabgeordneten Herold, Hize, Trimborn und Sittart.

Die §§ 355 bis 361 behandeln die Pflichten des Kassenvorstandes. § 356 enthält Bestimmungen über die Anstellung der Beamten, und zwar besagt Absatz 1:

Bei den Ortsklassen werben die Stellen der Beamten und derjenigen Angestellten, für welche die Dienstordnung gilt (die Dienstordnung gilt für alle ständigen Angestellten) durch über-einstimmende Beschlüsse beider Gruppen im Vorstande bestellt.

Was für einen Sermon Sie uns da halten, Sie schrecklicher junger Mann! Ich hatte doch das Gefühl, als ich dem Schriftwort folgen müßte, was da sagt: Verlaufe alles, was du hast, und gib es den Armen! Sie können sich dazu gratulieren, wenigstens mich belehrt zu haben. Lediglich dieses Gedicht hat Frau Cedarquist und mich veranlaßt, den Anstoß zu einer Bewegung zu geben, die darauf abzielt, den von der Hungersnot betroffenen Indern eine ganze Schiffsladung Weizen zu senden. Sind Sie jetzt zufrieden, Sie entseeliger Reaktionär?

"Ich bin höchst freut" murmelte Pressley.

"Ich fürchte nur," ließ sich jetzt Frau Cedarquist vernehmen, "daß wir zu spät kommen. So schnell sterben sie, die armen Leute. Wenn unser Schiff in Indien ankommt, ist die Hungersnot vielleicht schon vorüber."

Hilfe für die Bedürftigen kommt nie zu spät," entgegnete Pressley. "Sie stellen leider stets eine gegebene Größe dar. Es heißt: Die Armen sind stets unter euch."

"Wie ungemein geistreich das ist," sagte Frau Gerard. Frau Cedarquist klopfte als Zeichen ihrer höchsten Bewunderung mit dem Fächer auf den Tisch.

"Brillant, brillant," murmelte sie, "epigrammatisch!"

"Honora," sagte Frau Gerard, sich an ihre Tochter wendend, die gerade mit dem schlaffen Lambert sprach, "Honora, entends-tu, ma chérie, l'esprit de notre jeune Lamartine?"

Frau Hooven wachte, Hilda an ihre Brust pressend, nun Strafe zu Strafe. Ohne Unterlaß nagte der scharfe Zahn des Hungers in ihren Eingeweiden; wo sie auch ging, wohin sie sich auch wandte, ob sie zu Avenue zurückkehrte oder eine andre neue Richtung einschlug —, unablässige und unbarmherzig wühlte die Qual in ihr. Hungrig war sie, hungrig; und wenn der Nahrungsmangel ihr, der ermüdeten Frau, schon solche Qualen bereitete, was

Wenn die beiden Gruppen sich nicht einigen, soll einfache Stimmenmehrheit entscheiden, aber die Beamtenwahl bedarf dann der Bestätigung des Versicherungsamtes. Wird die Bestätigung verlangt, dann soll auf Beschwerde des Vorstandes das Oberversicherungsamt endgültig entscheiden. Hierzu liegen eine große Anzahl Anträge vor. Das Zentrum beantragt, daß sich die Beamtenwahl unter diesen Paletten nur auf den Kassen- und Rechnungsführer, den Geschäftsführer und die Krankenkontrolleure beziehen soll. Die Konservativen beantragen, daß auch die Kassenboten solcher erschwerten Wahl unterliegen, und von sozialdemokratischer Seite wird beantragt, daß

politische und religiöse Bestätigung eines Kassenbeamten kein Grund zur Verfolgung der Bestätigung sein darf.

Die Debatte ist wieder sehr heftig. Die Konservativen sind natürlich für die Regierungsvorlage. Das Zentrum möchte gern im Sinne der Konservativen und der Regierung retten, was zu retten ist, und die Nationalliberalen befinden sich mit in diesem beamtenfeindlichen Bunde, ihnen erscheint der Zentrumsvortrag schon zu liberal. Von sozialdemokratischer Seite wird in erster Linie die Streichung dieser Bestimmung verlangt.

In der Abstimmung wird zunächst der konservative Antrag, die Kassenboten dem Zentrumsvortrag anzustellen, angenommen. Dann wird der Zentrumsvortrag angenommen, der eine kleine Einschränkung der Regierungsvorlage bedeutet und schließlich steht auch gegen die Stimmen der Konservativen und Nationalliberalen der sozialdemokratische Antrag Annahme. Als nun über den so gestalteten Gesamtparagraphen abgestimmt wurde, stimmten die Konservativen und Nationalliberalen wegen des sozialdemokratischen Zusches dagegen, und die Sozialdemokraten und Freisinnigen lehnten den Paragraphen aus prinzipiellen Gründen ab. So fiel die ganze Bestimmung über die Anstellung der Beamten, die den Zweck hatte, Sozialdemokraten aus der Kassenverwaltung fernzuhalten.

Zu § 358 stellten die Konservativen den Antrag, daß die Abänderung des Kassenstatus einer Mehrheit in beiden Gruppen bedürfen soll; der Antrag wurde aber abgelehnt.

Die §§ 362 bis 371 betreffen die Verhältnisse der Kassenangestellten. Hierzu sind umfangreiche Anträge der Sozialdemokraten und des Zentrums gestellt; die Anträge werden begrüßt, eine Debatte und Beschlussfassung aber ausgekehrt, bis die Kommissionmitglieder Gelegenheit zum Studium der Anträge gefunden haben.

Zu § 372, der die Verwaltung der Kassenmittel betrifft, entspricht sich eine sehr lange Debatte. Schließlich einigt man sich dahin, daß die Mittel der Kasse außer zu den Jahresabschlägen, Leistungen, zur Füllung der Rücklage und zu den Verwaltungskosten noch für allgemeine Zwecke der Krankenversicherung verwandt werden dürfen. Die Kommission beschließt noch, den Abschnitt über das Verhältnis der Kassen zu den Aerzten, Apotheken usw. vorläufig zurückzustellen.

Die Debatte beschäftigte sich gestern weiter mit dem Beamtenrecht der Krankenkassenbeamten. Eingeleitet wurde die Sache mit einer großen Entrüstungrede des Grafen Westarp über das Vertragsformular, das im Jahre 1908 von der Verbands der beiden Krankenkassen und Berufsgenossenschaften angestellten Bureaubeamten entworfen ist, aber seit 1908 nicht mehr benutzt wird. In dem Vertragsformular wird gesagt, daß jemand nur dann wegen einer Straftat entlassen werden kann, wenn ihm die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt sind. Der Graf nahm nun seine ganze Juristenweisheit zu Hilfe und konstruierte alle erdenklichen Fälle, bei denen Verbrecher verurteilt werden können, ohne daß ihnen die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt werden. Erzägerer schien zu glauben, daß schon eine Zahl von Krankenkassenbeamten im Gefängnis stehe und noch immer das Gehalt beziehe. Er fragte, was die Regierungen gegen diese Verschlechterung der Krankenkassenbeamten unternommen habe. Die Regierungsvorsteher konnten keinen einzigen Fall angeben, in dem sie einen Vorfall regelhaft gemacht hatten. Diese Unfähigkeit ist begründet, weil noch nie ein verurteilter Beamter aus dieser Vertragsbestimmung auch nur einen Pfennig erhalten hat. Die ganze Entrüstung war also — vergebens.

Die Nationalliberalen beantragen, daß nach fünfjähriger Tätigkeit eine lebenslängliche Anstellung erfolge.

Graf Westarp stellte in Aussicht, daß er bei der Beratung des Einführungsgesetzes beantragen will, sämtliche Anstellungsvorläufe für ungültig zu erklären. Er dachte in dem Augenblick wohl nicht daran, daß er damit die Leute auf einer Stellung bringen werde, die zum Teil auf Drängen der Kommunalbehörden lebenslänglich angestellt sind. Nicht selten sind diese Leute in diese Stellungen gekommen, indem sie erst als Rendanten in den Gemeindelässen lebenslänglich angestellt wurden und als Schalt einen Prozentsatz der Einnahmen erhielten. Dann wurden die Gemeindelässen mit den Ortsklassen vereinigt und die Ortsklassen gezwungen, die Verträge der Gemeindelässen mit zu übernehmen. Dadurch wurden dann diese Rendantenstellen richtige Sineuren. Jetzt liegt die Einnahme wohl auf das Jochsade und dementsprechend wurde dann auch die Einnahme des Rendanten gesteigert. Er hatte nun ein Interesse daran, daß die Finanzlage der Kasse eine schlechte würde, denn jede Erhöhung der Beiträge zieht eine Erhöhung der Einnahmen der Rendanten nach sich.

In der Abstimmung wurden die sozialdemokratischen Anträge abgelehnt und die Regierungsvorlage mit den im Antrag Trimborn vorgeschlagenen Änderungen angenommen. Außerdem wurde ein Antrag unserer Genossen angenommen, daß die politi-

schen und religiösen Bestrebungen kein Grund zur Entlassung sein dürfen, aber nur insofern sie nicht im Geschäft zur Geltung kommen.

Das Zusammenwirken der schwarzblauen Brüder kann nicht harmonischer sein; selbst beim größten Unstum sekundieren sich Konservative und Zentrum. Bei diesem eisenfesten Zusammenschluß ist auch die folgende Meldung über einen geplanten Aufstand wegen der Reichsversicherungsordnung sehr glaubhaft.

Wie bekannt, haben die Verhandlungen in der Reichsversicherungsordnungskommission dazu geführt, daß für die Regierung zuerst wichtige Dinge, wie die Berufskrankenkassen und Versicherungsämter, gestrichen wurden. Die schwarzblauen Bundesbrüder arbeiten deshalb hinter den Kulissen. Wie dem Lokal anzeigt, von einer gut unterrichteten Seite mitgeteilt wird, haben in den letzten Tagen zwischen Mitgliedern der konservativen Partei und des Zentrums vertrauliche Bezeichnungen stattgefunden, die voraussehen lassen, daß Zentrum und Rechte in der zweiten Sitzung der Kommission zu einer Einigung unter sich und mit der Regierung kommen werden, und daß das Ergebnis die Annahme der Regierungsvorlage sein dürfte. Insbesondere sollen die in der ersten Sitzung gestrichenen Versicherungsämter, auf die die Regierung entscheidenden Wert legt, in der zweiten Sitzung angenommen werden, wogegen die Regierung sich zu einigen Zugeständnissen hinsichtlich der Regelung der Beiträge für die Krankenkassen verstehen würde.

Man wird ja sehen.

Gewerkschaftsbewegung.

Zum Kampf und Schiedsspruch im Baugewerbe.

Aus Bauarbeiterkreisen wird der Parteipresse geschrieben: Der Kampfeslärm verhallt. Hier und da grollt es noch

wie bei einem abziehenden Gewitter; aber noch wenige Tage, und der Friede ist wieder eingelehrt. Iwar werden nicht der "hölde Friede" und die "süße Eintracht" freundlich über den Arbeitsstätten des Baugewerbes weilen, von denen die Poeten singen, dazu war der Kampf zu heftig, dazu ist auch die Verbitterung in beiden Lagern zu groß. Aber es wird wieder lebendig auf den so lange ruhigen Bauten werden, der Druck, den die Arbeitsruhe auf große Kreise des Erwerbslebens ausübt, wird wachsen, und allmächtig werden sich auch die erhöhten Gemüter der Kämpfenden abklären und beruhigen.

Dann wird man auch in den Kreisen der Bauarbeiter, wo nach dem Bekanntwerden des Schiedsspruchs eine große Erregung herrschte, den richtigen Blick zur Wirkung des Ergebnisses gewinnen, der zuerst durch manche Einzelheiten des Schiedsspruchs stark getrübt war. Man wird sich über den einen Punkt, der als Lohn erhöhung bei Wiederaufnahme der Arbeit zu zählen ist, hinwegsehen, oder besser, man wird über ihn hinwegsehen nach dem, was dahinter folgt. Und das ist eine durchaus legitime Erhöhung der Löhne für das ganze Vertragsgebiet um fünf Pfennig die Stunde oder um circa 50 Pg. pro Arbeitstag. Ganz gewiß wird auch diese Lohn erhöhung noch nicht geeignet sein, in allen Orten reißende Zustredenheit auszulösen; für viele Orte, und das trifft besonders für die meisten Großstädte zu, war eine wesentlich höhere Lohn erhöhung nötig, wenn die Lebenshaltung der Arbeiter wirklich gehoben werden sollte. Darüber kann gar keine Meinungsverschiedenheit herrschen. Etwas anderes ist es aber, ob diese Unzulänglichkeit des Schiedsspruchs das Urteil der Arbeiterschaft so stark beeinflusst, daß sie zu einer Verwertung des Ganzen, zu einer Vereinigung des Erfolges überhaupt gelangte. Man mußte schon sehr reale Tatsachen übersehen, wenn man den Erfolg der Bauarbeiterorganisationen in diesem Kampfe nicht anerkannte.

Vergangenwärtigen wir uns noch einmal kurz den Verlauf des Kampfes: Seine Grundlage war durch den Ablauf von mehreren Hundert Tarifverträgen gegeben, die an erneuerten waren. An diesen Verträgen waren gering geschäfts etwa 250 000 baugewerbliche Arbeiter beteiligt. Von vornherein trug der Kampf den Charakter eines Altwerkampfes, in dem sich die Arbeiterorganisationen gegen die Angriffe des Unternehmerviertels verteidigen mußten. Diese Angriffe bestanden — das läßt noch genügend bekannt sein — in den Anträgen zum Vertragsminister, die zum Teil gegen die sozial-rechtlichen Zielsetzung der Arbeiter im Vertrag, zum Teil gegen die materiellen Interessen gerichtet waren. Die Unternehmer bestanden darauf, daß Verträge abgeschlossen würden, wollten aber nur solche, die ihre Anträge verwirklichen. Als sich die Arbeiter dessen weigerten, wollte der Unternehmerviertel sie dazu durch die Ausweitung dringen. In dieser Situation lag der Ursprung des Kampfes. Sie war nicht zufällig entstanden, sondern war mit großer Absichtlichkeit von dem Unternehmerviertel herbeigeführt worden. Jahrelang vorher hatte der Unternehmerviertel den Kampf durch Verhandlungen und Abmachungen mit den Materiallieferanten und Organisationen der Großindustriellen vorbereitet. Es war ein wohldurchdachter und sorgfältig vorbereiter Vorstoß des Kapitals, und nicht nur des Kapitals.

Die namhaftesten Kampfsorganisationen des Kapitals standen hinter den aussperrenden Bauunternehmern. Iwar hat sich ihr Interesse an der Aussperre später, als das Schelten der Unternehmerviertel bestellt war, sehr abgetaut, besonders als sie es mit kluger Weisheit bekämpfen sollten; aber an der Vorbereitung und Einleitung des Kampfes waren sie hervor-

gekommen.

Der schmutzige und faule, Uebelkeit erregende Absatz war aber ungenießbar.

"Nein, nein," schrie Hilda, "das ist nicht gut. Ich kann's nicht essen. O, Mamie, gib mir doch wieder Brot und Milch."

Den Gästen der Gerards wurden jetzt die Entrees gereicht — Londonderry-Hafanen, Escalopes von Ente und Risottolettes à la Pompadour. Man trank Château Latour dazu. An der ganzen Tafel war eine lebhafte Unterhaltung im Gange. Die guten Weine hatten den leichten Zwang, der anfangs herrschte, schwinden lassen; die Gäste waren in bester Stimmung und schienen durch ein Gefühl der Zusammengehörigkeit miteinander verbunden zu sein. Der junge Lambert und Herr Gerard tauschten Erinnerungen an gemeinsam unternommene Entenjagden aus. Frau Gerard und Frau Cedarquist unterhielten sich über einen eben aus dem Italienischen übersetzten Roman, der die Schilderung seelischer Zustände, sittlicher Entartung und die Zergliederung des Wesens der Liebesleidenschaften selbstsam durchliefen. Stephen Lambert und Beatrice rühmten die guten Eigenschaften eines schottischen Schäferhunds, den die junge Dame unlängst zum Geliebten erhalten hatte. Die Veranstaltung wirkte festlich und heiter. Die elektrischen Glühlampen strahlten, und der goldklare Wein warf ihr Licht zurück. Die ganze Tafel schimmerte im Glanze blüttenweißen Tischzugs, ausgewählten Porzellans und kristallheller Gläser. Die Diener kamen und gingen; sie füllten die Gläser, reichten die Speisen herum, wechselten die Gedede und besorgten alles ohne Unterbrechung und Verwirrung und ohne jedes unnötige Geräusch.

(Fortsetzung folgt.)

regenten beteiligt. Das Großkapital hat schon lange mit wachsender Besorgnis auf die Verhältnisse im Baugewerbe gesehen. Ihm gefiel es nicht, daß hier die Arbeiter ein Mitbestimmungsrecht besaßen, es fühlte dadurch sein eigenes Herrschaftsrecht bedroht. Und schließlich fürchtete es auch für seinen Profit, der ihm durch Lohnsteigerungen im Baugewerbe bedroht erschien. So standen also die Bauarbeiter, als sie sich dem Unternehmertum und den Kampfstellten einer gewaltigen feindlichen Macht gegenüber. Die ruhige und entschlossene Haltung der Bauarbeiter erweckte bei ihren Freunden zwar viel Vertrauen, aber trotzdem konnte man sich einer gewissen Besorgnis wegen des Ausgangs des Kampfes nicht entzagen. War doch bisher die Arbeiterschaft überall, wo sie in Massenkämpfen hereingeogen wurde, unterlegen. Der Bergarbeiterstreik, der Generalsstreik in Schweden, die verschiedenen größeren Aussperrungen in der deutschen Großindustrie — wo war die Arbeiterschaft bisher aus solchen Kämpfen mit reellen Vorteilen zurückgekehrt? Sollte es in diesem, vom Unternehmertum sorgfältig vorbereiteten Kampfe anders kommen? So fragte man sich. Und es ist anders gekommen. Nach siebenwöchigem Kampf verzichtete der Unternehmertum auf seine Vergewaltigungsansprüche und stimmte einem Vertragsumsturz zu, das für die Arbeiter nicht nur nicht schlechter, sondern noch besser war als das alte, von dem die Unternehmer vorher behaupteten, daß sie mit ihm nicht mehr auskommen könnten. Wegen darin nicht ein großer Erfolg? Ein Erfolg, wie wir ihn in dieser Bedeutung überhaupt noch nicht verzeichnen könnten.

Und das materielle Ergebnis dieses Kampfes? Will man es würdigen, so muß man es in seiner Totalität ins Auge fassen. Was es an Lohnhöhung bringt, bringt es nicht nur 150 000 Ausgesetzten, sondern mindestens drei Viertel der Baugewerblichen Arbeiter überhaupt. Auf dem Verbandsstage der Maurer und Bauhilfsarbeiter gab Bömelburg die Zahl der an der Lohnhöhung teilnehmenden Arbeiter auf 250 000 an. Dabei ist jedoch zu beachten, daß diese Zahl auf Grund der Beschäftigungsüberschüsse im Jahre 1908 gewonnen worden ist, wo selbst im Hochsommer einige Tausend Bauarbeiter arbeitslos waren. Man wird darum mit gutem Recht die Arbeiter, denen die Lohnhöhung zugute kommt, auf relativ 800 000 schätzen können. Und das würdigte man: Ein Kampf, der darauf angelegt war, die Bauarbeiterchaft zu knebeln, so durch Peering ihrer Fesseln unfähig zu machen, materielle Verbesserungen ihrer Arbeitsverhältnisse zu erzielen, ein Kampf, bei dem die Arbeiter die gesamte Scharknäcker gegen sich hatten, ein solcher Kampf von einer in Deutschland bisher unerhörten Größe, der endet nicht nur mit der Zurschaustellung der drohenden Verhölderungen, sondern mit einem in seiner Totalität höchst respektablen materiellen Erfolg! Selbst die Verklärung der Arbeitszeit, gegen die sich der Arbeitgeberbund wiederholt in feierlicher Weise festgelegt hatte, mußte zugestanden werden! Man müßte mit Blindheit geschlagen sein, wenn man den bedeutenden Erfolg, den das Ergebnis des Kampfes bei allen Unzulänglichkeiten im einzelnen darstellt, nicht anerkennen wollte. Ein darf ruhig aussprochen werden, daß sich das Ergebnis völlig im Rahmen dessen bewegt, was man bei Beginn der Bewegung erwartete. Und weil man in seinen Hoffnungen nicht getäuscht wurde, dorum darf man mit gutem Rechte von einem schönen und erhebenden Sieg der Arbeiterklasse sprechen.

Aber neben der augenblicklichen Bedeutung dieses Ausgangs verdient auch Erwähnung, was dem Erfolge einen weit über das eigentliche Kampfgebiet hinausreichenden dauernden Wert verleiht. Das ist die für die Zukunft der Arbeiterbewegung so überaus wichtige Tatsache, daß wir auch Kämpfe auf zentraler Grundlage nicht zu scheuen haben, das wir auch dieser Form des Kampfes gewachsen sein können, wenn die Arbeiterschaft die nötige Energie, den richtigen Opfermut und jenen Grad von Organisationsdisziplin entwickelt, wie es die Bauarbeiter während des Kampfes taten. Das macht den Ausgang dieses größten aller deutschen Arbeitskämpfe zu einem hochbedeutenden Ereignis — für die Arbeiterbewegung wie für ihre Gegner. Das keine Staatsgewalt, kein Blitt und keine Klassenjustiz, keine Pfarrerei und kein Reichsverband den Vormarsch des Proletariats hemmen kann, das wußten wir längst. Jetzt haben wir auch die Gewissheit, daß auch die Unternehmertum in höchster Potenz nicht die Macht hat, der Arbeiterbewegung die Wege zu versperren. Nur das muß uns freue Sorge sein, die Organisation zu fördern, abseits von aller Kleinlichkeit die Bedingungen des Kampfes zu erfüllen in der Erkenntnis, daß der gigantisch gesteigerte Klassenkampf auch geistige Anforderungen stellt an unsre Kämpfer, an unsre Solidarität, deren Inhalt Opfermut und Organisationsfreudigkeit ist.

Sowohl die Zuschrift. Wir selber werben die Tatsachen dieses gewaltigen Kampfes noch einmal kritisch zusammenfassen, sobald der völlige Abschluß der Bewegung uns das ermöglicht.

Leipzig und Umgebung.

Eine Bauunternehmerrechnung für das Publikum.

Der Vorstand des Verbandes der Bauunternehmer für Leipzig und Umgebung hat an die Bauherren ein Fiktusgericht, in dem über die „unverfügbaren Forderungen“ der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter gar rührend Klage geführt wird. Es liege keine „wirtschaftliche Notwendigkeit vor“, die Lohnspannung zwischen Dresden, Magdeburg, Halle und Chemnitz auf der einen Seite, und Leipzig auf der andern Seite, zu ungünsten der Leipziger Unternehmer noch mehr zu erhöhen. Die Bauunternehmer glauben deshalb die neuen Forderungen der Bauarbeiter als „unangemessen“ und „gänzlich unberechtigt“ zurückzuweisen zu müssen. Mit diesen recht billigen und ehrwürdig alten Redensarten haben die Herren Bauunternehmer in Leipzig wohl noch jede Lohnforderung bekämpft; noch keine werden sie für angemessen und berechtigt gehalten haben, und sie würden das auch dann nicht tun, wenn die Löhne in Leipzig viel niedriger als in den zum Vergleich angezogenen Städten wären. Die Redensarten der Herren würden uns zu keinem Federstrich Veranlassung geben, wenn ihnen nicht eine technische Aufmachung beigegeben wäre, die die Bauherren über die finanzielle Wirkung der Arbeiterforderung täuschen soll. Ein von den Bauunternehmern im Leipziger Tageblatt veröffentlichter Artikel dient dem gleichen läblichen Zweck, nur daß mit diesem Artikel das Publikum im allgemeinen gegen die Bauarbeiter aufgewiegt werden soll. Nach der absichtlich falschen Berechnung der Unternehmer sollen die durch den Schiedsspruch gewährten Zulagen betragen: 1910: 30 M., 1911: 80 M. und 1912: 120 M. Das sind bewußt irreführende Zahlen, denen wir die tatsächlich auftreffenden entgegenstellen. Ab 15. Juni d. kommen in Betracht 15 Wochen mit je 58 Stunden und 10 Wochen mit je 48 Stunden, à 1 Pfennig Zulage macht 12,80 M.; 1911: 30 Wochen mit je 58 Stunden und 10 Wochen mit je 48 Stunden, à Stunde 3 Pfennige Zulage macht 82,10 M.; 1912: 30 Wochen mit je 53 Stunden und 10 Wochen mit je 48 Stunden, à 5 Pfennige Zulage macht 103,50 M. Zusammen also in den genannten drei Jahren eine Lohnhöhung von 178,40 M. und nicht 210 M., wie die Unternehmer glauben machen wollen. Nach ihren weiteren Angaben sollen die neuen Forderungen der Maurer und Zimmerer pro Mann und Jahr ausmachen: 1910: 100 M., 1911: 175 M. und 1912: 225 M., zusammen also 500 M. Lohnhöhung in drei Jahren. In Wahrheit würde z. B. die Erfüllung der Forderungen der Zimmerer, die gleiche wie oben angegebene Arbeitszeit vorausgesetzt, folgende Zahlen ergeben: 1910: 51 M. Zulage, 1911: 144,90 M. und 1912: 186,30 M., also zusammen 382,20 M. in den drei Jahren, oder 208,80 M. mehr, als wie das Angebot der Unternehmer ausmacht. Die Unternehmer haben sich bei ihren Angaben einfach der Überzeugung schuldig gemacht, in der Absicht, das Publikum über den Zustand zu täuschen. Die Herren operieren aber auch mit zweierlei Zahlen. Während sie in dem Fiktus die durch Schiedsspruch ausgeworfene Zulage für die Jahre 1910, 1911 und 1912 mit 30, 80 und 120 M. fälschlicherweise berechnen, geben sie in dem, in das Leipziger Tageblatt lancierten Artikel 25, 75 und 125 M. an. Die Bauunternehmer werden sich gefragt haben, daß die „verehrten Bauherren“ eine noch größere Portion Aufsicht vertragen können, als das Publikum überhaupt. Wenn schließlich die Unternehmer im Leipziger Tageblatt behaupten, daß die durch den Schiedsspruch gewährte Zulage für 80 000 Bauarbeiter eine Lohnaufsichtserhöhung von 200 000 000 M. bedeute, so wünschen wir nur, daß diese Angabe stimmen möge. Die Bauarbeiter können eine solche Zulage wirklich gebrauchen angesichts der systematisch herbeigeführten Verkürzung aller Lebens- und Genussmittel. Und eine doppelt so hohe Zulage würde vollständig nur belebend und befriedigend wirken. Wenn die Unternehmer in dem erwähnten Artikel weiter noch erklären, daß sie mit Annahme des Schiedsspruchs ihre eigenen Interessen hinzugeht haben und gern bereit sind, die großen Opfer auf sich zu nehmen, so liegt für sie der Knüppel beim Hunde. Mit ihrem streitlichen Begünsten, durch eine brutal infizierte Aussperrung die Arbeiterorganisationen zu spalten, um dann schonungslos die Arbeitsbedingungen diktionieren zu können, sind sie an dem Kampfesmut der Bauarbeiter, an deren straffen zentralistischen Organisationen und an der Opfersfreudigkeit des Proletariats gescheitert. Wenn es ihnen nun einen Trost gewährt, vor dem Publikum die Großmütigen zu spielen, sind die Arbeiter nachlässig und menschenfreundlich genug, die Herren dabei nur dann zu töten, wenn es im Interesse wirtschaftsgemäßer Feststellungen nötig ist.

Fortschreiter der Materialsperrre. Der Verband der Leipziger Bauunternehmer hält die Materialsperrre aufrecht. Er hat an die Materiallieferanten und Ziegelhersteller folgendes Schreiben geschickt: „Für die uns bis jetzt gewährte Rücksicht danken wir Ihnen verbindlich. Wir bitten Sie aber bitte, auch jetzt noch, und nun erst recht, die Materialsperrre aufrecht zu erhalten, da jetzt genau dieselben Interessen auf dem Spiele stehen wie bisher. Wir glauben an der Annahme berechtigt zu sein, daß die Arbeiter ihren Streik nicht mehr lange aufrecht erhalten werden und bitten Sie deshalb, bevor eine offizielle Aufhebung unsererseits noch nicht stattgefunden hat, die Sperrre als noch bestehend zu betrachten.“

Bildhauer und Steinbrüder. Im Nordhausen sind die Kollegen in einer Tarifbewegung eingetreten, welche die dort herrschenden und sehr rücksichtigen Arbeitsbedingungen verbessern soll. Der Tarif wurde allen in Frage kommenden Unternehmern unterbreitet. Wir ersuchen, bis auf weiteres allen Zugang nach Nordhausen zu vermeiden.

Verband der Bildhauer und Steinbrüder, Bezirk Leipzig.

„Lohnbewegung“ der nationalen Gastwirtschaften in Leipzig. Die Herren nationalen Gastwirtschaften, die bei Wahlen und ähnlichen Gelegenheiten den Parteien sich gern in empfindende Erinnerung bringen, durch Verluste, die Sache der Arbeiterschaft zu schädigen scheinen nur die Folgen der „nationalen“ Politik endlich auch recht unangenehm zu merken. Durch die Erhöhung der Werkpreise und dadurch, daß die Wölfe jetzt die Brüder bezahlt verlangen, sind die Einnahmen aus Trinkgeldern erheblich zurückgegangen. Der Ausschluß der nationalen Gastwirtschaften hat deshalb bei der Leipziger Gastwirksammlung einen Bohnerfolg eingerichtet, ist aber damit abgefallen. Auch den geforderten Mindestgehalt von 30 M. für Gehilfen mit Sprachkenntnissen lehnten die Wölfe ab, worauf die Gehilfen auf weitere Verhandlungen verzichteten. Damit wird ihre „Lohnbewegung“ zu Ende sein. Bei den nächsten Wahlen werden sie wieder in begleiteter Kurzstimming für die „nationale Politik“ eintreten. Oder etwa nicht?

Deutschland Reich.

Tarifbewegung der Berliner Elektarbeiter.

Die Berliner Elektarbeiter, die im Buchbinderverband organisiert sind, haben in einer am 27. Juni abgehaltenen Versammlung beschlossen, den am 14. Oktober 1907 mit dem Verbande der Berliner Elektarbeiter abgeschlossenen Tarifvertrag zum 30. September zu kündigen und die Organisationsleitung mit der Ausführung des Beschlusses beauftragt. Die Arbeitnehmervertreter in der Schlüttungskommission wurden mit der Ausarbeitung eines neuen Entwurfes betraut, der in einer demnächst stattfindenden Versammlung vorgelegt und dann der Unternehmensorganisation übermittelt werden soll.

Tarifvertrag im Porzessiergewerbe in Nürnberg.

Bereits seit fünf Jahren sind die Lohn- und Arbeitsbedingungen im Porzessiergewerbe tariflich geregelt. Die äußerst günstige Konjunktur veranlaßte jetzt die Unternehmer, den Vertrag zu kündigen und gleichzeitig einen neuen Entwurf einzutragen. Die Unternehmer, die sämtlich dem Arbeitgeberverband für die Kartonagen-, Papier- und Porzessierindustrie Mittelfrankens angehören, erklärten, laut Statut dürfen sie Tarife mit den Arbeitern nicht abschließen, später aber suchten sie beim Verband um Erlaubnis nach, die ihnen dann auch gewährt wurde. Durch die Tarifverhandlungen wurde erreicht: In keinem Betrieb darf die regelmäßige Arbeitszeit mehr als 54 Stunden pro Woche betragen. Sonnabends und an Vorabenden gesetzlicher Feiertage ist spätestens um 5 Uhr, an den Vorabenden vor den großen Festen ist um 4 Uhr Arbeitsschluß ohne Lohnabzug. Für Überstunden werden 25 Proz. für Sonntagsarbeit 38½ Proz. Zuschlag gezahlt. Die Mindestlöhne erfahren eine Erhöhung von 2 M. pro Woche. Altkordarbeiter erhalten den aus den letzten vier Wochen sich ergebenden Durchschnittslohn als Mindestlohn garantiert. Die Altkordlöne auf alle Artikel, sowie die Zeitlöhne aller Arbeiter und Arbeiterinnen müssen in Gemeinschaft mit den Werkstattauskäufen geprägt und wo irgend angängig, erhöht werden. Die Altkordlöne, die für Heim- und Werkstattarbeiter gleich sein müssen, dürfen nur in Gemeinschaft mit den Arbeitsauskäufen festgesetzt werden. Wird hierbei eine Einigung nicht erreicht, so entscheidet ein auf Grund der Bürgschaftsordnung eingerichtetes Schiedsgericht endgültig. Dieses Schiedsgericht hat auch das Recht, Strafen wegen Nichteinhaltung des Tarifes auszusprechen. Die vereinbarten Preise müssen in jedem Betriebe zum Aushang gebracht werden.

Das Haupttarifamt im Malergewerbe

dass auf Grund des Reichstarifvertrages für Entscheidungen von Berufungen und grundsätzlichen Streitfragen vorgesehen ist, wird zum erstenmal am Dienstag, den 28. Juni, in Berlin tagen. Als Schiedsrichter sind die Herren Magistrat Dr. Schulz, Sevberger Richter Dr. Preller und Geheimrat Wiedeck von den Parteien bestimmt. Die Organisationen als Vertragskontingenzen stellen 18 Vertreter, wovon 8 auf den Hauptverband deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe, 7 auf den Verband der Gehilfen (Sitz Hamburg) und 1 Vertreter auf den Christlichen Zentralverband entfallen. Im Streitfällen, wo der Christliche Zentralverband der graphischen Berufe (Maler und Lackierer) beteiligt ist, kann dieser ebenfalls einen Vertreter beanspruchen; es tritt dann ein Vertreter der Gehilfenorganisation zurück. Zur Verhandlung stehen 31 Berufungen und Beschwerden, die sich aus den bisherigen Entscheidungen der Orts- und Gautarifamtsverhandlung über die Durchführung des Reichstarifvertrages mit seinen örtlichen Bestimmungen ergeben haben. Über die Auffassung des notwendigen Mehrzuschwanges, den die Gehilfen bei Arbeiten außerhalb des Tariftarifes nach dem Reichstarifvertrag als Lohnzuschlag zu verlangen haben, liegen viele und gegenseitige Entscheidungen vor, die im besonderen von den Arbeitgebern bekämpft und angefochten werden. Einen besonderen Streitpunkt bildet der nicht besonders glücklich ausgefallene Schiedsspruch über den Ausgleichsziffern für das in Wegfall gekommene Fahrgeld bei Arbeiten innerhalb des Tariftarifes.

Zur Durchführung des Reichstarifvertrages haben sich bis jetzt 180 Ortstarifämter gebildet, davon sind 66 mit Gemeinderichtern, Richtern usw. als unparteiische Richter besetzt. In den übrigen Ortstarifämtern liegt der Vorstand in den Händen eines Arbeitgebers und nur in wenigen Fällen in den Händen eines Arbeitgebers. Und eine doppelt so hohe Zulage wird bei vollständigem Mehrzuschwange, den die Gehilfen bei Arbeiten außerhalb des Tariftarifes nach dem Reichstarifvertrag als Lohnzuschlag zu verlangen haben, liegen viele und gegenseitige Entscheidungen vor, die im besonderen von den Arbeitgebern bekämpft und angefochten werden. Einen besonderen Streitpunkt bildet der nicht besonders glücklich ausgefallene Schiedsspruch über den Ausgleichsziffern für das in Wegfall gekommene Fahrgeld bei Arbeiten innerhalb des Tariftarifes.

Der Landarbeiterverband im Jahre 1908.

Der Verband der Land-, Wald- und Weinbergarbeiter erstattet seinen ersten Geschäftsbericht für das Jahr 1908. Danach ist es in der kurzen Zeit des Bestehens der Organisation (seit 1. Juni 1900) gelungen, bei der ländlichen Arbeiterschaft Einzug zu finden, trotzdem sehr bald der Widerstand der Behörden und Gußbesitzer bemerkbar wurde. Lokalmangel, Angst vor den Gußbesitzern und Behörden mußten erst überwunden werden, ehe ein Erfolg erzielt werden konnte.

Der Mitgliederstand blieb am Ende des laufenden Jahres die ersten 10 000 übersteigen. Ende 1908 zählte der Verband 215, gegenwärtig ca. 340 Orts- und Bezirksgruppen in allen Teilen Deutschlands. Aus anderen Verbänden sind insgesamt nur 260 Mitglieder übergetreten, darunter die Mehrzahl bayrischer Waldarbeiter aus dem Verband der Staats- und Gemeindearbeiter.

Die anfänglich gelegte Auffassung, die neuen Mitglieder eigneten sich schwer zur Vornahme der Verwaltungsgeschäfte, konnte sehr bald der erfreulichen gegenteiligen Erkenntnis weichen.

Als eine Einrichtung, die wohl am meisten in Anspruch genommen werden dürfte, hat sich der freie Reichssozialverband eingesetzt. Neben der Verantwortung zahlloser Anträge, die sich nicht nur auf das Gebiet des Arbeitsvertrags und der Arbeiterversicherungsgesetze beziehen, hatte die Verbandsleitung bereits in sehr vielen Fällen die Einleitung von Klagen bei den verschiedenen Gerichten nötig. Es konnte auf dem Civilprozeßweg, wie auch durch Beifall in vielen Strafverfahren den Mitgliedern Wirkung und erfolgreich Hilfe geleistet werden. Beim Eintragen in das Gebiet der Gesindeordnungen, Ausnahmengesetze und polizeilichen Verordnungen gegen die ländlichen Arbeitnehmer zeigte sich erst die Nekrosisfähigkeit dieser Arbeiterschaft.

Direkte Verbesserungen im Lohn- und Arbeitsverhältnis wurden in der kurzen Zeit auch schon erzielt. Der bloße Zusammenschluß der Landarbeiter eines Bezirks genügte, um die Arbeitgeber zur Gewährung von höherem Lohn und besserer Verhandlung zu veranlassen. In verschiedenen Waldarbeiterbezirken wurden durch Eingaben an die staatlichen Behörden Verbesserungen angebahnt und teilweise erreicht. Die Landtagsabgeordneten wurden bei ihrem Eintreten für die Interessen der Land- und Forstarbeiter mit Material unterstützt.

Das Verbandsborgart Der Landarbeiter ist, nach mündlichen und schriftlichen Verhören zu schließen, zum gern gelesenen und vielfach am Monatsbeginn mit Ungeduld erwarteten Blatte geworden, das das Gefechtsrisiko bei den ländlichen Arbeitern weckt und den Gedanken austausch der unter den denkbaren verschiedensten Verhältnissen lebenden Peiner auf die Notwendigkeit des Klassenkampfes lenken konnte.

Der junge Verband ist in seinem ferneren Wirken auf die tägliche Mitarbeit aller in der modernen Arbeiterbewegung scheinenden Kräfte angewiesen, um so mehr, als die Gegner im Unternehmerlager, aufgeschreckt durch unsere Erfolge, bereits vorzugehen, durch Gegenmaßnahmen dem Verband den Weg zu weiteren Erfolgen zu verlegen.

Lohnbewegungen in der Glasindustrie. Der Streik der Glasmacher in Münster am Deister ist nach dreitägiger Dauer mit gutem Erfolg für die Arbeiterschaft beantragt worden. Erreicht wurde eine Lohnhöhung von 10 Proz. und der Abschluß eines Tarifvertrages auf die Dauer von zwei Jahren. — In Badenhausen ist es zu ersten Differenzen gekommen. Die Streiks in Rauscha und Ilmenau sowie die Aussperrung in Wolfrathshausen dauern fort.

Musiland.

Achtung, Steinseher! In Sofia (Wolgarten) sind die Pflesterer in den Ausland getreten. Es wird versucht, Arbeitskräfte aus Deutschland herüberzuholen und ist deshalb Zugang von deutschen Steinsehern fernzuhalten.

Eine Straßen demonstrieren der Unternehmer. In Wien haben 2500 Unternehmer aus allen Landestellen auf dem Ring und vor dem Parlament eine Straßen demonstrieren veranstaltet. Das Parlament hatte förmlich beschlossen, die Bestrafung der Arbeiter wegen Kontraktbruchs in bestimmten Fällen abzuschaffen. Das hat die Scharknäcker in Österreich direkt in Hartnäckigkeit gebracht, daß sie im Wiener Rathausaal eine Protestversammlung abhielten und heraus demonstrierten, das hat wenigstens den Reiz der Neuheit.

Küchenzettel der städtischen Speiseanstalten.

Mittwoch:

Gespeisenkett I (Johanniskirche): Schnittroll mit Butterkeks.
Gespeisenkett II (Zwingerstraße 1): Saure Kartoffeln mit Kaldaunen.
Gespeisenkett III (Waisenhaus): Spätzle mit Butterkeks.
Gespeisenkett IV (Burgstraße): Spätzle mit Butterkeks.
Gespeisenkett V (Waisenstr. 10): Milchsuppe mit Butterkeks.
Gespeisenkett VI (Neue Markt, Hühnerstr.): Saure Kartoffeln mit Kaldaunen.

Berantwortlich für den redaktionellen Teil:
Hermann Müller in Leipzig.

Berantwortlich für den Inspektoratell:

Friedrich Piller in Borsdorf-Leipzig.

Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Diese Nummer umfaßt 14 Seiten.



Gala-Eröffnungs-Vorstellung!

Sonnabend, den 2. Juli 1910, abends 8½ Uhr.

Konsum-Verein L.-Plagwitz und Umg.

Abteilung Fleischerei

(E. G. m. b. H.)

Achtung, Mitglieder!

Wir machen unsere geehrten Mitglieder darauf aufmerksam, dass wir in unseren Spezialverkaufsstellen für

Fleisch- und Wurstwaren

vom 1. Juli 1910 ab das

Rollen-Marken-System

einführen werden :: Im eigensten Interesse eines jeden Mitgliedes liegt es nun, diese Marken sorgfältig aufzubewahren und sobald ein Betrag von 20 Mark vorhanden ist, dieselben sofort in der Geschäftsstelle gegen eine Klebemarke in demselben Werte umzutauschen, welche dann nach wie vor in die Markenkarte eingeklebt wird :: Die Marken kommen in Form von Papierstreifen in 1 ♂, 2 ♂, 5 ♂, 8 ♂, 10 ♂, 20 ♂, 50 ♂, 80 ♂, 1 ♂, 2 ♂, 3 ♂ und 5 ♂ zur Ausgabe. Wir bitten, darauf zu achten, dass beim Einkauf der richtige Betrag in Marken verfolgt wird :: Die bis jetzt gültigen Pappmarken sind sämtlich bis 30. Juni in den Verkaufsstellen umzutauschen

Der Vorstand.

Politische Uebersicht.

Wieder ein Mann über Bord.

Die Kreuzzeitung meldet: "Wie wir erfahren, ist dem Finanzminister Freiherrn von Rheinbaben die erbetene Entlassung aus seinem Amt in Gnaden bewilligt worden. Sein Scheiden aus dem Staatsdienste dürfte jedoch ganz vorübergehend sein, da die große Begebung und Arbeitskraft des Ministers dem öffentlichen Dienste erhalten bleiben soll, wozu die noch ausstehende Besetzung des Koblenzer Oberpräsidiums die Gelegenheit bietet."

Zu dieser überraschenden Meldung kommt eine Nachricht aus Köln, wonach dort das "Gerücht" umgeht, Rheinbaben werde zurücktreten und das Oberpräsidium der Rheinprovinz übernehmen. An der Richtigkeit der Meldung ist, da sie das konservative, Herrn Rheinbaben politisch so nahestehende Hauptorgan ohne jeden Vorbehalt bringt, nicht mehr zu zweifeln.

Was ist inzwischen geschehen, das den plötzlichen Rücktritt Rheinbabens veranlaßte. Hat er mal beim Statsspielen bei Hofe schlecht bedient? Oder gar den Kaiserlichen Dackeln, über die schon Posadowstys lange Beine stolpern, nicht genug Reverenz erwiesen? Aus politischen Gründen fällt ja kein Minister in Preußen, es sei denn, daß er den Junkern nicht mehr paßt. Und Rheinbaben paßte den Junkern, sogar sehr. Seine Finanzwirtschaft war so standhaft, wie sie sich die Junker nur wünschen könnten. Er sorgte dafür, daß den Arbeitern der letzte Groschen ihres Einkommens versteuert wurde durch Einführung der Denunziationspflicht des Unternehmers, während die Agrarier ihr liebgewordenes Vorrecht der systematischen Steuerhinterziehung behielten. Professor Delbrück wies Herrn Rheinbaben nach, daß in Preußen jährlich für rund 50 Milliarden Vermögen zu wenig Steuern bezahlt werden. Herr Delbrück schlug damals vor, den Landrat als Vorsitzenden der Steuereinschätzungskommission zu besetzen, ein Vorschlag, auf den Rheinbaben auch eingehen wollte. Die Junker tönten damals nicht schlecht gegen ihren Finanzminister. Daß sie ihn aber deshalb aus Lohn und Brot gebracht haben, glauben wir nicht. Die Junker hätten immer noch, selbst wenn Herr Rheinbaben auf die steuerpolitische Entthropung des Landrats bestanden hätte, Mittel und Wege gefunden, ihr Unterschlagungsmonopol zu erhalten, ohne einen so getreuen Junkertreue, wie Rheinbaben war, in die Wüste zu schicken.

Der Vorstoß, den der Bankdirektor Gwinner neulich im Herrenhause gegen Rheinbaben unternahm wegen der gottjämmerlichen Finanzpolitik dieses Mannes, dessen falsche Dispositionen über Staatsanleihen usw. jährlich dem Staat ungezählte Summen kosteten, hat ohne Frage einen außerordentlich tiefen Eindruck in der gesamten Deutschen Öffentlichkeit gemacht. Aber wann war denn diese Schandwirtschaft etwas Neues? Und war denn Herr Rheinbaben hier wirklich der Hauptschuldige? Die zynische Politik im gesamten Reich, die Millionen und Milliarden verpusverte, seit 20 Jahren alle fünf Jahre die Reichsschuldenlast um eine volle Milliarde vermehrte, im ganzen also um 4 Milliarden, dazu die ungeheure Erhöhung der laufenden Reichseinnahmen durch enorme Erhöhung der Steuern und Zölle — das ist der eigentliche Grund der finanziellen Mizwirtschaft auch in Preußen. Durch die Finanzreform Miquels waren Preußens Finanzen äußerlich glänzend geworden. Unter Rheinbaben war von diesem Glanz bald der lezte Schimmer gewichen.

Dieser Schimmer wird aber auch unter einem neuen Finanzminister nicht wiederkommen. Vielleicht holt sich Wilhelm, wenn die Jucker nichts dagegen haben, einen "Koofmich" ins Finanzministerium. Er hat die Leute ja so gerne, das wäre das sicherste Mittel, das ganze "liberale Bürgertum in Stadt und Land", das jetzt gross und besetzt steht, mit einem Schlag wieder in die Hurrafanalise zu verwandeln, als die wir alle dieses behagliche "liberale Bürgertum" kennen. Die freisinnige Presse, die die Entlassung Dernburgs als einen Schlag ins Gesicht dieses "liberalen Bürgertums" bezeichnete, würde schon für die nötige Sauce sorgen, wenn Wilhelm für den Braten sorgt.

Also wohl! Ein "Koofmich" ins preußische Finanzministerium! Das ist die Forderung des Tages!

Deutsches Reich.

"Finanzreform" in Sicht!

Der Reichstag für 1911 soll eine Mehrausgabe von rund 115 Millionen Mark gegenüber 1910 aufzuweisen. Dieser Mehrbetrag soll in der Hauptsache entstanden sein durch die verstärkte Tilgung und Verzinsung der Reichsschuld, durch das Verliegen des Reichsinvalidenfonds, durch das weitere Anwachsen des Pensionsfonds und durch die Abbildung eines Drittels des Zehnbetrags aus dem Jahre 1909. Von den 115 Millionen gehen ab etwa 40 Millionen Mark infolge Wegfalls der einmaligen Beamtenbeihilfen und der Erbschaftssteuerabzüglichungen. Danach sind also zu decken 75 Millionen Mark mehr. Nach den ungünstigen Ergebnissen der Einnahmen des Reichs an Zöllen und Steuern kann man für das nächste Jahr im günstigsten Falle 80 Millionen Mark Mehreinnahmen gegen 1910 an Zöllen und Steuern annehmen. Danach verbleibt also ein Defizit von 15 Millionen Mark. Das Flottengefäß sieht aber für das Jahr 1911 eine Mehrausgabe von rund 28 Millionen Mark vor, so daß also 88 Millionen Mark mehr zu bedenken sind. An der Balancierung des Staat mit achtzig Pfennig Patrimonialarbeitungen müsse aber unter allen Umständen festgehalten werden. Und aus diesem Grunde werde es der größten Anstrengung und der vorsichtigsten Verteilung der Ausgaben auf die kommenden Jahre bedürfen, um den Staat zu balancieren.

Die alte Taktik, mit unangenehmen Dringen erst allmählich herauszurücken, haben wir auch hier: die wichtigsten, drückendsten Mehrausgaben, die dem deutschen Michel aufgeladen werden sollen, werden vorsichtig im Hintergrund gehalten.

Es fehlen die Mehrlasten der neuen Militärvorlage! Sie sind auf mindestens 40—50 Millionen zu veranschlagen,

Es fehlen zweitens die Gelder für die Veteranenbeihilfen. Es fehlen alle Mehrausgaben für die Sozialpolitik! Statt daß diese Ausgaben an erster Linie stehen sollen, werden sie stillschweigend übergangen.

Aus den 88 Millionen Mark also, die angeblich mehr an beden sind, wird voraussichtlich das drei- oder vierfache werden.

Da die Regierungen die Patrimonialarbeitungen nicht erhöhen wollen, müssen sie also eine neue "Finanzreform" planen, sie müssen versuchen, aus dem Rücken des Volkes neue Nienen zu schneiden.

Keine Wahl: entweder gänzliche Umkehr des politischen und finanziellen Systems des Reichs, oder neue Belastung der Massen, die fast erlegen unter der Last der leichten "Finanzreform".

Wilhelm II. und Friedberg-Büdingen.

Nach Pressemeldungen ist die tapfere Prinz-Homburg-Schlacht, die Wilhelm II. nach den Januarwahlen befehlt, aus seinem Herzen gewichen. Der Kaiser sieht die Wahlsiege der Sozialdemokratie mit tiefer Betrübnis und gab am Sonntag, nach Einlaufen des Friedberg-Büdingener Wahlsiegess, dieser Beitrübnis auch Ausdruck. Er legte seiner Predigt das Wort auf Lukas unter:

Und es war um die sechste Stunde, und es ward eine Finsternis über das ganze Land bis an die neunte Stunde.

Vielleicht nimmt der allerhöchste Prediger zur Grundlage der nächsten Predigt ein andres Bibelwort, das da lautet:

Und das Licht scheinet in der Finsternis, und die Finsternis hat es nicht begriffen.

Und es war doch das "wahrhaftige Licht", welches alle Menschen erleucht, die in diese Welt kommen. So zu lesen: Evangelium St. Johannis 3, Vers 5,9. Da muß es wohl wahr sein.

Koloniales Gold.

Der Bezirksgesetz Dr. W. Koch macht in den Mitteilungen aus den deutschen Schutzgebieten Angaben über Goldvorkommen im östlichen Logoland.

Da wird's also einen neuen Börsenschwindel absezten, und vor allem auch werden die Eingeborenen, die bisher noch nicht an "regelmäßige" Arbeit gewohnt waren, daran glauben müssen.

Als jetzt steht dem Gouverneur von Togo allein das Recht zu, auf seinem Gebiet zu schürfen; doch wird er sich natürlich, wenn der Abbau lohnt, mit den großen kolonialen Kapitalistengesellschaften ins Benehmen setzen. Der Arbeiter, der afrikanische, eingeborene wie der deutsche, werden von dem afrikanischen Gold ebensoviel zu sehen bekommen wie von den afrikanischen Diamanten. Im Gegenteil, die Goldfunde werden der Regierung ein Vorwand sein, um für weitere koloniale Bahnbauten usw. der Volksmasse die gemusterten Goldbügel abzuknüpfen und den Eingeborenen zum regulären Lohnsklaven zu machen. Den Nahm aber werden, wie bisher, ein paar Großkapitalisten und großkapitalistische Gesellschaften abschöpfen.

Das neue böhische Volksschulgesetz

erscheint in einem Teile der *Zentrumspresse* eine Befreiung, die sicherlich die Zentrumsfraktion der Zweiten Kammer nicht geahnt hatte. Ihre beiden Redner begrüßten in der Generaldebatte die Einführung des achtjährigen Volksschulbesuches auch für die Mädchen. Dagegen wendet sich in der ultramontanen Offenburger Zeitung ein Zentrumsbruder vom Lande. Er befiehlt zuerst die Entziehung so brauchbarer weiblicher Arbeitskräfte der Landwirtschaft auf ein weiteres Jahr; dann schuldet er die böhische Volksvertretung an, daß sie mit dem Obligationen des 8. Schuljahres die Gebote der Sittlichkeit und weiblichen Hygiene rücksichtslos verlege; es würden die Mädchen beim Beginn der Pubertätsentwicklung zum schädlichsten Sigen auf der Schulbank gezwungen, statt draußen in Feld und Wiese, im Hause und bei der Fleischmutter zu arbeiten. Das Zentrumsblatt kramt dann die bekannte Weisheit aller Dunkelmänner aus: es kommt beim Volksschulunterricht nicht auf theoretische Kenntnisse an, sondern auf die Übung im Flecken, Nähen, Waschen und Kochen. — Also das Junkerprogramm in schönster Form. In Baden sagt man sonst kürzer: die dümmsten Bauern haben die grössten Kartoffeln. — Ingolstadt bestehen die böhischen Klosterschulen auch nach dem neuesten Geschehe weiter, worn vollschulplastische Mädchen unterrichtet und im Unterricht als Pensionäre bis ins 17. Jahr festgehalten werden, ohne Kochen, Waschen und Flecken zu lernen.

Das Staatsangehörigkeitsgesetz wird doch noch länger auf sich warten lassen, als längst von einer parlamentarischen Korrespondenz angegeben wurde. Die Post hat sich an "zuständiger" Stelle erkundigt und dabei erfahren, daß vorläufig noch nicht an einen fertigen Gesetzentwurf zu denken ist. zunächst sind die diplomatischen Vertretungen Deutschlands im Auslande erst einmal zur Erfassung von Gutachten aufzufordern, die aber noch nicht alle vorliegen. Erst wenn dies der Fall sein wird, werden wieder kommissarische Beratungen stattfinden, und erst dann wird der Gesetzentwurf fester umrisse Formen annehmen können.

Das heißt: daß ganze Gesetz wird auss Unabschöpfbar oder aber immer verschoben.

Die Quittung über die Zoll erhöhung auf französischen Schaumwein wird jetzt im Journal officiel als Antwort auf eine Anfrage des Abgeordneten Brousse veröffentlicht. Danach hat die französische Regierung durch ihren Botschafter Cambon in Berlin über die Erhöhung Beschwerde führen lassen. Das Auswärtige Amt in Berlin erklärt darauf, daß jede "böswillige Absicht" fernste. Das war natürlich ein schlechter Trost für die französischen Schaumweinproduzenten. Cambon mußte darauf erklären, Frankreich könnte in die Zwangslage versetzt sein, Repressionsmaßregeln zu ergreifen, und sprach von der Möglichkeit der dauernden Anwendung von Repressalien.

Das Resultat der Zoll erhöhung ist somit, daß der Gewinn, den sie für die Reichskasse erzielt, weit übertroffen werden kann durch die Verluste in Folge der Repressionsmaßregeln. Steck-einkommensteuer und Einschränkung der Rüstungen, das ist die einzige Maßregel, die wirklich hilft. Solange die Regierung sich nicht dazu versteht, werden die finanziellen Schwierigkeiten solange weiter steigen, bis ihr die Flut über den Kopf ausmarschiert.

Die Bergbaudeputation, die aus staatlichen und privaten Bergwerksvertretern, Beamten und Arbeitern zusammengestellt wird und die bisherigen Einzelkommissionen erheben soll, soll von vornherein in drei Abteilungen eingeteilt werden, von denen sich die erste mit bergwirtschaftlichen, die zweite mit bergtechnischen und die dritte mit den Fragen des Verhältnisses zwischen Unternehmern und Arbeitern zu beschäftigen haben wird. Die näheren Bestimmungen über die Zusammensetzung der Deputation sollen im Herbst getroffen werden.

Die "Mandatsmäßigkeit" Pauli. Bei dem Reichstagabgeordneten Pauli, der sein Potsdamer Mandat niedergelegt will, scheint nicht "Mandatsmäßigkeit", sondern gerade das

Gegenteil davon vorzuliegen. Wie nämlich die Deutsche Tageszeitung meldet, will Herr Pauli in einem anderen Wahlkreis kandidieren. Offenbar hängen ihm die Trauben im Potsdamer Wahlkreis zu hoch.

Im Wahlkreis Spandau-Potsdam-Osthavelland, der zurzeit von den konservativen Abgeordneten Pauli vertreten wird, haben die Vertrauensmänner der konservativen Partei für die nächsten Reichstagswahlen den freikonservativen Landtagsabgeordneten Reichstagwahl Büdliche-Spandau als Kandidaten aufgestellt.

Humburg. Der IX. Verbandsstag der Windhorstbunde, der in den letzten Tagen der verlorenen Woche in Bremen tagte, befasste sich auch mit der preußischen Wahlrechtsfrage. Landtagsabgeordneter Barthel führte unter anderem aus:

Heute nimmt die Erklärung unter den bürgerlichen Parteien zu. Diese Wahlrechtsvorlage ist tot, aber die Wahlfrage bleibt lebendig, so lange bis sie im Sinne der Wünsche des Volkes gelöst ist. Wir haben jetzt unsere Freiheit wieder und unser Parole wird immer lauten: Wir fordern auch für Preußen das Reichstagswahlrecht! (Lebhafte, langanhaltender Beifall.)

Ein Beschluss wurde nicht gefaßt. So wird der Herr Zentrumsvertreter bei der nächsten Gelegenheit die "Wahlrechtsforderung des Zentrums ebenso glatt verraten können, wie er es mit seinen Kollegen vor kurzer Zeit getan.

Sch. Zur Verfassungsfrage in Elsaß-Lothringen. Morgen, Mittwoch, kommen im elsaß-lothringischen Landesausschuß je ein Antrag des Zentrums und der Abgeordneten Blumenthal und Labrousse zur Verhandlung, die die Regierung auffordern, die Reichsregierung zu veranlassen, den Verfassungsentwurf zunächst dem Landesausschuß zur Neukodierung vorzulegen. Der letztere Antrag fordert ferner das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht, während der Landesausschuß befürwortet im Prinzip Frühwahl fast einstimmig das Reichstagswahlrecht mit dem Verhältnissystem gefordert hatte. Der Antrag zu der Mittwochssitzung ist so stark, daß bereits am Sonnabend sämtliche Tribunalsfälle vergeben waren. Wie der Vorfall zu wissen glaubt, hält das reichsländische Ministerium die Anträge für verfassungswidrig, da sie seiner Ansicht nach einen Eingriff in die Rechte des Bundesrats und Reichstags bedeuten. Es könnte daher möglich sein, daß um diese Ausschaltung äußerlich zu betonen, beim Aufruf der genannten Anträge die Ministerbank im Landesausschuß sich vollständig leeren würde. — Eine von liberal-demokratischer Seite einberufene Volksversammlung nahm gestern Montag abend, in Straßburg nach den Ansprüchen dreier Redner eine Protestresolution an gegen die Haltung des Zentrums und der Lothringer anlässlich des Wahlrechtsdiners bei Anwesenheit des Staatsministers Delbrück in Straßburg. Die Versammlung erwartet, daß die Reichsregierung unbeeinflußt die Verfassungsreform unter Aufnahme des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts auf Grundlage des Proportionalwahlverfahrens so beschleunigt, daß dieselbe dem Reichstag bei seinem Zusammentreten im Herbst unterbreitet werden kann. Die Resolution ist im übrigen im Sinne der Erklärung des Gesamtvorstandes der Liberalen Partei für Elsaß-Lothringen abgefaßt, über die wir in der Nummer vom 22. Juni berichtet.

Der "Süße Phili" ist nicht verhandlungsfähig. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung demonstriert die Nachricht von der Wiederaufnahme des Verfahrens gegen Eulenburg. Die Staatsanwaltschaft habe Eulenburg durch den Medizinalrat Dr. Stoerner im April und im Mai d. J. untersuchen lassen und zwar beim zweiten Male auch mittels Münzenapparats und mittels Orthodiagraphs. Diese Untersuchungen haben erneut ergeben, daß Fürst Eulenburg nicht verhandlungsfähig ist und daß sein Herzfeld (Arteriosklerose und Herzvergrößerung) weiter fortbesteht. Die Staatsanwaltschaft sei daher außerstande, die Anerkennung eines neuen Hauptverhandlungstermins zu beantragen.

Dazu kommt, daß das Erscheinen des Staatsanwalts den "Süßen Phili" immer noch nicht frank zu machen pflegt, als er schon ist.

Ein deutsch-französischer Kabelvertrag. Eine Pariser Agentur erfährt aus Berlin, daß in den letzten Tagen zwischen Deutschland und Frankreich ein Kabelvertrag für die gemeinsame Nutzung der unterseeischen Telegraphenlinien beider Länder zusammen gekommen ist. Eine Bestimmung des bisher geheimen Vertrages sichert jeder Partei das Recht, die Kabel des anderen Teils zu benutzen, falls der normale Kabelverkehr wegen Unfälle technischer oder sonstiger Natur unterbrochen ist. Beide Länder entsagen fortan jeder unrichtigen Konkurrenz und sichern sich auf dem Gebiete des unterseeischen Telegraphenverkehrs wirksame Unterstützung zu.

Hoffentlich wird auf diesem Wege weitergegangen.

Kleine politische Nachrichten. Aus Managua (Nicaragua) wird gemeldet, daß die Auströmischen Aconapa einen neuen Namen haben. — Diaz wurde zum Präsidenten der Republik Merito, Corral zum Vizepräsidenten mit großer Mehrheit wiedergewählt. — Der König von Portugal unterzeichnete das Dekret betreffend die Auflösung. — Der russische Reichstag hat den Gesetzentwurf betreffend Finnland in der von der Reichsduma genehmigten Fassung angenommen. — Das italienische Kabinett ist neu gebildet und setzt sich wie folgt zusammen: Innenminister Edwardo, Neueres Luis Izquierdo, Finanzen Carlos Balmaceda, Justiz und Unterricht Emilio Figueroa, Krieg und Marine Carlos Barraza Claro und öffentliche Arbeiten Fidel Munoz Rodriguez.

Frankreich.

Die Attacke auf die Demonstranten.

In der Deputiertenkammer erklärt gestern Briand, was die Zwischenfälle bei dem gestrigen Leichenbegängnis anlangt, so habe die Polizei erst eingegriffen nach unerträglichen Herausforderungen. Die ganze Kammer applaudierte am Schlus mit Ausnahme der extremen Linken und einigen Bänken der Rechten. Die Linke bereitete Briand eine vollkommene Ovation; die Sitzung wurde sodann aufgehoben.

Italien.

Die Kreisfrage in der Deputiertenkammer.

In der Deputiertenkammer beantragte Galli, Italien möge die Initiative ergreifen und die Kreisfrage im nationalen Sinne regeln. Der Minister des Innern San Giuliano wandte sich dagegen und verleidigte das bisherige mit den übrigen Schuhmächten gemeinsame Vorgehen Italiens. Galli erklärte sich von San Giulianos Antwort unbeschieden. Der Minister betonte in seiner Antwort die Notwendigkeit, die Sitzung nicht zu beunruhigen. Damit schloß die Sitzung.

Großbritannien.

Die Iren gegen das Budget.

London, 28. Juni. Daily Chronicle veröffentlicht heute eine Erklärung, daß die irische Partei entschlossen sei, gegen das Budget zu stimmen. Wenigstens verlangt sie von der liberalen Partei die Erklärung, daß mit der Opposition kein Kompromiß in der Frage des Vorrechts der Lords abgeschlossen werden dürfe.

Spanien.

Republikanische Kundgebungen.

Bilbao, 27. Juni. Die radikalen Republikaner veranstalteten gestern revolutionäre Kundgebungen. Als die Polizei einschritt, bewarfen die Demonstranten die Beamten mit Steinen und verwundeten einen von ihnen. Darauf drangen sie in den Club der Karlisten. In dem nun folgenden tumult wurde eine Person getötet, mehrere andre wurden schwer verletzt.

Bilbao, 27. Juni. Die Zahl der bei den gestrigen Kundgebungen der radikalen Republikaner verletzten Personen ist sieben. Die Ruhe wurde erst durch Einschreiten des Gouverneurs wieder hergestellt, der den Manifestanten gestattete, ihren Weg fortzusegen.

Marokko.

Marokkanisch-französisches Gesetz.

Tasabla, 27. Juni. Am 23. Juni ist es am Ufer des Umeribia bei der Kasbah von Elania zu einem Gefecht zwischen französischen Truppen und den Stämmen, die Parteidräger Ma el Aminis sind, gekommen. Die Marokkaner erlitten schwere Verluste, auf französischer Seite wurden mehrere Männer verwundet. Die französischen Truppen sollen bei Tarudat zusammengezogen werden.

Türkei.

Die Note der Schutzmächte an die Türkei.

Konstantinopel, 27. Juni. Nach dem von der Pforte publizierten Text teilt die Note den bekannten Schrift der Konföderation mit, die dem türkischen Exekutivkomitee sowie den Bevölkerung der Mächte in Kreta stationierten Schiffen zu vernehmen. Hierdurch hätten die Schutzmächte nochmals die Absicht bezeugt, die Souveränität des Sultans zu wahren. Die Schutzmächte fordern daher die osmanische Regierung auf, wirksame Maßnahmen zu treffen, damit der Erregung im Lande ein Ende gesetzt werde, weil diese Erregung, zu der die Haltung Griechenlands keinen Anlass gebe, bedauerliche Zwischenfälle hervorruft. Wenn die osmanische Regierung glaube, daß die Zeit zur Bestimmung eines definitiven Regimes auf Kreta gekommen sei, so erklären die Schutzmächte, daß die Erörterungen hierüber nur unter Beteiligung sämtlicher Signatarmächte des Berliner Vertrages beginnen könnten.

Die Pforte verlangt definitive Regelung der Kretastrafe.

Konstantinopel, 27. Juni. Wie verlautet, wird die Pforte die gestrige Kretastrafe der Mächte dahin beantworten, daß sie die Zeit der Bestimmung des definitiven Regimes für gekommen erachtet. Das Ministerium des Innern erließ ein Birkular, das den Provinzbehörden die gestrige Note mitteilt und sie auffordert, auf die Beruhigung der Gemüter hinzuarbeiten.

China.

Die Regierung gegen sofortige Einführung der Konstitution.

Peking, 27. Juni. Die Regierung hat ihre Zustimmung zu einer Denkschrift verweigert, in welcher von Delegierten von Provinzen und chinesischen überseeischen Gemeinden die Gewährung einer Konstitution gefordert war. Die Regierung erklärt, es sei unmöglich, den von dem vorstrebenden Kaiser festgesetzten Zeitraum von neun Jahren abzuhalten, da die Bevölkerung für die Erlangung konstitutioneller Rechte noch nicht reif sei.

Sächsische Angelegenheiten.

Die Nationalliberalen und die Langhammer-Affäre.

Vorstand und Ausschuß des Nationalliberalen Vereins zu Chemnitz hatten bekanntlich eine Kommission zur Untersuchung des Falles Langhammer eingesetzt, die aus den Herren Dr. jur. Hentschel, Prof. Dr. Kummer und Hans Vogel bestand. Diese Kommission hat jetzt ihre Arbeiten beendet und ist, wie bereits gestern kurz mitgeteilt wurde, einstimmig zu diesem Besluß gelangt:

Dem Besluß der nationalliberalen Landtagsfraktion, in welchem das Verhalten des Herrn Abg. Max Langhammer in der Tag-A Angelegenheit als nicht einwandfrei angesehen wird, tritt die Kommission bei.

Zur Begründung wird ausführlich:

Die Kommission macht Herrn Abg. Langhammer keinen Vorwurf daraus, daß er, obgleich er Vorsitzender und Vertrauensmann einer Gegenorganisation war, seine Fabrik an die Tag möglichst vorteilhaft verkaufte. Sie ist jedoch der Meinung, daß er noch am Tage des Verkaufsabschlusses schriftlich oder telegraphisch dem Verein, dessen Vorsitzender er war, offiziell die Niederlegung seines Amtes hätte anzeigen sollen. Herr Langhammer hat aber als Vorsitzender und Vertrauensmann seines Vereins der Tag, wenn auch auf deren Veranlassung, einen Vertrag angeboten, in dem er sich verpflichtete: vom Tage des Abschlusses des Vertrages ab im Interesse der Tag propagandistisch tätig zu sein und nach Kräften alles zu tun, was der Tag nötig und förderlich sein könnte, und die namhaftesten Herren seines bisherigen Verbandes für die gegnerische Organisation, die Tag, zu gewinnen.

Für diese seine Tätigkeit, einschließlich der illustrierten Überwachung der Plakatkarten, hat er sich scheinbar vom 1. Juni 1900 ab eine jährliche hohe Summe aus einer Reihe von Jahren als Vergütung ausbedungen.

Weiter hat Herr Langhammer die Vorstands- und Mitgliederversammlungen seines Vereins nach Abgabe seiner Offerte unter teilweise nicht zutreffenden Vorwänden verzögert und dadurch eine rechtzeitige Stellungnahme seines Vereins zu den Versuchen der Tag, die namhaftesten Mitglieder des Vereins deutscher Tapetenfabrikanten für sich zu gewinnen, in Frage gestellt. In dieser Handlungswise erblieb die Kommission einen Vertrauensbruch.

Dieser Ansicht sind zweifellos auch die Mitglieder des Vereins deutscher Tapetenfabrikanten, dessen Vorsitzender Herr Langhammer war, gewesen, denn sie haben Herrn Langhammer nach dem offiziellen Bericht über ihre Generalversammlung vom 6. Februar 1900 aus dem Verein ausgeschlossen.

Vorstand und Ausschuß des Chemnitzer Vereins haben diesem Besluß zugestimmt und seine Veröffentlichung beschlossen. Nächsten Sonnabend soll nun die Mitgliederversammlung Stellung nehmen. Ganz sicher wird dazu auch Herr Langhammer auf dem Plane erscheinen. Daß aber Herr Langhammer imstande sein sollte, die Mitgliederversammlung zu veranlassen, den Spruch zu verwerten, halten wir für völlig ausgeschlossen. Wenn Herr Langhammer noch etwas auf politische Sauberkeit hielte, müßte er jetzt die Konsequenzen ziehen und sich aus dem politischen Leben zurückziehen. Das scheinen aber die Später des Chemnitzer Vereins nicht zu wollen, denn eine gemeinschaftliche Sitzung des Vorstandes und Ausschusses des Vereins, an der auch fünf Delegierte des Landesvorstandes teilnahmen, hat einstimmig folgenden Antrag gestellt:

Der Vorstand und Ausschuß des nationalliberalen Vereins zu Chemnitz vermissen in den vom Landesvorstand beigebrachten Anträgen des Reichsvereins in Dresden und

bes 21. Reichstagwahlkreises eine eingehende schriftliche tatsächliche Begründung und lehnen ab, ohne eine solche die Anträge zu behandeln. Sie erwarten vom Landesvorstand, daß ihnen unter Mitteilung des zur Begründung vorliegenden Materials zur Stellungnahme ernste Gelegenheit gegeben wird.

Dieser Antrag ist selbst dem Leipziger Tageblatt zu dumm. Nachdem es festgestellt hat, daß der Landesvorstand, nachdem die Auschlußanträge gestellt worden sind, mit dem Chemnitzer Verein Führung gesucht hat, bemerkte es:

Es ist nicht recht verständlich, auf welche fremde Initiative und Begründung Vorstand und Ausschuß des Chemnitzer nationalliberalen Vereins noch warten, nachdem sie selbst in ihrer Erklärung so deutlich gesprochen haben.

Wenn die nationalliberalen Partei wirklich den Mut haben sollte, sich Herrn Langhammer, nachdem ihm von allen Seiten bestätigt worden ist, daß er in der Tag-Affäre Verrat geübt und Vertrauensbrüche begangen hat, zu erhalten, dann würde das nur bedeuten, daß die nationalliberalen Partei ihr politisches Schuldlohn auch mit dem privaten Tag-Schmuß des Herrn Langhammer belasten will.

Ein „gelber“ Pressejmod.

er. Tückige und widerige Mitarbeiter scheint das in Grimmitzschau erscheinende gelbe Unternehmensblättchen zu haben. Bei Beginn der letzten Landtagssession sandte sich auf der Journalistentribüne des Ständehaus ein junger Mann ein, der sich durch sein — sagen wir mal — ledig und herausforderndes Auftreten bei den Parlamentsberichterstattern unangenehm bemerkbar machte. Niemand kannte das Herrchen. War es schon höchst zweifelhaft, ob der Jüngling überhaupt berechtigt war, Journalistentribüne und Arbeitszimmer selbst zu betreten, so hatte er noch die Freiheit, wiederholte fremde Personen auf die Journalistentribüne mitzubringen, bis man sich dies ganz energisch verbat. Erst allmählich läßt sich sein Antiquo, es wurde bekannt, daß er sich im Bureau der Zweiten Kammer als „Vertreter des nationalen Arbeitersblattes“ in Grimmitzschau aufgegeben hatte. Allzu gewissenhaft schien es der Herr allerdings von Anfang an mit der Berichterstattung nicht zu nehmen, denn er erschien höchst unregelmäßig und immer seltener zu den Sitzungen. Offenbar hat dies seinen Grund in dem „glänzenden“ Honorar, das das an Abonnementsschwund leidende Organ der Gelben seinem „Dresdner Vertreter“ zahlte. Auf einmal war der Herr ganz von der Bildfläche verschwunden, eine Wahrnehmung, die bei den Parlamentsjournalisten große Neugier hervorrief. Die Landtagsberichterstattung des Grimmitzschauer „nationalen“ Blattes war damit eingefallen. Der Nachkollege war schon längst in Vergessenheit geraten, als man sich nach Landtagschluss seiner wieder erinnern sollte. Im Landtagsbüro hatte man nämlich inzwischen die Entdeckung gemacht, daß der ehemalige Vertreter des Grimmitzschauer nationalen Blattes das Telefon für seine Zwecke oft benutzt, niemals aber an Bezahlung gedacht hat. So ist nun eine Rechnung aufgelaufen, die bis heutigen Tags ungedeckt geblieben ist. Alle Ermittlungen über den jüngsten Aufenthalt des Durchbrenners sind erfolglos gewesen. Auf dem Landtagsbüro, das natürlich die Verhandlungen der Pforte hat bezahlen müssen, ist man nun in einer Verlegenheit, weil man nicht weiß, unter welcher Bezeichnung man diese Ausgabe buchen soll.

Das „Neuomme“ der von Regierung, Behörden und Unternahmertum gehaltenen Gelben kann durch berartige Vorkommnisse wirklich nur gewinnen.

Landwehrleute — Lausejungen!

Zu dem unter dieser Spieldate veröffentlichten Artikel in Nr. 148 wird uns noch mitgeteilt, daß Hauptmann v. Schilly die fragliche Neuherung gebracht hat, weil er der irigen Meinung war, daß ihm aus der Kompanie heraus eine ungehörige Neuherung zugewiesen worden sei. Beim Einmarsch hat der Hauptmann den betreffenden Wehrmann auf Verantwoitung eines der Kompanieoffiziere zu sich gerufen und ihm gefragt, daß seiner Neuherung nur eine mißverständliche Auffassung des Juristen zugrunde gelegen habe. Nach dem Einrücken der Kompanie ließ Hauptmann v. Schilly diese zu einem Kreise zusammenstoßen, gab ihr von dem Sachverhalt Kenntnis und erklärte den Vorfall für erledigt.

Verächtlich sei noch angefügt, daß sich der Vorfall nicht am frühen Nachmittag, sondern gegen 9 Uhr, nach Beendigung der Geschäftslösung, zugetragen hat und daß dem Vorfall nicht ein mehrstündigiges, sondern nur ein etwa halbstündiges Ereignis folgte.

Dr. Boeser.

- Es geht ihm schlecht, dem Bannerträger des Reichsverbands zur Vernichtung der Sozialdemokratie, dem Schreiber des Siedlungsblattes gegen die Chemnitzer Ortskrankenkasse, dem Verbündeten der unlängst wegen Expression verurteilten Schubert und Konsorten. In Chemnitz, seinem langjährigen Domizil, wurde Dr. Boeser seines Amtes als Kassenarzt von einem städtischen Schiedsgericht entthoben; er mußte deshalb diese Stätte seiner reichsverbändlerischen Tätigkeit verlassen. Viele Gläubiger behielten ihn im „guten“ Andenken. Seine Honorarforderungen waren oft gespärkt. Von Chemnitz wandte sich der Kämpfer nach Weimar. Von da mußte er Chemnitz verschiedene Besuche machen, da noch einige Beleidigungen unbeklagen waren. So auch am 25. April. An diesem Tage wurde er wegen Beleidigung der drei Städte, die als Schiedsgericht seine Enthebung vom Amt eines Kassenarztes der Ortskrankenkasse ausgesprochen hatten, zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt. Dagegen hatte Dr. Boeser Berufung eingelegt, die gestern, am 27. Juni, vor der Berufungsinstanz des Landgerichts Chemnitz verhandelt werden sollte. Aber Dr. Boeser erschien nicht zum Termin. Wohl aber ein Brieflein von ihm. Danach war er schon am Sonntag, den 26. Juni in Chemnitz. Unter diesem Datum datiert er das Gericht um Berufung des Termins mit der Begründung, daß ihm gerade ihr Montag, den 27. Juni die Zeitierung aus seiner Wohnung in Weimar drohte; wie ihm telegraphisch mitgeteilt worden sei. Bei dieser Lage der Dinge sei seine Anwesenheit in Weimar unbedingt nötig und deshalb könne er zum angesetzten Termin nicht erscheinen. Das Gericht verwarf aber seine Berufung; es sah die Entschuldigung nicht als ausreichend an. Der Reichsverbandskämpfer und praxislose Arzt ist zu bedauern. Sollte denn der Reichsverbandsgeneral Liebert nicht ein Plätzchen und Posten für ihn haben?

Ein „beleidigter“ Grubenmagnat.

Im März dieses Jahres wurde der Redakteur der Deutschen Bergarbeiterzeitung, Genosse Theodor Wagner in Böhmum, wegen Beleidigung eines Zwickauer Kohlemagnaten, des Kohlenwerbesitzers Dr. jur. Wolf in Zwickau, zu 200 Mark Geldstrafe event. 20 Tagen Gefängnis und den gesamten Kosten des Verfahrens verurteilt. Gegenstand der Beleidigung war ein in der Bergarbeiterzeitung erschienener Artikel, worin mitgeteilt worden war, auf dem Wollischen Werke sei ein Kassenvorstand und Arbeiterausschusssitzung entlassen worden, weil es dem § 178 Abs. 1 der allgemeinen bergpolizeilichen Vorschriften nachgekommen sei. Weiter war in dem Artikel gefagt worden, auf dem Werke würden die Bestimmungen der bergpolizeilichen Vorschriften über das Schleien nicht immer eingehalten, und der Berginspektion wäre anzuraten, dem Werke, bei dem noch so

manches der Abhilfe bedürfe, etwas mehr Beachtung zu schenken. Trotzdem Gen. Wagner schon in der Schöffengerichtsverhandlung der Wahrheitsbeweis zweifellos erbracht hatte, erfolgte die Verurteilung zu 300 Mark. So sagten eine Reihe Zeugen über einstimmig aus, daß auf dem Werke wegen des vorhandenen Feuerqualms nicht hätte gearbeitet werden können. Deshalb sei das Arbeiterausschusssitzung Wappeler beauftragt worden, Anzeige zu erstatzen. Sie seien sehr erschöpft gewesen, hätten Kopfschmerzen bekommen und sich einige Zeit erholt müssen. Desgleichen wurde auch von mehreren Zeugen diese Anzeigeerstattung Wappeler als Grund seiner Entlastung angegeben.

Vor dem Landgericht zu Zwickau als Berufungsinstanz wurde der ganze Prozeß nochmals aufgerollt. Das Gericht legte nach mehrstündigiger Verhandlung die von dem Schöffengericht erkannte Geldstrafe auf 100 Mark eventuell zehn Tage Gefängnis herab. Von den Kosten der zweiten Instanz hat Genosse Wagner zwei Drittel und der Bergwerksbesitzer ein Drittel zu tragen.

Trotz der Herabsetzung der Strafe um die Hälfte muß man sich über das Urteil wundern, daß man bei dem erbrachten Wahrheitsbeweis überhaupt zu einer Verurteilung kommen konnte. In dem ganzen intrikinierten Streit wird kein einziges beleidigendes Wort gebraucht, es werden nur Tatsachen berichtet.

Milde Strafe für eine unehrliche Soldatenquälerei — 10 Tage mittleren Arrest!!

m. Wegen Misshandlung eines Untergebenen und Anmahnung einer Besuchsbestrafung stand der Unteroffizier Trenkler vom 64. Artillerieregiment in Pirna vor dem Kriegsgericht Dresden. Am Sonntag, 8. Mai, sah der Angeklagte, daß der Fahrer Weigand, der mit einer Schaufel Mist aus dem Stall schaffte, einige halbe Stroh bauwischen hatte. Das darf bei dem sparsamen Militärmann nicht vorkommen, Mist und Stroh müssen sorgfältig voneinander getrennt werden. Der Soldat wurde vor Rede gestellt und soll dabei langsam und in schlaffer Haltung auf den Unteroffizier zugegangen sein. Dieserhalb mußte er Faustschläge machen. Auch dieser war nicht nach dem Geschmack des Unteroffiziers. Er sagte den Soldaten mindestens zirka sechs Minuten lang an dem ziemlich warmen Tage auf dem geschlossenen Kasernenhof wie ein Tier hin und her. Damit aber noch nicht genug. Der Soldat mußte in völlig erschöpftem Zustande auch noch eine längere Zeit aufzubringen mit Armerollen machen. „Ich kann nicht mehr“, sagte der Soldat zum Unteroffizier. Das hielt aber diesen nicht ab, dem Soldaten zu befehlen, an den Misthaufen heranzutreten und das darin befindliche Stroh herauszuladen. Der Soldat war der Ohnmacht nahe und machte den Unteroffizier darauf aufmerksam. „Ich was, blöd doch mir, du bist bloß zu faul!“ Der Soldat mußte gehorchen. Plötzlich bekam er stechende Schmerzen in der Lunge und brach schließlich, mit dem Gesicht in den Misthaufen fallend, ohnmächtig zusammen und blieb regungslos liegen. Einige Kameraden brachten den bewußtlosen Soldaten in den Stall, wo er noch einige Zeit bewußtlos dalag und erbrach. Der Unteroffizier überließ den Soldaten seinem Schuh und kümmerte sich nicht um ihn. Seit dieser Zeit hatte der Soldat ständig unter Schmerzen in Lunge und Magen zu leiden; es machte sich schließlich die Nebenfunktion in das Zozaret notwendig, wo sich dann noch siebenfach der Bronchialstarrat einstellte. Vier Wochen heftige Schmerzen und sieben Wochen dienstuntauglich — das waren die Folgen der Misshandlung.

Der Angeklagte erklärte vor Gericht, daß der Soldat die Ohnmacht markiert habe. „Ich habe nur zeigen wollen, daß ich Vorgesetzter war und habe mich zur Wahrung meiner Autorität für berechtigt gehalten, diese Maßnahme zu treffen!“ sagte der Quälker. Der ärztliche Sachverständige erklärte, daß ein Zusammenhang zwischen Misshandlung und Krankheit besteht. Beamerkenswert ist, daß der Angeklagte als ein brauchbarer, tüchtiger und mutigerlicher Unteroffizier geschildert wird. Das Urteil lautete unter Annahme eines minder schweren Falles auf ganze zehn Tage mittleren Arrest! — Kommentar überflüssig!

Wenn zwei dasselbe tun . . . Im Gemeinderat zu Leutersdorf bei Zittau beantragte der Gemeindevorstand für den Ort einen besonderen Armenausschuß einzurichten. Der bürgerlichen Vertreter des Gemeinderats konnten nicht Worte genug der Anerkennung für die Bereicherung des Antrages finden. Sie wünschten sich aber von unserm Genossen Neumann an anhören lassen, daß sie früher einen dahingehenden Antrag unserer Vertreter niedergestellt haben. Geantwortet haben sie auf diese Feststellung nicht.

Die Telling der Amtshauptmannschaft Chemnitz. Das Dresdner Journal veröffentlicht die ministerielle Verordnung wegen Telling der Amtshauptmannschaft Chemnitz und die Errichtung einer Amtshauptmannschaft zu Stollberg. Dadurch wird am 1. Juli d. J. in der Kreishauptmannschaft Chemnitz eine sechste Amtshauptmannschaft mit dem Sieben in Stollberg abgrenzt. Der Amtshauptmannschaft Stollberg werden von dem bisherigen Bezirk der Amtshauptmannschaft Chemnitz die Amtsgerichtsbezirke Stollberg und Zwönitz zugewiesen. Soviel jedoch, den legitimen Amtsgerichtsbezirk anlangt, mit Ausnahme der Ortschaften Auerbach, Gornsdorf und Meinersdorf. Bei den Ortschaften der Amtshauptmannschaft Chemnitz verbleiben die Amtsgerichtsbezirke Eimbach und Chemnitz, mit Ausnahme der Stadt Chemnitz, sowie die im vorstehenden aufgeführten drei Ortschaften des Amtsgerichtsbezirks Zwönitz.

Döbeln i. B. Die Wahl des sozialdemokratischen Stadtvorstandes Kiffner zum unbesoldeten Ratsmitglied hat eine Präsidentenkrise zu Folge gehabt. Der Stadtvorstandsvorsteher Pestel hat sein Mandat niedergelegt, weil er aus der Wahl des Sozialdemokraten zum Mitglied des Stadtrats schließen zu können glaubt, seine Mehrheit mehr hinter sich zu haben. Hauptsächlich geht die Bürgerschaft über diese kommunale Merkwürdigkeit zur Tagesordnung über.

Großenhain. Die bürgerliche Presse meldet: Nachdem den städtischen Beamten und Arbeitern Julagen bewilligt worden, erhielten die in städtischen Diensten stehenden Arbeiter in diesem Jahre auch erstmals einen angemessenen Erholungsurlaub bei Fortgewährung des Lohnes, und zwar nach zweijähriger Dienstzeit zwei Tage, für jedes weitere Dienstjahr ein Tag mehr bis zur Höhe von acht Tagen, so daß den meisten Arbeitern ein Urlaub von 7 bis 8 Tagen anteil wird.

Alle Nachrichten aus dem Lande. Als das Infanterieregiment Nr. 177 in Nadebeul eine Feldtentenübung abhielt, schoß ein Soldat aus Versehen einem Kameraden die ganze Patronenzarge in die Hüfte. Der Verletzte wurde in das Garnisonlazarett zu Dresden übergeführt. — In der Nacht zum 27. Juni hat sich zwischen den Stationen Möhlisdorf und Greiz-Aubachtal, eine unbekannte, etwa 18 Jahre alte Frauensperson durch den Greizer Personenweg überfahren lassen. Der Tod ist sofort eingetreten. — Bei Abschluß eines nächtigen gegen 12 Uhr von Schönheiderhammer abgelegenden Personenvertrags nach Richtung Jägersgrätzlin flüchtete die Chefzav. des Bergarbeiterarbeitslagers Lößnitz aus Oberschönheide vom Trittdeck auf und fiel unter den fahrenden Zug. Sie war sofort tot. — Der Kraftwagen des Fabrikbesitzers Seiffersdorf in Möhlisdorf bei Chemnitz ist in Niederschönheide vom Betriebsfuhrwerk des Fabrikbesitzers Petermann zusammengestoßen. Petermann kam um eine Ecke und konnte das Automobil nicht rechtzeitig bemerken. Der Kraftwagenführer soll auch kein Signal gegeben haben. Petermann wurde vom Wagen geschleudert.

SLUB
Wir führen Wissen.

http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100628/6

gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

heit; er hat aber keinen Schaden erlitten. Das Pferd dagegen ist schwer verletzt worden. Es ritt sich los und ist später mit abgestochener Deichsel mit großer Waffe aufgehalten worden.

Aus den Nachbargebieten.

Ein „moderner“ Gemeindevorstand.

Das hallesche Volksblatt berichtet aus Falkenhain bei Zeitz am 18. Juni folgend: Einige der neu gewählten Gemeindevertreter eingeführt werden. Ehe dies vor sich ging, fragte der Gemeindevorsteher die neu gewählten Arbeitervorsteher, ob sie den Nachwuchs erbringen könnten, daß sie die preußische Staatsangehörigkeit besitzen, andernfalls würden sie von der Sitzung ausgeschlossen. Den Vertreter der ersten Klasse fragte er nicht danach. Darauf entspann sich eine heftige Debatte. Unser rechtskundiger Gemeindevorsteher stellte sich nicht auf das Bankgeldordnung, sondern ging laut Kirchenbuch vor. Er wurde aber von unsrer Vertretern darauf hingewiesen, daß jetzt nicht mehr nach dem Kirchenbuch, sondern nach der Landgemeindeordnung verfahren würde. Nachdem ihn unsre Vertreter auf die betreffenden Paragraphen aufmerksam gemacht hatten und er gründlich abgesucht war, ging die Sitzung ohne Störung vorstatten.

Altenburg. In Rositz führte ein Teil des Gerichtes zum Neubau der Rositzer Brauntohlewerke ein, wobei drei Arbeiter mit abstürzen. Einer von ihnen wurde der Brustkorb eingedrückt, die beiden andern sind leichter verletzt. An dem Auskommen des Schwerverletzten wird gezweifelt. Die Untersuchung ist bereits eingeleitet.

Halberstadt. Das Schwurgericht verhandelte gegen den Maschinenist Karl Kallstein aus Aschersleben wegen Münzverbrechen. Er hatte im April dieses Jahres in seinem Arbeitsraum auf dem dortigen Wasserwerk vier falsche Dreimarkstücke angefertigt und wiederholt den Versuch gemacht, sie in Abzahlung zu geben. Die Geschworenen sprachen den Angeklagten nur des versuchten Münzverbrechens schuldig. Das Urteil lautete unter Annahme mildernder Umstände auf sechs Monate Gefängnis.

Jahresversammlung der sächsischen Ortskrankenkassen.

Mit den Bestimmungen des Entwurfs der Reichsversicherungsordnung sind auch die Unternehmer nicht einverstanden, die, so weit sie in den Krankenkassenvorständen sitzen, außerordentlich freudig jeder Anregung gefolgt sind, den Versicherten etwas zu bieten. Starke sprach über die Gestaltung des Vorstandes, wenn der Entwurf Gelehrt wird, und ging dann über zu den Verhältnissen der Beamten, um dann die Wünsche zu äußern, die im Bezug auf die weiblichen Mitglieder bestehen. Die Bedeutung des Weibes werde noch lange nicht genügend geschätzt. Als Zeugner der Fortentwicklung der Menschheit gelte ihr eine weit größere Wachstum. Unso mehr sei es zu bedauern, wenn die Stiftsfestmänner vom Zentrum in der Kommission Anträge stellen, wonach Wöhnerinnenunterstützung nur an verschlechterten Frauen gezahlt werden solle. Diesen Pfaden sind die übrigen Mitglieder der Kommission erfreulicherweise nicht gefolgt. Der Referent beprach sodann noch verschiedene Fragen, wie die freie Wahl, das Verhältnis der Kassen zu den Apothekern usw., um dann weiter auszuführen: Die Regierung hat sich bei der Veröffentlichung des Entwurfs auf Material gestützt, die sie angeblich nicht veröffentlichten kann. Gegen diese Heimlichkeit muß der schärfste Protest eingelegt werden. Es besteht die große Gefahr, daß die Regierung lediglich um einer Partei zu Leibe zu gehen, die Rechte der Versicherten in dieser Weise beschneidet. Man kann in dem Entwurf gewiß manche Verbesserung finden, aber viel zahreicher und gefährlicher sind die Verbesserungen. Wir wollen hoffen, daß die Kommission aus dem Regierungsentwurf etwas brauchbares gestaltet, sonst bleibt das Machwerk unannehmbar. (Lebhafte Beifall.)

Eine Resolution hat der Referent nicht vorgelegt.

In der Diskussion nimmt Riem-Dresden das Wort. Die Regierung habe zum Teil aus früheren Quellen geschöpft. Es sei eine Gewissenlosigkeit, wenn Behauptungen aufgestellt würden, für die Beweise nicht erbracht werden können. Diese Behauptungen der Regierung involvierten Beleidigungen der Regierung, Arbeitgeber und andere, denn ihnen allen wurde indirekt der

Borwurf der statutenwidrigen Verwendung von Geldmitteln gemacht. Es dürfte feststehen, daß die nationalen Beamten die Regierung zum Teil mit diesem sogenannten Material versorgt haben.

Danach stellt der Vorsitzende fest, daß sich die Ausführungen Starkes im allgemeinen mit der in Aue beschlossenen Resolution decken und daß ob insgesamt sich erbringe, eine neue Resolution zu beschließen. Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden.

Nunmehr wurde in die Beratung der vorliegenden Anträge eingetreten. Ein Antrag der gemeinsamen Ortskrankenkasse Burkhardsdorf geht dahin:

Eine Petition an den Reichstag zu senden, um Aufnahme einer Bestimmung in die Reichsversicherungsordnung, durch die es den Krankenkassen ermöglicht wird, die Geldbestände der Kranken- und Invalidenversicherung ungetrennt aufzubewahren zu können.

Der Antrag wird damit begründet, daß insbesondere die kleineren Kassen durch die getrennte Aufbewahrung der Gelder viel Arbeit haben. Die Geschäftsführung würde, wenn der Petition stattgegeben wird, wesentlich vereinfacht. Die Aussichtsbehörde für Burkhardsdorf hatte 18 Jahre lang nichts dagegen einzutreten, daß im Sinne des Antrages verfahren wurde; erst im Jahre 1909 wurde das Verfahren moniert.

Der Antrag findet einstimmige Annahme.

Die Ortskrankenkasse Leipzig beantragt:

Die Jahresversammlung wolle beschließen, bei der Königlichen Staatsregierung zu petitionieren, daß bei der Universität Leipzig ein Lehrstuhl für Naturheilkunde errichtet wird.

Der Antrag bringt nichts Neues, er wurde wiederholt gestellt und abgelehnt. Der Referent wünscht, daß er trotzdem eine freundliche Beurteilung finden möge. Es handelt sich nicht um den wissenschaftlichen Streit, sondern um die materielle Seite. Aus verschiedenen Schriften sucht der Referent den Nachweis zu führen, daß die Naturheilkunde auch von wissenschaftlichen Kapazitäten anerkannt ist. Die Ortskrankenkassen könnten einen Teil der Mittel, die heute für Medikamente ausgegeben werden, für andere Zwecke verwenden, besonders wenn man berücksichtigt, daß vielfach die Medizin nicht Verwendung findet. Medien schildert einen Fall, wonach bei einem Patienten unangenehme Medizinflaschen vorgefunden wurden, die seit dem Jahre 1908 bereits in seiner Wohnung standen und der Ortskrankenkasse 9.05 M. Kosten verursachten. Plotzk-Leipzig meint, daß es für Bekämpfung des Kurpfuschertums keine geeigneteren Mittel gäbe, als die Durchführung des im vorliegenden Antrag Verlangten.

Auch dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

Ferner gelangte ein Antrag zur Annahme, daß Reichspostamt zu erzählen, den Krankenkassen die Verwendung der Geschäfts-papiere — soweit sie die Invalidenversicherung betreffen — zum Drucklachenporto zu gestatten.

Über die Tätigkeit des Tarifamtes berichtet Riem-Dresden kurz, daß nur zwei Sitzungen stattgefunden haben. Die zu erledigenden Angelegenheiten betrafen Beamte, die in eine höhere Klasse wollten. In zwei Fällen wurde den Anträgen stattgegeben, in fünf anderen Fällen wurden sie abgelehnt. Im nächsten Jahre ist die zweijährige Periode des Tarifamtes abgelaufen und wird dann ein aussichtsreicher Bericht veröffentlicht.

Als Vorort wird für das nächste Geschäftsjahr Plauen bestimmt. Die nächste Jahres-Versammlung findet in Dresden statt.

Damit war die Tagesordnung erschöpft. Haubold schließt die Versammlung mit Dankesworten an die Leipziger Freunde mit der freundlichen Aufnahme.

Gerichtsstaat.

Landgericht.

Einer weiteren Freunde war der Kellner Jakob Schneider aus Saarbrücken, der am 12. April den Buchhalter P. auf der Straße traf, als dieser gerade eine Rechnung über ungefähr 100 Mark lassiert hatte. Beide machten einen kleinen „Sausen“ und frequentierten einige Kneipen, alio von zarter Hand bedient wird. Sie nahmen schließlich auch ein paar gesäßige Damen mit sich. Später machten beide Freunde allein eine Droschkenfahrt, während welcher der Buchhalter merkte, daß sein Freund ihm seine Uhr stehlen wollte. Er merkte auch nunmehr, daß ihm sein Portemonnaie mit einigen 70 Mark bereits abhanden gekommen war. Der „Freund“ lädt nun das Portemonnaie wieder heraus, aber der Kaufmann läßt ihn festnehmen. Schneider

erhielt für seine Missat 10 Monate Gefängnis. Außerdem wurden ihm die Ehrenrechte auf drei Jahre aberkannt.

Paderborn. Wegen Vergehens gegen § 175 hatten sich mit einem sieben Männer (Kaufleute, ein Damenschneider und ein Gärtnerlehrling) zu verantworten; sie wurden mit Gefängnisstrafen von drei Wochen bis drei Monaten belegt. Zwei der Angeklagten wurden freigesprochen.

Schöffengericht.

Der geriebene Fischhändler. Der Kaufmann Bruno Hermann Heinrich betrieb einen Handel mit Fischen. Es ward ihm zum Vorwurf gemacht, er habe im vorjährigen Jahre in mehreren Fällen Produkthändler, denen er Heringe lieferne, dadurch geschädigt, daß er aus den „Originaltonnen“, in denen sich die Heringe befanden, den Boden herausnahm, einen Teil der guten Heringe herausnahm und dafür schlechte Ware hinzugefügt. Die Abnehmer der Fische haben natürlich erst nach einiger Zeit, je mehr sie nämlich den „Originaltonnen“ auf den Grund gingen, den Betrug bemerkten. Da von den Angeklagten an Stelle der guten hinzugelegten schlechten Heringe waren zum Teil von solch miserabler Beschaffenheit, daß sie nicht zum Anfassen waren. H. wurde für diesen gemeinen Betrug mit 90 M. Geldstrafe bedingt. Er kam gut weg aus dem Grunde, weil das Gericht aus juristischen Gründen nur versuchten Betrug annahm, da die Abnehmer das Recht auf Herabsetzung des Preises gehabt hätten.

Milchpanschelei. Am 15. Januar wurden bei dem Milchhändler Friedrich Max Teichmann in der Sophienstraße Unregelmäßigkeiten entdeckt, die aber noch zu keiner Strafanzeige führten. Als Folge dieser Entdeckung ist eine Milchkontrolle anzusehen, die am 8. März bei L. von Matschbienern vorgenommen wurde. Die Beamten fanden einen Nest von sechs Eltern vor, der als Vollmilch zweiter Sorte deklariert war. Es wurde festgestellt, daß die Milch entrahmt war. Nunmehr wurde gegen H. vorgegangen. Er erklärte in der Verhandlung, er beziehe seine Milch von etwa 50 Lieferanten. Wenn die entnommene Probe auch die Entrahmung aufweise, so könne er doch nicht angeben, von wem die Milch stamme. Er selbst bestreite, verbogene Manipulationen mit der Milch vorgenommen zu haben. Er legte mehrere Gutachten über Milchuntersuchungen vor, die er vornehmen lassen, um zu beweisen, daß er bestrebt sei, gute Milch zu liefern. Das Gericht sprach L. frei, weil sich nicht nachweisen ließ, wer die Milch verfälscht hat. Auch wurde die Möglichkeit angenommen, daß der Milchrest, der von 22 Eltern übrig geblieben war, den Einbruch der abstößenden Entrahmung machen konnte, obwohl vielleicht eine solche Handlung nicht vorgelegen hatte.

Mit Totschlägen bedroht. Dem Fruchthändler D. war ein Posten von 4000 Zitrone gestohlen worden. Es wurde ermittelt, daß ein Teil der gestohlenen Ware sich in dem Lager des Obsthändlers Paul H. befand, der behauptete, die Ware gekauft zu haben, ohne von dem Diebstahl etwas zu wissen. Die vorgefundene Zitrone wurden von der Behörde verkauft und der Obsthändler D. ihm sämliche Zitrone bezahlt. Als dieser sich weigerte, schrieb er ihm einen Brief, in dem es hieß: „Ich nehme einen Revolver zur Hand und sechs Kugeln erreichen ihr Ziel.“ Hierdurch fühlte sich der Obsthändler D. bedroht und erstattete Angabe. H. gab an, er habe Selbstmordgedanken gehabt. Das Gericht glaubte aber an die Selbstmordgedanken nicht, sondern erklärte in dem Urteil eine Nötigung, die es mit 40 M. Geldstrafe ahndete.

Reichsgericht.

Wenn ein Beamter gefällig ist. Das Landgericht Potsdam hat am 2. April den Eisenbahnhüttenmeister (Maler) Johannes Winnwald in Nowawes wegen pflanzlichwidriger Annahme von Geschenken aus § 231 zu zweimal 200 Mark Geldstrafe verurteilt. Er hatte in seiner amtlichen Stellung die Ausgabe, die von verschiedenen Firmen eingerichteten Ladeproben auf ihre Eigenschaften zu untersuchen. Die Ergebnisse seiner Prüfungen wurden dann bei der Vergabe der Aufträge berücksichtigt. Eine Firma U. erbat Auskunft von ihm, aus welchen Gründen ihre Fäste nicht gewählt wurden, ein anderer malte fragte sie, welche Erfordernisse für einwandfreie Fäde verlangt würden. Der Angeklagte hat diese Auskünfte erhebt und dafür von der Firma Geldgeschenke erhalten. Das Gericht hat angenommen, daß die Auskünfte Handlungen waren, die in sein Amt einfallen, aber an sich nicht pflichtwidrig waren. Die Revision des Angeklagten wurde vom Reichsanwalt für begründet erklärt, da es zweifelhaft sei, ob es sich bei solchen Auskünften um eine amtliche Tätigkeit handle. Das Urteil des Reichsgerichts wird erst am 12. Juli bekannt gegeben werden.

Schuhe putzt man mit Globin

in Dosen à 20 Pf. überall erhältlich.

Wir empfehlen:
Das
Einmachen der Früchte
und die
Zubereitung von Fruchtsäften
und Getränken.

Eine reichhaltige
Sammlung bewährter Rezepte
von einer
alten praktischen Köchin.
Preis 20 Pfennig.
Leipziger Buchdruckerei A. G.
Abteilung Buchhandlung
Tauchaer Strasse 19/21.

Der Erwerb
einer
guten Hausbibliothek
ist nicht mehr schwer. Man kaufe
Büchermarken.

Wollen Sie sparen?

so machen Sie einen Versuch mit unseren Monatsgarderoben. Wir empfehlen von feinsten Herrschaften wenig getragene, von ersten Schneiderln angefertigte

Maass-Anzüge Serie I 8 Mk., Serie II 14 Mk., Serie III 20 Mk.
Maass-Paletots Serie I 6 Mk., Serie II 12 Mk., Serie III 18 Mk.

Kaufhaus für Monatsgarderoben

Reichsstrasse 26.

[1882]

Fracke und Gesellschaftsanzüge werden zu den billigsten Preisen verliehen.



Bürgerliches Gesetzbuch. Goethe. Faust I. und II. Teil, in 30 Pf. Volksbuchh. Leipzig u. Filialen. Volksbuchh. Leipzig und Filialen.

Bade- und Schwimm-Anstalten.

Königin Carola-Bad. Fang-Behandlung, Dampf-, Wannen-, Schwimm-Basseln. Jeden Dienstag: Volkstag. Eintritt 20 Pf.

Diana-Bad. Dampf-, Wannen-, Kur-Bäder. Schwimm - Halle. Lange Str. 8. Schwimm-Unterricht. Dienstags Schwimmbad 20 Pf., Freitags nachm. f. Kinder 15 Pf.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Waren im Volkshaus,
Reiterstraße 32, II., S. 6.
Arbeitsaufnahmestelle täglich
von 14.00—15.10 Uhr geöffnet.

Zahlstelle Leipzig

Modell- und Fabrikfischler.

Sammlung im Volkshaus (Gesellschaftssaal). Tagessitzung: Bericht über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern über unsere Lohnforderungen. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in der Versammlung zu erscheinen.

[12505]

Jalousiearbeiter.

Freitag, den 1. Juli, abends 18 Uhr, Versammlung im Volkshaus (Zimmer 1). Tagessitzung: Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Jalousiearbeiter Deutschlands. Referent: Kollege Rosemann, Berlin.

Allzeitiges Erscheinen der Kollegen erwartet.

Sommerfest der Holzarbeiter

Mittwoch, den 29. Juni, abends 18 Uhr, Branchenversammlung im Volkshaus (Zimmer 1). Tagessitzung: Bericht über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern über unsere Lohnforderungen. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in der Versammlung zu erscheinen.

[12505]

Die Sekretariate.

Die Sekretariate.

Sonnabend, den 16. Juli, im Felsenkeller.

Maurer

[12505]

Mittwoch, den 29. Juni, abends 18 Uhr

Mitglieder-Versammlung

im grossen Saale des Volkshauses.

Tagessitzung:

Vericht über den Stand des Streiks.

Der Vorstand.

Bauhilfsarbeiter.

Mittwoch, den 29. Juni 1910, abends 18 Uhr

Mitglieder-Versammlung

im Pantheon, Dresden Strasse.

[12567]

Vericht über den Stand des Streiks.

Zutritt nur gegen Bauhilfsarbeiter-Verbandslegitimation.

Die Leitung.

[12567]

Reichshallen

Strassenbahnverb. 4 u. 5, V., S. u. K. Großes Theater, Ball u. Gesellschaftsstätte. Etabliss. Leipzig-B., Elisabethstr. 8-7. Heute bis Sonnabend, den 2. Juli: 5 große humoristische Extra-Konzerte und Vorstellungen der allgemein beliebten

12 Herrn Oskar Junghähnel-Sänger.

Brillantes Kiesenprogramm mit vielen Neuerungen.

Mittwoch nach der Vorstellung: Grosser Grand-Elite-Ball.

Alle Haustickets gegen Nachzahlung gültig.

[12567]

Schlosskeller

Unbekannt schönes Garten- und Ball-Etablissement des Stadtviertels.

[12567]

Morgen Mittwoch, den 29. Juni, abends 8 Uhr:

Konzert und Ball.

Schloss Debrahof

Liepzig-Eutritzs.

Hente sowie jeden Mittwoch:

Grosses Park-Fest.

Prächtige Illumination.

Konzert von 4-11 Uhr, Kapelle Günther Coblenz

Abends Schlachtenpotpourri von Saro.

Bei ungünstiger Witterung Streichmusik im Saale.

Eintritt 40 Pf. Vorzugskarten 20 Pf. Kinder frei.

Max Albrecht.

Achtung! Radfahrer!

Gasthof „Heiterer Blick“.

Jeden Mittwoch: Grosses Garten-Frei-Konzert.

Musikdirektor Mylius aus Taucha. — Programm 10 Pf.

Oberpollinger

Thomaskirchhof 16 Anton Palmie

Kein Schwindel — Keine Radaumusik

:: Keine marktschreierische Reklame ::

ist mein. Orig. Indianer-Quartett.

Miss Lory hat höchst Regierungskunstschule, der auf

Wunsch jedem Besucher gern gezeigt wird.

Täglich von 5-12 Uhr, Sonntags von 11-1 Uhr und 4-12 Uhr.

[12332]

Sipphäuser Täglich Konzert

bis 12 Uhr vom Schrammel-Quartett

Spässvögel

Direktion: Herm. Runkowitz.

Achtung, Zimmerer!

Mittwoch, den 29. Juni, abends 18 Uhr

Versammlung im Sanssouci.

Tagessitzung:

Bericht über den Stand der Bewegung.

Alle Mitglieder werden erachtet, plakativ und zahlreich zu erscheinen. — Zutritt nur mit Mitgliedsbuch und Kontrollkarte.

[12567]

Der Vorstand.

[12567]

Battenberg.

Juni 1910

The Chong Hee Truppe

Chinesische Gaukler.

D. J. Andre's

Meissener Porzellan-Bilder.

Emil Solbrig's

Pantomime: „A Day out“.

Battenberg-Theater

Hinter: Abends 18 Uhr: Erstaufführung: Die letzten sechs

Wochen. Mittwoch-Schauplatz in 3 Akten von Leo Jungmann.

Morgen: Abends 18 Uhr: Zum 2. Male: Die letzten sechs Wochen.

Vorverkauf numerierter Billets bei Franz Stein, Markt 16, und

Paul Pfleiderer, neben Battenberg.

Arbeiter! Genossen!

werbet Mitglieder der

Baugenossenschaft L.-Lindenau.

Auskunft erteilt

H. Eichner, Calvisiusstr. 26, I.

Familienanzeigen.

Burkligelohrt vom Grabe unseres hoffnungsvollen, unvergänglichen Sohnes und Bruders

[12526]

Karl Richard Max Gründling

sagen wir allen, die seinen Sarg so reich mit Blumen schmückt und ihm das Geleit zur letzten Ruhestätte geben, auch denen, die uns in den sorgenvollen Tagen hilfreich zur Seite standen, unseren herzlichsten Dank. Besonderen Dank dem Herrn Pfarrer Dr. Schnödermann für die trostreichen Worte am Grabe. Dir aber, lieber Max, rufen wir ein Ruhe sanft in dein viel zu frühes Grab nach. Die tiestrauernden Eltern nebst Geschwistern u. Verwandten.

Dank.

Burkligelohrt vom Grabe unseres lieben, unvergänglichen Tochterchens

Dora Bernhard

gestorben im zarten Alter von 8 J., 4 M., 1 T., sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten für die herzliche Teilnahme und den reichen Blumenschmuck unsern herzlichsten Dank. Dir aber, liebes Dorchen, rufen wir ein Ruhe sanft in dein viel zu frühes Grab nach.

L.-Plagwitz, den 27. Juni 1910.

12541] Die tiestrauernden Hinterbliebenen.

Für die liebevolle Teilnahme beim Hinscheiden unserer lieben, unvergänglichen Tochter, unserer treuen Schwester Marie Mieder sowie für den überaus reichen Blumenschmuck sagen wir nur hier durch unsern herzlichsten Dank.

Leipzig-Kleinschroder, Siemensstraße 44.

Anna verw. Mieder

nebst trauernden Hinterbliebenen.

[12564]

Auf dem Wege der Besserung von einem schweren Leiden ergriffen, verschied heute früh 1 Uhr plötzlich und unerwartet infolge Herzschlag, meine liebe Frau, unsere gute Tochter, Schwiegertochter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Anna Selma Martha Wadewitz geb. Eichler

in ihrem 80. Lebensjahr.

Mit der Bitte um stilles Beileid zeigt dies nur hier durch an

Stötterich, 27. Juni 1910 Franz Wadewitz

zugelebt im Namen der übrigen Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Donnerstag, 20. Juni, früh 10 Uhr,

vom Trauerhause, Arnoldstraße 17, aus statt.

Nach langer Krankheit verschied heute mein lieber Mann, unser guter Vater, Bruder und Schwager, der Maurer Albert Köhler.

Dies zeigen tief betrübt an

Leipzig-Kleinschroder, Wachsmuthstraße 14, pt.

am 27. Juni 1910

12563] Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Donnerstag 1/2 Uhr auf dem

Friedhof Kleinschroder statt.

[12563]

Gestern, nachm. 1 Uhr, entschlief sanft und ruhig nach längerem Leiden mein lieber Mann unser guter Vater, Sohn, Bruder und Schwager

Herr Franz Huss, Eisendreher

im 52. Lebensjahr.

Dies zeigen tief betrübt an

Louise Huss geb. Planitz nebst 2 Söhnen.

Die Beerdigung findet Donnerstag 1/2 Uhr vom

Trauerhause, Burgner Straße 101, aus statt.

[12545]

Krystall-Palast-Theater

Nur noch 3 Tage: Eine Haremnsnacht.

Ferner: Auftritte altnationaler Spezialitäten.

Aufgang 8 Uhr. Gewöhnliche Preise. Dutzendkarten Mk. 5.50.

Eintritt 7½ Uhr. Aufgang 8 Uhr. Ende nach 10 Uhr.

Gewöhnliche Preise. (Untl. Garderobe.) Aufgang 8 Uhr.

Eintritt: Mittwoch: Die Prinzessin der Tugend. Aufgang 8 Uhr.

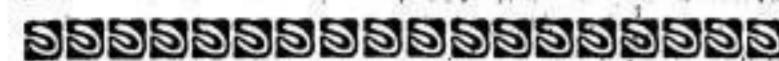
Krystall-Palast. Theatersaal.

Vaudeville-Saison. Artistische Leitung: Ferry Körner.

Nur noch 3 Tage: Abenteuer in Marokko.

Burleske in 3 Akten von Pierre Mallin.

Aufgang 8½ Uhr. — Billette im Krystall-Palast u. bei Aug. Pollo.



Leipziger Angelegenheiten.

Arbeiter!

Zug um Zug ist eingetroffen, was die Sozialdemokraten bei den Schwindelwahlen 1907 vorausgesagt haben: die Kolonien kosteten dem deutschen Volke schweres Geld und bringen nur ein paar Kapitalisten Gewinn. Die großen Steuervorlagen sind trotz aller Ablehnung gekommen, das arbeitende Volk muss jährlich 500 Millionen Mark mehr Steuern aufbringen. Der durch die Hottentottenwahl geschaffene Reichstag hat dem Volk nur neue Lasten, aber keinerlei Fortschritt gebracht.

Die Sozialgezegebung ist längst auf dem toten Strang angelangt. Von Reichs wegen hat die Arbeiterschaft keinerlei Hilfe oder Erleichterung im schweren Wirtschaftskampfe zu erwarten.

Ausste auf die Organisationen und auf die sozialistische Arbeiterpresse angewiesen, muss sie den Kampf um bessere Arbeitsbedingungen führen. Der sozialistischen Arbeiterpresse neue Leser zuzuführen, muss daher die vornehmste Aufgabe jedes organisierten Arbeiters sein.

Die große Bauarbeiterausperrung ist nur der Anfang für die kommenden großen und erbitterten Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit. Mit Gewalt sucht das organisierte Unternehmertum die Arbeiterschaft am sozialen Aufstieg zu verhindern. Diese Gewalt gilt es zu brechen.

Die schärfste Waffe ist die sozialdemokratische Presse. Sie durch Aufführung neuer Abonnenten zu stärken, ist die erste Pflicht jedes denkenden Arbeiters.

Der Zug nach links hat sich bei jeder Reichstagswahl verstärkt. Diese Situation muss zur Abonnentenwerbung unter dem frischen Eindruck der Wahlsiege ausgenutzt werden. Die indifferenten Wähler dürfen nicht wieder der nationalen Phrase zum Opfer fallen. Werbt sie als Abonnenten der sozialistischen Arbeiterpresse.

Neue Marine- und Militärlasten stehen in Aussicht.

Das werktätige Volk soll aufs neue geplündert werden. Dagegen gibt es nur ein Mittel: Anschluss an die Sozialdemokratie, politische Auflösung durch die Arbeiterpresse, Niederringung der Reaktion.

In Leipzig liegt ein besonders dringender Anlass zur Abonnentenwerbung vor. Hier muss der Kampf um die Befreiung des Dreiklassenwahlrechts zum Stadtparlament mit aller Energie aufgenommen werden. Die Leipziger Volkszeitung wird in diesem Kampfe an der Spitze stehen. Sie kann nur mit Erfolg wirken, wenn ihr immer neue Abonnentensharen zuströmen. Also auf zur Abonnentenwerbung für die Leipziger Volkszeitung.

Durch den Ausbau des redaktionellen Teiles sucht die Leipziger Volkszeitung die Auflösung immer mehr zu fördern.

Der politische Teil der Leipziger Volkszeitung unterrichtet schnell, zuverlässig und ausführlich über die in- und ausländischen politischen Vorgänge.

Durch eine besondere Wirtschaftliche Woche kann werden die Leser über die wichtigsten Vorfälle des Wirtschaftslebens unterrichtet. Die Beilage Auskunft und Werkstatt gibt ein treues Bild des praktischen Wirtschaftslebens.

Der jährliche Teil der Leipziger Volkszeitung behandelt ausführlich die politischen und Parteiverhältnisse Sachsen's, insbesondere wird den Verhandlungen des vierklassenlandtags die größte Aufmerksamkeit geschenkt.

Der Gewerkschafts- und sozialpolitische Teil der Leipziger Volkszeitung ist ständig erweitert worden und orientiert die Leser über diese beiden wichtigen Gebiete aufs genaueste.

Der lokale Teil der Leipziger Volkszeitung behandelt das vielfältige Kommunalen Leben und das Verkehrs-wesen, er trägt auch dem Unterhaltungsbedürfnis der Leserwelt Rechnung. Das Vereins- und Versammlungsleben, sowie die Rubrik Gerichtssaal finden volle Würdigung.

Der Umgebungsteil der Leipziger Volkszeitung trägt all den Interessen der großen und kleinen Gemeinden des 13. Reichstagswahlkreises weitgehendst Rechnung und berichtet schnell über alle Vorommunizie.

Die Feuilleton-Beilage der Leipziger Volkszeitung lässt sich anerkanntesten die Pflege von Kunst, Wissenschaft und Literatur angelegen sein. Neben guten Romanen erscheinen kleine Erzählungen.

Der reiche Inhalt der Leipziger Volkszeitung muss jedem Arbeiter zum Abonnieren und zur Abonnentenwerbung veranlassen. Arbeiter, Parteigenossen! Nutzt die Zeit des Quartalswechsels eifrig zur Abonnentenwerbung in Fabriken und Werkstätten reichlich aus. Probeexemplare stellt die Expedition, Tauchaer Straße 19/21, jederzeit zur Verfügung.

Redaktion und Verlag der Leipziger Volkszeitung.

Leipzig, 28. Juni.

Geschichtsalender. 28. Juni 1712: Jean Jacques Rousseau in Genf geboren († 1778). 1736: Der Fabeldichter Gottlieb Konrad Pfeffel in Colmar geboren († 1800). 1815: Der Komponist Robert Franz in Halle geboren († 1862). 1822: Der Dichter Oskar Freiherr von Medem in Lichtenau bei Andechs geboren († 1861). 1831: Der Geiger Joseph Joachim in Röpke bei Preßburg geboren († 1907). 1909: Der Dichter und Maler Arthur Fitzherbert in Bremen gestorben († 1840). Der Kunsthistoriker Richard Wüther in Wölfelsgrund (Gräfenthal) gestorben († 1890).

Sonnenaufgang: 5,41, Sonnenuntergang: 8,24.
Monduntergang: 9,36 vorm., Mondaufgang: 11,54 nachm.

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 29. Juni:
Vöge südwestliche Winde, zeitweise ausseiternd, etwas wärmer, noch leichte, aber wenig erhebliche Niederschläge.

Neuordnung der Gehaltsverhältnisse der provisorischen Lehrer.

Noch immer, wenn städtische Arbeiter den Antrag auf eine geringe Lohn erhöhung stellen, gab es bürgerliche Stadtverordnete und Mitglieder des Rates, die diesen Forderungen den heftigsten Widerstand entgegensehen. Mit allen möglichen und unmöglichen Argumenten suchte man die Erhöhung zu verhindern; gegebenenfalls bewilligte man eine lächerlich geringe Erhöhung, um die Unzufriedenheit der Arbeiter nicht allzu sehr zu schrecken. In der Haupfsache beruft man sich immer darauf, dass die Mittel zu einer Lohn erhöhung für die Arbeiter nicht vorhanden sind. Anders kommt man jedoch — wie die letzte Beamtenbefordnungsvorlage zeigte — den Beamten entgegen. Sie höher im Rang, um so größer auch die Anlage zu dem ohnehin schon ausreichenden Gehalt. Die bürgerlichen Vertreter im Stadtparlament handeln immer so, wie es ihnen ihr Klassenstandpunkt eingibt:

Wenn du viel hast, wirst du bald noch viel mehr dazu bekommen. Wenn du wenig hast, wird dir auch noch das Wenige genommen. Wenn du aber gar nichts hast, ach dann lasse dich begraben.

Erst im vorigen Jahre ist die Neuordnung der Gehalts- und Anstellungsverhältnisse der Lehrer an den städtischen Schulen erfolgt. Dabei wurde auch durch Nachtrag zur Schulordnung der Jahresgehalt der provisorischen Lehrer und Lehrerinnen auf 1000 M. — 1100 M. eigentlichen Gehalt und 500 M. für Wohnung und Heizung — unter Beibehaltung des zweijährigen Provisoriums festgesetzt. Aber schon wieder haben die provisorischen Lehrer ein Gefüg an den Rat gerichtet, und abermals ist der Rat, der sich bei Forderungen der städtischen Arbeiter so hartnäckig zeigt, dass Gefüg willig gefolgt und hat abermals eine Neuordnung der Gehalts- und Anstellungsverhältnisse beschlossen.

Der Beschluss sieht so aus:

a) den Jahresgehalt der provisorischen Lehrer und Lehrerinnen unter Beibehaltung des zweijährigen Provisoriums auf 1800 M. (1000 M. eigentlichen Gehalt und 500 M. für Wohnung und Heizung) zu erhöhen,

b) den Termin der ständigen Anstellung dieser Lehrkräfte auf den Beginn des nächsten Kalenders vierteljahres festzusetzen, in dem sich das zweijährige Provisorium erfüllt,

c) die Bestimmungen unter a und b vom 1. Januar 1911 an in Kraft zu setzen.

In seiner Begründung sagt der Rat, dass ihm im vorigen Jahre die Gehaltserregung für die provisorischen Lehrer auseinander erschienen sei, um auch fernerhin eine genügende Anzahl städtischer Lehrkräfte für den Volksschuldienst zu gewinnen. Er fügt dann hinzu:

Diese Erwartung hat sich indessen nicht bestätigt. Auch im übrigen haben sich die Verhältnisse in den letzten Jahren so ungunstig Leipzig verschoben, dass erstaunlich befürchtet wurde, die Bewerbung der Lehrerschaft um Anstellung in Leipzig werde, unabhängig wie qualitativ zu rückgehen. Diese Ershaltung glauben wir jetzt schon beobachten zu können.

Der frühere groÙe Andrang zu den hiesigen provisorischen Lehrstellen und damit zum hiesigen Volksschuldienst überhaupt beruhte hauptsächlich auf der erheblichen, über die gesetzliche und sonst allgemein übliche Höhe hinausgehenden Bezahlung, auf der geringeren Pflichtstundenzahl und den sich in Leipzig abietenden Bildungsgelegenheiten, besonders auf der Möglichkeit, die Universität zu besuchen. Leipzig ist deshalb früher stets in der Lage gewesen, bei der Wahl von Lehrern nur solche mit allererster Bezeichnung berücksichtigen und seine Lehrkräfte sich aus den Bewerbern aller Teile Sachsen auszuwählen zu können. Diese Umstände waren für Leipzig in seiner Entwicklung zur Großstadt ausschlaglos von grohem und allgemeinem Einflusse. Zu Alledem ist aber, in leichter Zeit nach und nach, eine Veränderung eingetreten: Die Pflichtstundenzahl ist bereits für alle vom 1. Juli 1900 ab zur Anstellung gelangenden provisorischen Lehrer auf 30 Wochenstunden erhöht worden, sie bietet also schon seit langem keine Vorteile mehr. Auch die Möglichkeit, neben der Lehrtätigkeit die Universität zu besuchen zu können, ist für die jungen Lehrer seit kurzem wegfallen, da die Universitätsbehörde Lehrer im Dienst nicht mehr immatrikuliert. Aus diesem Grunde und, da sich den wenigen Lehrern, die die Berechtigung zum Studium besitzen, heute derartige Vorteile bieten, dass sie fast ausnahmslos davon Gebrauch machen, gehen der Stadt Leipzig viel erste Lehrkräfte verloren, die früher in ihren Dienst zu treten pflegten. Während noch im Jahre 1905 die Zahl der studierenden Pädagogen an der hiesigen Universität nur 72 betrug, stieg sie im Sommer vorjahr Jahrs auf 100.

Aber auch die Befördungsverhältnisse haben sich derart ungunstig verschoben, dass es bei weitem nicht mehr den Anziehungspunkt für junge Lehrer bietet, wie früher.

Infolge des Gesetzes, die Gehaltserhöhung der Lehrer an den Volksschulen usw. betr., vom 1. Juni 1908 haben sich die Befördungsverhältnisse auf dem Lande so gestaltet, dass ihnen gegenüber die Leipziger, wenigstens für die jüngeren Lehrer, nicht mehr den teilherren Vorteil bieten. Insbesondere aber steht die Befördung und Stellung der Leipziger provisorischen Lehrer zurück hinter der von Dresden, Chemnitz und Plauen.

Sollte der Rat nicht schon im Vorjahr die Verhältnisse haben übersehen können? Uns will scheinen, als ob er sich damals nur gescheut habe, die schon erheblich über die gesetzliche und sonst allgemein übliche Höhe hinausgehenden Befördung, auf die jetzt beauftragte Höhe zu bringen, und doch er deshalb das Rezept jenes Mannes befolgte, der seinem Hund an jedem Tage nur ein kleines Stückchen vom Schwan abhant, um ihn nicht auf einmal zu großen Schmerz zu bereiten.

Nach dem Bestand vom 1. Juli d. J. berechnet, würde die Neuregelung einen Mehraufwand von 21.600 M. bedeuten.

Befördert. Der Vorsitzende der 2. Strafkammer des hiesigen Landgerichts Herr Landgerichtsdirektor Dr. Dixig ist zum Präsidenten des Landgerichts Plauen i. B. ernannt worden.

Die Abzugsprinzipsielle der älteren Beprägsformen mit der Wertangabe „50 Pfennig“ gelten seit 1. Oktober 1908 nicht mehr als gelegentliches Zahlungsmittel. Es ist aber vom Bischöflichen Rat nachgelassen worden, dass Städte dieser Gattung bei den Reichs- und Landesklassen noch bis zum 30. September 1910 sowohl in Zahlung als auch zum Umtausch angenommen werden.

Hagenbecks Raubtier-Dressur-Schau trifft in den nächsten Tagen in Leipzig ein und gibt auf dem Weißplatz eine Reihe Vorstellungen. Nächsten Sonnabend, den 2. Juli, abends 8¹/2 Uhr, findet die Eröffnungsvorstellung statt.

festlegung der ortsüblichen Tagelöhne. Das Ergebnis der ortsüblichen Tagelöhne gewöhnlicher Tagearbeiter ist zum letztenmal im Jahre 1905 aufgestellt worden. Jetzt hat das Kaiserliche Statistische Amt einen Nachweis der Veränderungen, die seitdem vorgenommen worden sind, aufgestellt. Er ist am 20. Juni abgeschlossen. Der höchste ortsübliche Tagelohn gewöhnlicher männlicher Tagearbeiter über 16 Jahren wird in dem Nachtrag mit 3.00 M. angegeben. Er gilt für die Stadtbezirke Charlottenburg, Niederschönberg, Schöneberg, Lichtenberg und Wilhelmsdorf, tritt hier aber überall erst im Juli oder August in Kraft. 3.50 M. beträgt er in Leipzig und den zum Verbande der Ortskrankenkasse Leipzig gehörenden Orten. In Dresden und einem Teile der Amtskrankenkasse Dresden-Neustadt sowie in Marktstädt und Taucha beträgt er 3.30 M. 3.10 M. beträgt dieser Lohn jetzt in Grimma, 3 M. im Stadtbezirk Breslau, in Wurzen, Chemnitz nebst Vororten, Limbach, Apolda und Jena. Diese erhöhten Löhnen für männliche ausgewachsene Arbeiter entsprechen auch die Löhne für weibliche und jugendliche Arbeiter. So beträgt in den Städten, wo der höchste Lohn 3.00 M. beträgt, der für weibliche Tagearbeiter über 16 Jahren 2.20 M., der für männliche Arbeiter unter 16 Jahren 1.80 M., der für jugendliche weibliche Arbeiter 1.40 M.

Der Bankräuber in Friedberg ist, wie wir schon am Sonnabend berichtet haben, ein Leipziger. Über dessen Person und bisheriges Leben und Treiben wird folgendes bekannt. Der Bankräuber heißt Adolf Winges. Er ist am 24. September 1889 in Eutritsch geboren und wurde nach seiner Entlassung aus der Schule Kaufmann. Weller ein sogenannter Tunichgut war, spidierten ihn seine Eltern nach Amerika. Er lehrte jedoch bald nach Leipzig zurück und begann hier seine schlimmen Streiche von neuem. Mit einem Kaufmannslehrling zusammen, den er zur Unterschlagung verleitete, brachte er 2000 M. in kurzer Zeit in verschiedenen Städten durch. In München wurden die beiden wegen Bankraub zu mehrjähriger Gefängnisstrafe verurteilt. Nach seiner Strafverjährung stand Winges in Leipzig Stellung. Doch, es hielt ihn nicht lange in ehrlicher Arbeit. Eines Tages verschwand er mit 8000 Mark veruntreutem Gelde. Bald scheint indes das Geld alle geworden zu sein, denn nun sah Winges mit Kameraden den Bankraub in Friedberg in Sene. Als Täter des Friedberger Bankraubes ist Winges durch Fingerabdrücke erkannt worden. Bekanntlich hat er sich das Leben genommen, um der Verhaftung zu entgehen.

Der nunmehr ermittelte zweite Attentäter ist der Dachdecker, frühere Oberrealschüler, Friedrich Karl Werner, geboren am 20. September 1890 in Kaiserslautern. Werner ist slawisch. Der schwarze Handlöscher, auf den die Polizei solchen großen Wert legt, ist noch nicht ermittelt worden. Ebenso wenig hat man eine Ahnung davon, wo die Bombe herstammen, die mit Gelatindynamit gefüllt waren.

Auf die Spur Werners kam man dadurch, dass man feststellte, dass Werner zusammen mit Winges im Gefängnis gesessen hat, und dass die beiden kurz vor dem Frankfurter Attentat in Kaiserslautern zusammengefunden wurden. Auch vor Begehung des Friedberger Attentats hat man die beiden zusammen in Frankfurt gesehen. Es stellte sich dann bei der Ermittlungen heraus, dass Werner und Winges Schulkollegen sind.

Die Photographien sind in Friedberg eingetroffen und 11 Personen haben in dem Bild sofort den Mann festgestellt, der zwei Nächte in dem Burghotel in Friedberg übernachtet hat. Werner ist seit dem 20. Mai aus Kaiserslautern verschwunden, nachdem er seinen Eltern erklärt hatte, er wolle eine Radtour machen. Durch einen an seine Eltern gerichteten Brief wurde ermittelt, dass er sich nach Altdorf aufhält, müssen erst die sofort angestellten Ermittlungen ergeben. Die Polizei hofft, bereits zu seiner Verhaftung schreiten zu können.

Die Belohnung, die auf die Ergreifung des flüchtigen Täters ausgeschetzt ist, ist jetzt auf 800 M. erhöht worden.

Am Sonnabend traf in Kaiserslautern ein Brief ein, der von Karl Werner an die 18jährige Verkäuferin Hofmann abgesandt war, die ein Verhältnis mit Albert Werner, dem Bruder des Karl Werner, hat. Diesem Brief lag ein verschlossener Brief an den Bruder selbst bei. Die sofort benachrichtigte Polizei wollte diesen Brief beschlagnahmen, konnte ihn aber nicht mehr auffinden, da er jedenfalls wegen des Karl Werner schwerbelastenden Inhalts von den Angehörigen vernichtet worden war. Durch die Vernehmung der Hofmann und des Albert Werner wurde festgestellt, dass der slawische Karl Werner in den Brief mitgeteilt hatte, er bereite seine Tat aus, gleichzeitig lasse er allen seinen Verwandten Lebewohl sagen, da sie ihn in diesem Leben nicht mehr wiedersehen würden. Es ist danach anzunehmen, dass auch der zweite Attentäter Karl Werner einen Selbstmord beabsichtigt oder beabsichtigt hat. Der Poststempel des Briefes war sehr undeutlich. Es kommen die Orte Altdorf und Brixen in Betracht.

Ein polizeiliches Aufforderung. Man berichtet der Frankfurter Zeitung von der Saar: Die Polizeiverwaltung des Dorfes Oberkirchen im Kreis St. Wendel erlässt folgende amtliche Bekanntmachung:

In einigen Orten wird gelegentlich der Ablauf von Tanzstunden der sogenannte Almtanz abgehalten. Es ist dies ein Tanz, wo sich Frauen und Männer öffentlich abführen lassen müssen. Da dieses gegen die guten Sitten verstößt, ersucht ich den Tanz nicht mehr zuzulassen. Die Aufführung wird polizeilich überwacht.

Polizeiverwaltung Oberkirchen-St. Wendel. Partitur.

Erst wird die Kläuse verboten. Dann wird die Aufführung polizeilich überwacht. Wie reint sich das zu tun? Und muss der Polizist nun über sämtliche ausgeteilten Kläuse Nachschauen? Oder hat er vielleicht seine gerechte Faust vor die bedrohten Lippen der Frauen und Männer zu halten? Oder gilt schlichtlich das Vippenspielen der Männer als Widerstand gegen die Staatsgewalt? Man sieht es ist dringend nötig, dass der moralische Polizeiverwalter von Oberkirchen-St. Wendel genauere Ausführungsbestimmungen seines Antisünderlasses bekanntigt.

Bemerk wird seit dem 14. Juni der 18jährige Buchbindergeselle Paul Kurt Schulze aus der elterlichen Wohnung in der Kochstraße. Der verschwundene junge Mensch ist klein und





Erscheint 3 mal
wöchentlich

Bezugsquellen-Verzeichnis

Der Arbeiterschaft bei
Einkäufen zur Beschaf-
fung empfohlen



Abzahlungsgeschäfte

Liebau, Turnerstr. 27, I.

Aluminium u. Emaille

Max Richter & Co., Pl. Zschoch. Str. 11. Deutsches Haus. Gundorfer Str. 2. Gutekunthsstr. 10. Markt. 2.

Apfelfeine

Obstweinschänke

Bayerische Str. 18. Nähe Bahnhof. Eig. Kelterei Joh. Lechstamper. Ausschank in Gläsern 10 Pf.

Bäckereien, Konditoreien

E. Albrecht, Lü., Henriettenstr. 11. Alfred Beyer, Co., Bornaische Str. 87. **P. Brölitz**, Gaußzsch., Oetzschenerstr. Oswin Flick, Juliusstr. 27. **M. Thierbach**, Karl-Heine-Str. 113. Malz a. München, 1/2 Pfd. 20 Pf. Wagner, Otto, Neu-Sell. Wurz. St. 50

Cigarrenhandlungen

Franz Bauer, Täubchenweg 68. Rich. Danz, Lü., Odernstr. 11. O. Döhler, Grätzsch., Hauptstr. 41. Ebeling, Otto, Gothisch. Hall. Str. 141. K. Elsner, Gaußzsch., Cobrg. Str. 56. E. Eidam, Stöt., Leipzigerstr. 23.

Gebr. Felber

Verkauf d. eigene u. d. Plakatkennl. Detailg. F. Fischer, Blücherstr. 5. M. Gelößer, Pl. F.-Aug.-Str. 27 a. Bhf. Paul Grimm Nach., Winter-

Leipziger Brotfabrik

Großkraut, Brot & Co. Leipziger-Eutritzscher. gar. rein. Roggenbrot. Vollgewicht 1437 g.

Paul Hensel, Wahr., Bahnhofstr. 9.

Oskar Horn, Stötteritzerstr. 17. W. Habitzsch, Böhli-Ehrb., Südstr. 24.

Wih. Kümmeler, Li. Guthsmutstr. 48. Otto Kind, Schl. Könneritzstr. 59. B. Klepzik, Schl. Könneritzstr. 37.

Alfred Knothe, Li. Calvis-Str. 23.

Leipziger Brotfabrik

Großkraut, Brot & Co. Leipziger-Eutritzscher. gar. rein. Roggenbrot. Vollgewicht 1437 g.

Paul Hensel, Wahr., Bahnhofstr. 9.

Oskar Horn, Stötteritzerstr. 17. W. Habitzsch, Böhli-Ehrb., Südstr. 24.

Wih. Kümmeler, Li. Guthsmutstr. 48. Otto Kind, Schl. Könneritzstr. 59. B. Klepzik, Schl. Könneritzstr. 37.

Alfred Knothe, Li. Calvis-Str. 23.

Beerdigungsanst. u. Sargm.

W. Fuchs, verw., Vo., Bogislawstr. 28. Hugo Irmer, Schleswig. Könneritzstr. 64.

Ernst Koenze, Lindenauer Str. 5. Gebr. Reiche, Zschöchersche Str. Lü., Litz. St. 48. Könn. St. 36.

Otto Rühli, Lü., Marktstr. 8. W. Stelzlinger, Brühl 50. Gg. 1706. D. Tröhl, Wiedstr. 16. W. Wuttke, Schönfeld, Südstr. 26.

Bettfedern, Batten, Reinigung

Ad. Kirschberg, N., Reichestr. 30. H. Oldig, Südstr. 2.

A. Petzold, Lü., Birkenstr. 12. P. Purn, Wittgenbergerstr. 38.

J.C. Schwartz, Brühl 50. Gg. 1706. D. Tröhl, rödles Gewicht, reino. D. Tröhl, Ware, Hospitalstr. 26.

Bilderrahmungen

Friedr. Fränkel, Eisenbahnstr. 8. Hennig & Nagel, Gerberstr. 56.

Vorm. M. Igel, Zeitzerstr. 35. Hof I. vorm. M. Igel, Einrahmung v. Fabr. C. Kretschmar, Spez. Spiegel u. Bild.

Wilhelm Niedling, Kolonadenstr. 3. R. Städler Nach., Zeitzerstr. 1, Leipzig. R. Städler Nach., billigst. Werkstatt.

Euill. Vogel, Bayverschent. 26.

Brauereien, Bierhandig.

Brauerei Burghausen-Leipzig, einget. Genossenach. m. b. H. empfiehlt ihre vorzügl. Biere.

Brauerei C. W. Naumann Tel. 2893 Leipzig-Plagw., Tel. 2898 J. Pottkämper, Eutritzscher, seine aus best. Malz u. Hopfen gebr. Biere. C. Schubert, Port., Fischbl. Sdp. 5

F. A. Ulrich

Trinkt. Bier. von: Gebr. Ulrich, Leipzig-Stöt., von:

Dampfbrauerei Zwenkau A. G. Zwenkau.

Briketts, Kohlen

Oskar Schönfuß, L.-Volkmarndorf., Kirchstr. 100. Tel. 10457 (a.Vind.). Br. Berger, Stöt., Hauptstr. 60.

Ernst Claus, Josephstr. 31. O. Dorn, Neu-Mockau.

O. Freiberg, Co., Pfleißingerstr. 19. Fred. Grabau, N., Taucherstr. 30.

Rud. Heinrich Nach., Pl. Gleisstr. Ferd. Hönecke, Idna/Mariannenstr. E. R. Krottschmar, Go., Möck. Str. 8.

Bruno Paukert, Co., Peg. Str. 31. B. Riedeberger, Schönfuß, Südstr. 11. Ernst Wolf, Schenkendorfstr. 60.

Buchhandlungen

J.A. Gutzschebauch, Kurprinzstr. 2. Lottarie-Coll.

Butterhandlungen

Ernst Edler, St. Privatstr. 12. J. Jütz's feinste Schlossbutter! L. Hartkopf, Comineniusstraße 8.

Kluge Frauen kaufen nur Melonen-Butter

O. Marx, Zweinaudorfer Str. 6. Reinholz, Richard, Kreuzstr. 33.

"Kaut Traubanbutter!" D. G. Vogel, Go., Lindenthal. Str. 17.

Markt- u. Kaufhalle „Ost“ Passage

Hugo Luckner

Läden in allen Stadtteilen.

Pura Gust. Samhammer

für Teppichreinig., Por-

tier., Gardin., Garderobe.

Färber und chem. Reinigung

Li., Plautstr. 20 Tel. 10414

Fahrrad-, Auto-, Motorrad-

und Fahrrad-Service

Reparatur, Wartung, Pflege

und Reparatur, Wartung,

Reparatur, Wartung, Pflege

feuilleton-Beilage

Leipziger Volkszeitung 1910. Nr. 146

Im Dunkel.

Erzählung von Gustav Janzen.

Übersetzung aus dem Schwedischen von H. Lüttichau.
(Nachdruck verboten.)

Von der Kirche, deren Turm der Baron bei einem Blick, den er zürst warf, beinahe selbisch mit einem erstarren, in die Höhe wiesenden Begleiter verglich, bogen sie in eine der kleinen Nebenstraßen ab.

Der ewige Aogen hat ja nachgelassen. Ein kleiner Spaziergang vor dem Frühstück würde gewiß nichts schaden," sagte der alte Jurist freundlich. Er hatte sich vorgenommen, nur gleichgültig Sachen zu betrachten, solange sich der Baron in seiner gegenwärtigen Gewissensstörung befand.

Dieser ging schweigend neben ihm. Er war zu mild, um reden zu mögen, und empfand ein schwaches Gefühl von Dankbarkeit gegen den alten Herrn, dem seine Klugheit Wohlwollen und Rücksicht über die Pflicht gemacht hatte.

Nach einer kleinen Viertelstunde gingen die beiden Herren eine breite Straße entlang, die in ihrer üngstlich schnurgeraden Modernität einen trübseligen Eindruck machte. Die hohen Häuser mit ihren fünf und sechs Etagen sahen sich so trostlos ähnlich, und der Baron meinte, er könne von dranzen sehen, wie jedes Zimmer in den tausenden von Wohnungen gleich groß war, dieselben Tapeten hatte und dieselbe Einrichtung. Die ganze Straße war eine einzige Spekulation in Arbeitervohummen, die durch die Gleichheit am Material und Ausdruck lächerlich geworden waren. Alles war in violetter Dämmerung gehüllt und der Baron dachte mit einem Anflug von Bitterkeit an die Vorteile des Käfersystems.

Die beiden Spaziergänger bogen um eine Ecke und gerieten unvermeidlich unter eine Gruppe von Arbeitern. Erregte Stimmen schrien durcheinander, Augen glühten vor Erblitzung und die heftigsten, zornigen Gedanken redeten ihre summe, aber leicht verständliche Sprache. Der Baron hielt einen Augenblick seinen Schritt an, wie wenn er umkehren wollte, aber sein Gefährte ruhig rückte weiter. Seine Gesichtsgegenwart, die den alten Zivisten niemals im Stich ließ, hatte ihn die einzige Mäßigung wahren lassen. Wären sie stehen geblieben und wieder umgedreht, es wäre dasselbe gewesen wie ein Eingeschlossener befindlicher Gefühle oder Bangen durchschaut. Der Baron ging weiter; denn er hatte augenblicklich seinen Feind eingesehen, aber auch andere hatten ihn bemerkt. Eine ganze Weile war er die Blechseide höhnischer spöttischer Blicke und angstlichen Schulterzuckens. Aber alle bogen ihm aus. Als er an den Vorstößen vorüber war, glaubte er, dies Kreuzen der Blicke würde aufhören, aber das war Feindwegs der Fall. Im Gegenteil, die Blicke wurden drohender und einige junge Leute riefen ihm ein paar häßliche Verwünschungen nach. Allmählich kamen sie in die Nähe eines Gebäudes, aus dem immer viele Massen von Arbeitern strömten. Auf den Trottoiren herzhafte Starke standen und die beiden Herren ruhten sich auf den Fahrdamm hinunter bequem. Gegen jenen Willen argerte das den Baron. Hatte er nicht dasselbe Recht auf die Straße wie jeder andre? Außerdem bildete er sich ein, daß es ihm seines Gefährten halber schade; hätten nicht diese Kerle aus bloßer Ehrfurcht vor dem Alter, die man einem befahrt Mann schuldet, ihm ausbiegen müssen? Aber keiner der Herumstehenden dachte daran, obwohl sie den beiden Herren irgendwelche Aufmerksamkeit. Ein einzelner Wort schallte durch die Luft und wurde unaufhörlich durch Gedanken unterstrichen, die plötzlich bestürzt und unbereitst wurden. Das Wort hieß Streik. Überall kuherte man es mit froher Aufrichtigkeit oder mit herausforderndem Troy.

Der alte Jurist löste sich unbelangt durch die Gruppen hindurch und der Baron folgte hinterher. Als er wohl zwanzig Schritte an dem Haus vorüber war, hörte er, wie einige Aufzüge von Hurrausen gemacht wurden. Aber zwei Polizisten standen nicht weit davon und ihre Gegenwart dämpfte die Verlasse. Lebhaften tat der, dem diese Huldigung galt, alles, um die Ovationen zum Schweigen zu bringen. Der Baron blieb stehen und sah zurück. Er entdeckte einen einsamen Mann zu oberst auf der monumentalen Treppe und launte sofort den Volkstribunen wider, dessen Bild so oft in den Zeitungen zu sehen gewesen. Er war selber einmal, als er in der Hauptstadt gewesen, hingegangen, um den Mann reden zu hören. Er erinnerte sich noch sehr wohl der schrecklichen Stimmung und der unschönen Handbewegungen. Aber er erinnerte sich auch des brausenden Beifalls am Schluss der Rede. Der Baron seinerseits hatte nichts Unrechtsbares darin finden können, aber sie enthielt genau das, was die Zuhörer verlangten, und die anstürzenden Tastchen, die darin vorlagen, wurden so mitgeteilt, daß sie allgemein verständlich waren. Da brinnen in dem großen Gebäude war eine jener Stimmungskräfte, denen die Gegenwart mit Verständnis und Andacht lauscht. Wie ungeschult auch der Tonfall, wie einfach die gesprochenen Worte, so hatten Mut und Begeisterung einfach und waren mit dröhrendem Beifallsbonner empfangen worden.

Der Baron, der etwas hinter dem alten Juristen zurückgeblieben war, beschleunigte seine Schritte, um ihn wieder einzuholen. Dabei rief er sich den prachtvollen Kirchenbau ins Gedächtnis zurück und sah, wie die wenigen Zuhörer sich milde und schweigend entfernten, behielt so, als hätten sie eine langweilige und unvermeidliche Arbeit hinter sich. Hier draußen vor diesem häblichen, düsteren Hause blieb die Gemeinde in lebhaftem Meinungsstausch zusammenhängen. Auf der einen Stelle wurden die Menschen in Schub gesummmt, auf der andern wurden sie wach gerüttelt. Für die Stimmen, die unter den hohen Gebäußen redeten, gab es nichts weiter als eine schone aber unfreie Hoffnung jenseits des Lebens, aber für die, die ihre Lehren in den überfüllten Versammlungsräumen verstanden, war alles schon vorgen möglich. Und ihnen strömten immer neue Scharen zu, denn eine Welt, die ausschließlich mit materiellen Werten rechnete, forderte eine Religion, die den Mut hatte, sich mit zu erklären und die Gebräuche der Zeit aufzubauen.

Der alte Jurist sah seinen Begleiter verschlossen von der Seite an, als dieser ihn wieder eingeholt hatte. Er sah, daß im Innern des jungen Mannes ein heftiger Kampf tobte und er schüttete sorgenvoll mit dem Kopf und brummte dasselbe, was schon Generationen vor ihm bedauerten oder verurteilend gebraumt: diese Jugend . . . diese Jugend . . .

Es gärtete und schwante im Gehirn des jungen Barons. Frage auf Frage wirbelte ihm durch den Kopf. Wenn das Alte und das Neue, die Verteidiger und die Angreifer sich hinreichend lange bekämpfen würden dann ein noch Neueres das Resultat dieses Krieges sein? Man brang bis an etwas vor, das man als das für die große Mehrzahl Tagtäglich anfaßt und behält es vermutlich so lange, als es dem Wunsch dieser Mehrzahl entsprach. Wer war die Mehrzahl, die, welche riesen, oder die, welche in Schweigen verharren? Trotzdem er eine auf Erfahrung begründete Furcht vor Neuerkeiten hatte, die so oft wuchsen, und obgleich er Vergleichsrechte hatte, die bestimmt hielten,

sah er nach unten und konnte diese nicht unterdrücken. Nach einer Weile hellten Müngens zwischen alten, oft gedachten Gedanken und neuen Einsätzen auf, und der alte Jurist sagte er mit einer milden Gleichmäßigkeit: „Das kämpfende Christentum war etwas ganz anderes als das Siegende. War es eine Verherrlung oder Entäußerung? Oder lag es vielleicht daran, daß die Erfüllung nie der Verherrlung entsprechen kann?“

Wenn er in die Vergangenheit zurückblickte, sah er eine trostlose Menge von aufrebbenden Kämpfern, eine tolle Vergeudung von Kräften. Sollte die Zukunft dasselbe bringen für eine Menschheit, die beständig aus einem Extrem ins andre fiel, und immer die vorverweselten Auswege wählte? Ja, er sah es jetzt. Wilt wunderlich wanderten die Völker den Weg, der ihnen angewiesen. Das Blut, muglos vergossen, gerann in ihren Fußspuren, und die, deren Leben gebanntlos hingewirkt worden, lagen ungerächt und vergessen. Aber aus dem wirkten Gemüthe der Massen stiegen ständig neue Stimmen, die warneten, leiteten, lockten und weitertrieben. Sie schließen die Scharen mit sich vorwärts, rückwärts, zur Seite. Da langen Stimmen, die in allen Landen überall gab und überall jubelnde Fausten fanden, und da erschrockene, denen man Schwügen gebot, die von allen Seiten überschrien wurden. Aber die, welche die Zeitgenossen am beständigen verfolgten, zählten die Nachwelt oftmals zu den Großen. Indes sich die nächste Generation fast von denen abwandte, denen die Väter in Erfurt gelauscht. Unermüdlich, mit einem Leidenschaft, dessen brutale Kraft Entsetzen erregte, dossen nie versiegende Begeisterung das Herz erschützte, strömten die Scharen bald in jeder Richtung weiter. Die Hoffnung auf das gelobte Wunderland ihrer Träume trieb sie vorwärts und schenkte ihren tobenbaren Herzen neue Kraft. Jedenfalls in unbekannter weiter Ferne, hinter einer unendlichen Anzahl kommender Generationen, ahnten es ihre Väter. Niemand wußte, wo es lag, niemand kannte den Weg, der zu ihm führte, aber alle strebten weiter, weiter, immer weiter. Gestalt der Berge, die ihnen die Aussicht verpersen, wirkte das Ziel, und die Menschheit wanderte, vorwärts bald in jubelnder Hoffnung, bald in gähnender Erblitzung, jenem Traume entgegen, der ständig zurückwich. Einmal doch wird ein wägaborenes Geschlecht das Wunder schauen, die lange Wanderung durch die Wüste der Freiheit wird ein Ende nehmen und glückselige Augen werden die Herrlichkeit sehen. . . .

„Sie sind zu Hause“, sagte der alte Jurist, und reichte ihm die Hand zum Abschied.

Der Baron fuhr zusammen und blieb verwirrt um sich. Er stand vor dem banalen Hotelgebäude einer einsitzigen Großstraße.

„Ja, gewiß.“ sagte er, „wir sind schon so weit.“

Die Herren verbogen sich höflich voreinander. Der Ältere mit einem traurigen, fragenden Lächeln in den Augen, der andre mit einem entschuldigenden Schulterzucken.

Oben auf seinem Zimmer griff der Baron nach den Zeitungen, die sich auf seinem Tisch angehäuft hatten. Hier waren die Stimmen laut, laut zu den Kindern der Zeit redeten.

Nachdem er gut zwei Stunden die Qualen durchschaut hatte, sandt er eine kleine Notiz, die meldete, daß die Regierung genau den Verlauf des soeben ausgebrochenen Streiks verfolge, und daß sie ohne Stimmen ein Eingreifen beabsichtige, um ein weiteres Überhandnehmen des Streiks zu verhindern. Es waren trockne, fast nichts sagende Worte, aber einem aufmerksamen Leser wurde die Vorstellung vergeblich, als ob die Lenker des Staates sowohl den Willen wie die Mittel hätten, um das Unrecht abzuwehren.

Der Baron nickte befriedigt. Diese Nation befaßt ja Männer, die sie selber wählen und denen sie freiwillig folgen. An dem einen Willen der Regierung war ihm nie ein Zweifel gekommen, es erblühte nur, die Wirkung ihrer Mittel abzuwarten.

Es war an demselben Sonntag, an dem die Grubenarbeiter ihre Versammlungen abhielten. Der nächste Morgen brachte die Nachricht, daß der Streik beschlossen war. Einige Tage später waren die Transportarbeiter ihrem Beispiel gefolgt. Der Baron sah ununterbrochen auf seinem Zimmer und suchte die Wahrheit in den Zeitungen. Wenn ihm einige allzu greifbare Überbelastungen auftauchten, entschuldigte er sie damit, daß bei der Höhe des Gesetzes ein Überblick unmöglich sei.

In diesem Gewirr von Ansichten war es indest eine schwere, beinahe unmöglich Sache, sich eine eigene Meinung zu bilden. Nachdem der Baron eingesehen, daß der Kampf, wie fast in allen Fällen, nicht um Recht oder Unrecht, sondern um Spezialinteressen geführt wurde, begriff er, wie gegeben die Wahl eines Standpunktes für jeden, dessen Interessen bedroht, und wie schwer sie für ihn war, der unparteiisch dasjenige suchte, was er die Wahrheit nannte.

Müß und unlustig strich der Baron die Zeitungen vom Tisch herunter und ging ins Freie, um zu sehen und zu hören. Das erste, was seine Aufmerksamkeit erregte, waren die Flaggenfahnen, die längs der Hauptstraße der Stadt errichtet waren. Er ging weiter und kam nach dem Bahnhof. Was möchte die Veranlassung solchen Prunks sein?

Am Bahnhof traf er den alten Juristen, der die Unterbrechung eines Regenschauers zu einem Spaziergang benutzt hatte.

„Sie sind also auch hier, um sich die Vorbereitungen anzusehen.“ sagte der alte Herr, und auf den fragenden Blick des Barons lächelte er hinzug: „Der Obmann Seiner Majestät wird in einigen Stunden hier eintreffen. Er beabsichtigt, der Grube einen Besuch abzustatten.“

Dem Baron entging weber der etwas arrogante Tonfall noch das spöttische Blinzeln der Augen. Auf seine fragenden Blicke fuhr der alte Herr bereitwillig in seiner Erklärung fort:

„Sie verstehen, die Liebe, die in offiziellen Berichten den Trembling auf dem Thron mit den ihm unbekannten Einwohnern des Landes verbindet, heißtt bisweilen eine ungünstige Handlung. Seine Majestät will den vom Unglück betroffenen Arbeitern seine Teilnahme begegnen. Das geschieht, indem er ein Mitglied seines Hauses zu ihnen entsendet. Vermutlich hofft Seine Majestät dabei gleichzeitig auf zuverlässige Mitteilungen über den Streik und die ganzen Zustände hier. Es heißt allgemein, daß der Streik höchstens Orts die allergrößte Überraschung verursacht habe. Sie kommen gerade noch rechtzeitig.“ meinte dann der alte Herr, und knöpfte, wie zufällig, seinen Überzieher auf. Der Baron sah, daß er im Prad war und seine Orden trug, und lächelte verständnisvoll.

„Ich weiß doch nicht recht.“ meinte er zögern und ein wenig gedehnt.

„O, ich kann mir nicht denken, daß es schaden könnte. Gehen Sie nach in Ihr Hotel; auf Wiedersehen auf dem Bahnhof!“

Fortsetzung folgt.

Der Fichtenkäfer oder Waller.

Von A. S. Abree.*

Deutsch von M. Pannwitz.

Wenn ich in der Überschrift den Namen Fichtenkäfer anwende, so begreift ich absichtlich eine Kognac; in den Nachbüchern heißt das Insetz nämlich Waller (*Polyphylla fullo* L.).**

Dieser Name findet sich zuerst bei Plinius dem Älteren. In einem Kapitel seiner Naturgeschichte bespricht der römische Forstschreiber die Heilmittel gegen Gelbfucht, Fleber und Wasserrück. Und sein Arzneiwerzelbuch ist eine ganz absonderliche Naturkundesammlung; da finden wir ausgedehnt: den längsten Baum eines schwarzen Hundes; die Schnauze eines Spitzmaus, in rosa Weinwand gewickelt; das rechte Auge einer Spitzmaus, das dem Tier bei lebendigem Leibe herausgerissen und in einem Täschchen von Steinen eingebettet ist; das mit der linken Hand herausgeschüttete Herz einer Schlange; den Schwanz eines Skorpions samt dem Stachel; dies alles besteht in einem schwatzigen Tuch eingeschlagen, daß der Kranke drei Tage lang über das Heilmittel, noch den, der es bei ihm anwendet, sehen kann, und andre Unheimlichkeiten mehr.

Mitten darunter befindet sich 103 Mittel zur Bekämpfung des Flebers angesichts, man müsse den Käfer *Fullo* mit den weißen Flecken entzweischnellen und eine Hälfte auf den rechten Arm und die andre auf den linken Arm legen.

Welchen Käfer hat nun Plinius unter diesem *Fullo* mit den weißen Flecken verstanden? Man kann dies nicht genau wissen. Die Angabe „mit den weißen Flecken“ würde auf unten mit vielen weißen Tupfen wie mit Mehl besprüngten Fichtenkäfer recht gut passen, kann und aber keine Gewissheit geben. Plinius ist sich wahrscheinlich selbst über sein wunderbares Heilmittel nicht ganz klar gewesen. Offenbar war ihm das Wort von Landleuten zugekommen, die recht mittelmäßige Beobachter sind, und auf deren Namengebung man sich nicht immer verlassen kann. Die späteren Naturforscher haben den Namen von Plinius übernommen, und auf diese Weise ist einer unserer schönsten Käfer zum Waller geworden. Die Majestät der Jahrhunderte hat die sonderbare Benennung gewählt.

Trotz aller meiner Achtung vor alten Benennungen paßt mir aber der Ausdruck Waller nicht, weil er ganz und gar unstimig ist. Der gesunde Menschenverstand muß mehr gelten als eine noch so alte, aber durchaus ungutrechte Bezeichnung. Wir wollen den Käfer daher lieber Fichtenkäfer nennen in Erinnerung an den von ihm bevorzugten Baum, der sein Paradies bildet während der zwei oder drei Wochen, da er die Lust durchschwirrt.

Un Städtlichkeit nimmt es der Fichtenkäfer, ein Vetter des gelben Maikäfers (*Mesolontha vulgaris* L.), mit dem Rauchkäfer (*Oryctes nastcornis* L.) auf. Ist seine Tracht auch nicht so voll metallischen Glanzes wie die der Laufkäfer, der Pracht- und Rosenläufer, so ist sie doch anmutig genug. Auf schwarem oder fastenbraunem Grunde sind zahlreiche weissamte Tupfen unregelmäßig hingestreut; ein bescheidenes und angenehmes Stolzes Gewand.

Als Pappenzäler trägt das Männchen am Ende seiner kurzen Fühlern scheinartige breite Enden (Blätter), die durch ihr Entfalten oder Aufklappen von den Empfindungen des Käfers Zeugnis ablegen. zunächst möchte man diesen prächtigen Käfer für ein hochentwickeltes Sinnesorgan halten, das etwa imstande wäre, seine Freunde, für uns nicht wahrnehmbare Schallwellen oder andre Reize, die uns grobrennen Sinne unbedingt lieben, aufzunehmen; aber das Weibchen macht uns, und dieser Anschluss zu vertrauensvoll hinzugeben. Wegen seiner militärischen Pflichten bedarf es mindestens einer ebenso großen Sinnesempfindlichkeit wie das andre Geschlecht, und doch ist seine Helmzier sehr klein und besteht nur aus sechs dünnen Blättern.

Wo mag dann wohl der große Käfer des Männchens dienen? Der siebenblättrige Apparat hat für den Fichtenkäfer dieselbe Bedeutung wie für den Hebdock die langen äußersten Hörner, für den Käfer die Waffen an der Stirn, für den Drosselfäher die gewehsförmigen Kinnbaden. Nur jeden handelt es sich um einen ihm eigentümlichen Hochzeitsgeschmuck.

Der schöne Fichtenkäfer erscheint gegen den Mittsommer, ungestört zur selben Zeit wie die ersten Blätter. Sein plinkliches Auftreten macht ihn zu einem Merkzeichen im Insektenkalender, der ebensofort geregt ist wie der Bürgerliche. Wenn die längsten Tage kommen, dann verschafft er nicht, sich auf seinem Radbaum einzufinden. Die Johannisseuer, die an die alten Sonnenfeste erinnern und von den Kindern in unseren Dorfstraßen angezündet werden, sind keine regelmäßige Geschlecht.

Um diese Zeit besucht der Käfer alle Abende bei ruhigem Wetter in den Dämmerstunden die Fichten meines Gartens. Mit den Augen verfolgt, wie sie freiwillig folgen. In stillen, aber durchaus nicht lebensfestslosen Flug schwingen sich besonders die Männchen immer aufs neue mit ausgebreiteten Flüllersäcken herum, sie suchen die Zweige auf, wo sie von den Weibchen erwartet werden; sie gehen und kommen, wobei sich ihre Umrisse dunkel am fahlen, vom letzten Schimmer des Sonnenlichts erhellt Himmel abheben. Sie leben sich, erheben sich wieder und beginnen von neuem ihre geschäftigen Stunden. Was tun sie da oben während der vierzehn Tage, die ihre Festzeit dauert?

* Vor kurzem beging der Käfer der lebenden Insektenforscher, Jean Henri Fabre, dessen 87. Geburtstag vor einigen Monaten geweiht ist, sein 50-jähriges Jubiläum als Insektenforscher. In Sérignan in der Provence fand die Feier statt. Es beteiligten sich daran Vertreter der französischen Regierung, Wissenschaft und Literatur, ausländische Gelehrte und zahlreiche Freunde und Verleger des großen Forstlers, dem Ed. Perrier, eine eigens für diesen Zweck geprägte goldene Plakette überreichte. Im Namen der königlichen Akademie in Stockholm wurde ihm die Rumé-Medaille und im Auftrage des Genfer Instituts durch Céleste eine Urkunde dargebracht. Wir geben hier eine seiner schönen Insektenbildungen wieder.

** Bei uns führt dieser statliche Käfer eine ganze Reihe von Bezeichnungen: Dünenläufer, Waller, Müller, Gerber, Tannen-, Donnerläufer, Elter, Weinkäfer und endlich Quillläufer, weil er im Juli fliegt. Unter den aus mehrfachen Gelegenheiten entlehnten Benennungen bedeutet „Müller“ auf die vielen weißen Flecken seiner Deckflügel hin. In seinen höheren Körperunterschlüßen gleicht er unserem gemeinen Maikäfer und dem Rohrfliegen-Maikäfer (*Mesolontha hippocastani*), ist aber viel größer: über 8½ Zentimeter lang. Er kommt bei uns nur in einzelnen Gegenden, vorzüglich auf sandigen Ebenen vor, wo er durch Abstreifen der Nadeln an den Fichten und Tannen, aber auch in Sandbüschen Schaden tut. Seine Larve schlägt sich im meistlichen der Schenkelwurze des Waldbewergerlings an.

Nummer 146 der Feuilleton-Beilage.

Das lädt sich denken; sie machen ihren Schönen den Hof und seien ihre Huldigungen die ganze Nacht hindurch fort. Um nächsten Morgen findet man regelmässig Männerchen und Weibchen auf den unteren Zweigen einzeln und unbeweglich sitzen, gleichgültig gegen das, was um sie her vorgeht. Nicht einmal, wenn man mit der Hand nach ihnen greift, weichen sie aus. An den Hintersilben hängend, nagen die mässigen an einer Nadel und dämmern so vor sich hin, das Stück zwischen den Fingerringen hältend. Erst wenn die Zeit der abendlichen Dämmerung wieder kommt, erwachen sie zu neuem Leben.

Dieses Treiben dort oben in den Bäumen genauer zu beobachten, ist nicht möglich; versuchen wir es also in der Ge langenschaft! Vier Paare habe ich mir am Morgen zusammen gesehen und in eine geräumige, mit Fichtenzweigen versehene Voliere gesetzt. Aber was ich zu sehen bekomme, entspricht nicht meiner Erwartung: daran ist offenbar der Umstand schuld, daß ihnen das Umherfliegen verwehrt ist. Habschus näher sich von Zeit zu Zeit ein Männchen seiner Auserkorensten, es breite seine Flügeldecken aus und lädt sie leicht erschauern, wohl mit der summen Frage, ob es auf Erhörung rechnen dürfe; das Weibchen aber läßt sich nicht, also ginge es die Zurschaustellung der männlichen Stärke gar nichts an. Da, die Gefangenschaft macht keurig und stimmt die Lebenslust herab. Weiteres habe ich nicht zu sehen bekommen. Die Paarung muß wohl in den frühen Morgenstunden stattfinden, so daß ich den günstigen Augenblick verpaßt habe.

Ein Umstand erregte besonders meine Wissbegierde. Der Fichtenläscher kann Muskel machen, und zwar Männchen und Weibchen in gleicher Weise. Benutzt sie der Freier als Takt und Verbemittel? Antwort die Urmworbene auf das verliebte Ständchen eben? Das es sich unter normalen Umständen mitten im grünen Fichtenzweig so verhält, ist sehr leicht möglich; ich kann es aber nicht bestätigen, da ich niemals dergleichen weder unter den Fichten, noch von meinen Gefangenen gehört habe.

Hervorgebracht wird der Ton vom Hinterleibsende, das sich in sonder Bewegung abwechselnd hebt und senkt und dabei mit den leichten Ringen den hinteren Rand der unbeweglich gehaltenen Flügeldecken streift. Keine Spur von besonderem Konverkehr weder an den reibenden, noch an der geriebenen Fläche; vergebens sucht man mit dem Vergrößerungsglas jene feinen Streifen oder Nischen, auf die man die Erzeugung des Geräusches zurückzuführen hätte; beide Seiten sind völlig glatt. Wie kommt der Ton zu stande?

Wenn man mit dem beschichteten Finger über Glas, etwa über eine Fensterscheibe, fährt, so erhält man einen ziemlich kräftigen, dem des Fichtenläschers nicht unähnlichen Ton. Noch besser wird der Erfolg, wenn wir zum Reiben des Glases ein Stück elastischen Gummis nehmen, wir bringen dann ziemlich genau die Töne unseres Insektes hervor. Hält man den musikalischen Takt richtig ein, so könnte das Ohr leicht getäuscht werden, so nahe kommt man dem Original.

Nun wird bei dem Musikkapparat des Käfers die Fingerspitze oder das Stück Gummi durch den vom Insekt bewegten weichen Hinterleib dargestellt, die Fensterscheibe aber durch den Rand der Flügeldecke, eine kleine, starre, sehr leicht in Schwingungen zu versetzen Fläche. So ist also die musikalische Mechanik des Fichtenläschers sehr einfach.

Anderer Käfer, es sind ihrer aber nicht sehr viele, erfreuen sich des gleichen Vorzugs, so z. B. der spanische Mistläscher (*Copris hispanus*). Er bringt Töne hervor vermittels leichter Schwingungen des Leibes, der den hinteren Rand der Flügeldecken ein wenig streift.

(Schluß folgt.)

Kunstchronik.

Münchner Richard-Strauß-Woche.

Um Neuer, Strauss — welch reger Strauss! So kann man noch heute ausdrücken, wenn auch beiden Meistern noch und nach verdiente Anerkennung geschenkt wird. Neuer hat sein von Freunden seiner Kunst veranstaltetes Fest in Dortmund schon hinter sich und kann mit dem Erfolge zufrieden sein. Er hat auch beim Tonkünstlerfest in Zürich noch vor kurzem nach der Aufführung seines zweifellos hochbedeutenden und kühnsten Hoffnungen erweckenden 100. Palms wahre Triumphfeier, die auch durch die Worte eines Referenten, der ihn „einen verhimmelten Bißschreiber“ nennt, in keiner Weise getrübt werden können. Nun kommt „der andere“ an die Reihe; Richard Strauss erhält ebenfalls sein großes Fest, veranstaltet von der Stadt München. Es ist sehr hübsch, wenn eine Stadt sich so um ihren berühmten Sohn kümmert und den jetzt 45jährigen, in vollster Schaffenskraft stehenden Sohn mit der Anbringung einer Gedenktafel an seinem Geburtshause ehrt. Aber leider ist das alles nur ausgegangen von einer Summe einzelner, einflussreicher Leute, und nicht etwa der verehrenden Danzbarkeit der ganzen Stadt München entsprungen. Im Gegenteil, es hat gleich wieder böse Streitigkeiten und harde Worte gegeben, da man mit der Wahl des geschäftsführenden Konzertunternehmers nicht einverstanden war; und auch der Gegenstand des Festes selbst, die Aufführung fast aller Strauss'schen Werke, hat eine Verspätung herzustellen nicht vermocht. In bitterem Unmut stießen sich zwei Lager gegenüber: die Partei der Münchner Musiker mit Moths und der Kapelle und die Partei des das städtische Wohlwollen genießenden Konzertunternehmers Gutmann, der, hier hilflos alleingelassen, für die von ihm auf Veranlassung der Stadt unternommenen Festkonzerte in der Musik halle der städtischen Ausstellung fremde Kräfte, vor allem die Wiener Philharmoniker als Sinfoniorchester heranziehen muss. Eine Brücke über die trennende Kluft ist Richard Strauss selber, der sowohl im Prinzregententheater (Partei I) wie auch in der Musikhalle der Ausstellung (Partei II) als Dirigent (hier als Opern-, dort als Sinfoniedirigent) tätig sein wird, bei Partei II in erhöhtem Maße, da der Dresdner Schuch, der als Mittleren wirken sollte, erkrankt ist. Der Besucher des Festes wird vielleicht von diesen schlimmen Verhältnissen nichts merken; es ist aber doch bezeichnend, wie selbst der so viel geehrte Strauss hier keine Einigkeit erzielen kann. Fragt man sich nun, ob es denn überhaupt berechtigt sei, einen Mann, der selten genug mit hohen Worten bedacht, oft genug aber angegriffen, lächerlich gemacht und gar beschimpft ward, ein so umfangreich angelegtes Fest zu veranstalten, so darf man wohl, wie auch im Falle Neuer, mit ja antworten. Denn, mag man über Strauss nun denken wie man will, das Recht der Persönlichkeit, die eben etwas bemerkenswertes darstellt und Eigenes zu sagen weiß, wird man ihm unbedingt zusprechen müssen. Wie hat doch noch jedes seiner Werke beim ersten Erscheinen die Gemüter aufgeriegelt! Hier alle höheren Schöpfungen in rascher Aufeinanderfolge nochmals vorüberzählen zu hören, das Gesamtwerk des rührigsten, geschäftslustigsten, aber auch talentvollsten Opernkomponisten und Sinfonikers unserer Zeit einmal vollständig übersehen zu können, ist entschieden von Wert. Im Prinzregententheater kommen zur Aufführung die dramatischen Werke Feuersnot, Salomé, Elektra und die Tondichtung Ein Heldenleben; in der Musikhalle der Ausstellung die sinfonischen Dichtungen Aus Italien, Don Quichote, Loh und Verklärung, Macbeth, Aladdin, Karathustra, Till Eulenspiegels lustige Streiche, Don Juan, Sinfonia Domestica, dazu noch Gefänge mit Orchesterbegleitung, die Burleske für Klavier und Orchester, das Vorspiel zu Guntram, die beiden Militärmärsche; schließlich im Künstlertheater Gefänge, die Sonate in C-Dur für Klavier und Violin, in F-Dur für Klavier und Violoncello, das E-Moll-Quartett und die E-Dur-Serenade für Blasinstrumente.

Am Donnerstag abend ward das Fest im Prinzregenten theater mit der Feuersnot eröffnet. Dieses Werk ist das zweite Bühnenwerk Straußens — das erste war Guntram — und kam 1901 in Dresden zur Uraufführung. Ein Singgedicht — so nennt es der Lyriker Ernst v. Wolzogen, der Schöpfer des Überbreitlings, und die von ihm so oft geübte Weise kann er auch hier nicht auslassen. Das Ganze ist, wenn man es recht betrachtet, ein ausgefeiltes Überbreitlied mit verdeckten Rollen, Satire auf bekannte Vorgänge aus der Kunsthgeschichte, genauer: aus Richard Wagner's Leben. Eine l'art pour l'art-Dichtung haben wir vor uns, da Strauss selbst sich mit der Hauptperson Kunrad dem Ebner (der alles wieder eben, versöhnen will) identifiziert und seiner Münchner Vaterstadt, den biederem Sendlinger, zu „sabelhafter Unzeit“ eine große Strafspredigt hält, daß sie den universellen Meister einst von sich gejagt. „Sein Wagen kam allzu gewagt euch vor, da trieb ihr den Wagner aus dem Tor“ heißt es wörtlich. Es ist hier jene böse Zeit gemeint, da man Wagner, den intimen Freund des Königs Ludwig, für alle schlimmen politischen Ereignisse und die schlechte wirtschaftliche Lage in Bayern verantwortlich machte, ihn aufs heftigste anklagte und erreichte, daß der unfähige Wagner, um verdeckten Folgen aus dem Wege zu gehen, den König verließ und dem Posaentenreiden Münchens 1865 den Rücken lehrte. „Den bösen Heind, den trieb ihr nit aus, der stellt sich euch immer ausse zum Strauss“ geht es doppelmäßig weiter. Und Strauss spricht, sich gewissermaßen als Wagners Werk fortsetzenden Erben lächelnd, in stark selbstbewusster Art auch promovendo: als „Spanienschred“ schreut er seine Münchner aus ihrem Phantasieland auf, die „notige Enge“ ihres geistigen Lebens und Treibens mit harten Worten bedenkend. Alle diese Tendenzen sind mit ausgezeichnetem Geschick in die unterhaltsame Geschichte von dem eroßenden Feuer zu Aubenaerde, die vor fast 70 Jahren bei Brodhaus in dem Niederländischen Sagenbuch mitgeteilt ward, hineinarbeitet. Das Ganze ist etwa im Stile der Meistersingerzeit gehalten. Opern mit so angesprochen satirischen Gehalt, der vollständig allein einer sich für den Gegenstand selbst noch erwärmenden Zeit aufgehen kann, hat es ja bereits einige wenige gegeben, die indessen alle der Vergesslichkeit anheimgefallen sind. Ich befürchte, daß auch die Neuersuot ein solches Schicksal schon bedroht auch erleidet wird, weil ihr ein rein menschlicher Gehalt so gut wie vollständig fehlt und die große Menge hier einfach nicht mitkommen kann. Um die Musik freilich wäre es wirklich schade, sie gehört zum Besten, was Strauss auf dramatischem Gebiete geleistet hat. Das Werk ist musikalisch ein noch recht zähmer Wälzer der Salome; die Abhängigkeit von Wagners Meisterlingen ist durchweg zu spüren, vor allem in der Ausgestaltung des uns langreichen horischen Apparates. Das Sattische läßt sich an und für sich musikalisch sehr schwer zum Ausdruck bringen, Strauss hat aber ausgezeichnete Hilfsmittel gefunden in einigen Wagnerischen Themen, die in humorvoller Weise verwendet werden, und in populären Liedern und Tänzen seiner Heimat selber. Die Wagnerischen Themen unterstützen Kunrad (also Strauß) Strafspredigt ob Wagners vom Volke erzwungenen Wegganges, während solche Lieder wie: „mit san net von Voam“, „so lang der alte Peter“ u. a. zur Charakteristik der biersüßen, trunksüßen, aber spielerhaften Münchner Einwohnerschaft gebraucht werden. Dem Wissenden ist das alles Anhören zu vergnüglicher Stimmung, zu unbefangener Heiterkeit, die mit etwas Schadenfreude gemischt ist; der Theaterbesucher „an sich“, der unausstehliche Valet, hat wenig Genuss von dem Werke. Er nimmt auch gar nichts davon mit nach Hause, wie man sagt, höchstens den Eindruck, daß hier alles wirklich singt und singt, daß die Singstimmen insbesondere ganz prächtig zur Geltung kommen. In der Tat, Strauss zeigt sich hier als ein echter Singemeister. Die Aufführung übertraf bei weitem meine Erwartungen, die freilich nicht sehr hochspannt waren, da ich öfters Gelegenheit hatte, mich von den meist mittelmäßigen Leistungen der Münchner Opern und seinen ewigen Solistenkalamitäten zu überzeugen. Chor und Solisten boten durchweg ganz Ausgezeichnetes; die Frische der Chorstimmen hat mich sogar überrascht. Alles ging am Schnellsten. Von den Solisten ragten der sehr theatralische, aber stimmungsvolle und von seinen früheren Andeln ähnlich befreite Herr Heinrichs als Kunrad und Frau Burg-Zimmermann als rein, in der Höhe aber spitzigende Dienstbotin hervor. Richard Strauss dirigierte selbst; das überdeckte Orchester klingt nicht so gedämpft wie in Bayreuth, von dem das Prinzregententheater eine fast bis in alle Einzelheiten getreue Kopie ist. Das es hier und da etwas schallte, muß man wohl dem Umstände zuschreiben, daß das Haus nur zu zwei Dritteln besetzt war.

Es ist immerhin nicht üblich, ein zu seinen Ehren gegebenes Fest mit einer gewaltigen und von Spott getragenen Strafrede an die gutmütigen Verantworter an beginnen; die Münchner lieben sich die Feuernotworte indessen gefallen und waren fröhlich dabei. Hatte Strauss eben so selbstbewußt von sich gesprochen, so fuhr er gleich noch in derselben Art fort, und wie Weintrinker etwa sagen: bei der Sorte bleiben wir, so sah er den Münchnern gewissermaßen sein tongewordnes Rosterfei vor, und mit den zwar ungeprochenen, doch allen Zuhörern deutlich hörbaren Worten: seht, jo aner bin i — leitete er über zu der aus dem Jahre 1800 stammenden Tondichtung: Ein Heldenleben. Ich kann mich an diesem Werke im ganzen wenig ergönen; die sechs Abschnitte: der Held, des Helden Widersacher, des Deladen, des Gefährten, des Helden Walstatt, seine Friedenswerke, seine Weltsucht und Vollendung — finde ich nicht genügend kontrastiert, einige überhaupt nicht glücklich geschaut. In Beethoven's Eroica darf man schon gar nicht denken. Erregend sind die Schlussteile, ein unendlich beruhigendes Pastorale, die schließlich den Helden überkommende Astete, der endliche Verzicht auf den streit und ränkelvollen Wettkampf mit den Miststreben und das Hinschlüpfen in bessere Zeiten. Meine Bedenken, das Werk werde unter der Verdeckung des tief gelegenen Orchesterrausches an Wirkung einbüßen, waren hinsichtlich es lang ausgezeichnet. Vortragende war die Münchner Kapelle unter Leitung Womits inspirierter Führung.

Am Freitag vorabend fand im Künstlertheater der Ausstellung, wo sonst Reinhardt mit seinen Truppen sein Lager aufgeschlagen hat, das erste Kammermusikkonzert statt; ebenfalls bei nur vage gefülltem Hause. Es brachte wenig außergewöhnliche Genüsse. Das beste war ohne Zweifel die Sonate in E-Dur für Violine und Klavier, Werk 18 von Jahre 1887, also ein Jugendwerk. Der zweite Satz, Improvisation, besticht, ist nicht nur ein gut klingendes duftiges Stück, sondern eine herrliche Eingabe; er entfaltet und allen irdischen Dramaszenen. Strauss zeigte sich als bedeutender, den Gehalt völlig anschöpfer Pianist, Professor Rose aus Wien spielte den Violinstück mit Hingabe. Das im Alter von 20 Jahren komponierte E-Moll-Klavierquartett, Werk 12, ist als Arbeit eines Anfängers bedeutend, im übrigen für Strauss Kunst nicht von besonderem Wert; Mitglieder des Roséquartetts und Ignaz Friedmann trugen es vollendet vor. Zwischen diesen beiden Werken lantianen Gefänge zu Gehör, ausgeführt von Tilly Koenen und (als Ex-Jay für den extraktiven Baptiste Hoffmann aus Berlin) Franz Steiner aus Wien. Solche Künstler leisteten gefällig und auch im Vortrage Tressliches. Über Strauss' Viedersprache spreche ich mich kurz so aus. Verblüffend ist meist die Wahl des Textes. Als einer der ersten verblüffend schlicht ist Strauss, die moderne und modernste Literatur, vorzüglich auch die soziale Lyrik Dehmels, Falles, John Mackays und anderer. Musikalisch schafft er hier nichts Neues, wenn er auch nirgends uninteressant ist; einen von seinen Verehren oft gemachten Vergleich mit großen Meistern, etwa mit Hugo Wolf, hält er im ganzen Leben nicht aus. Hier und da gelingt ein Wurf, oft aber wird auch eine Banalität, ein Fehler (Beispiel: heimliche Aufforderung) zur Welt gebracht.

Am Freitag abend rief mich die Aufführung der Salome im Prinzregententheater, 2. Neben-Saal bekannt. Dieses Werk ist das zweite Bühnenwerk Straußens — das erste war Guntram — und kam 1901 in Dresden zur Uraufführung. Ein Singgedicht — so nennt es der Lyriker Ernst v. Wolzogen, der Schöpfer des Überbreitlings, und die von ihm so oft geübte Weise kann er auch hier nicht auslassen. Das Ganze ist, wenn man es recht betrachtet, ein ausgefeiltes Überbreitlied mit verdeckten Rollen, Satire auf bekannte Vorgänge aus der Kunsthgeschichte, genauer: aus Richard Wagner's Leben. Eine l'art pour l'art-Dichtung haben wir vor uns, da Strauss selbst sich mit der Hauptperson Kunrad dem Ebner (der alles wieder eben, versöhnen will) identifiziert und seiner Münchner Vaterstadt, den biederem Sendlinger, zu „sabelhafter Unzeit“ eine große Strafspredigt hält, daß sie den universellen Meister einst von sich gejagt. „Sein Wagen kam allzu gewagt euch vor, da trieb ihr den Wagner aus dem Tor“ heißt es wörtlich. Es ist hier jene böse Zeit gemeint, da man Wagner, den intimen Freund des Königs Ludwig, für alle schlimmen politischen Ereignisse und die schlechte wirtschaftliche Lage in Bayern verantwortlich machte, ihn aufs heftigste anklagte und erreichte, daß der unfähige Wagner, um verdeckten Folgen aus dem Wege zu gehen, den König verließ und dem Posaentenreiden Münchens 1865 den Rücken lehrte. „Den bösen Heind, den trieb ihr nit aus, der stellt sich euch immer ausse zum Strauss“ geht es doppelmäßig weiter. Und Strauss spricht, sich gewissermaßen als Wagners Werk fortsetzenden Erben lächelnd, in stark selbstbewusster Art auch promovendo: als „Spanienschred“ schreut er seine Münchner aus ihrem Phantasieland auf, die „notige Enge“ ihres geistigen Lebens und Treibens mit harten Worten bedenkend. Alle diese Tendenzen sind mit ausgezeichnetem Geschick in die unterhaltsame Geschichte von dem eroßenden Feuer zu Aubenaerde, die vor fast 70 Jahren bei Brodhaus in dem Niederländischen Sagenbuch mitgeteilt ward, hineinarbeitet. Das Ganze ist etwa im Stile der Meistersingerzeit gehalten. Opern mit so angesprochen satirischen Gehalt, der vollständig allein einer sich für den Gegenstand selbst noch erwärmenden Zeit aufgehen kann, hat es ja bereits einige wenige gegeben, die indessen alle der Vergesslichkeit anheimgefallen sind. Ich befürchte, daß auch die Neuersuot ein solches Schicksal schon bedroht auch erleidet wird, weil ihr ein rein menschlicher Gehalt so gut wie vollständig fehlt und die große Menge hier einfach nicht mitkommen kann. Um die Musik freilich wäre es wirklich schade, sie gehört zum Besten, was Strauss auf dramatischem Gebiete geleistet hat. Das Werk ist musikalisch ein noch recht zähmer Wälzer der Salome; die Abhängigkeit von Wagners Meisterlingen ist durchweg zu spüren, vor allem in der Ausgestaltung des uns langreichen horischen Apparates. Das Sattische läßt sich an und für sich musikalisch sehr schwer zum Ausdruck bringen, Strauss hat aber ausgezeichnete Hilfsmittel gefunden in einigen Wagnerischen Themen, die in humorvoller Weise verwendet werden, und in populären Liedern und Tänzen seiner Heimat selber. Die Wagnerischen Themen unterstützen Kunrad (also Strauß) Strafspredigt ob Wagners vom Volke erzwungenen Wegganges, während solche Lieder wie: „mit san net von Voam“, „so lang der alte Peter“ u. a. zur Charakteristik der biersüßen, trunksüßen, aber spielerhaften Münchner Einwohnerschaft gebraucht werden. Dem Wissenden ist das alles Anhören zu vergnüglicher Stimmung, zu unbefangener Heiterkeit, die mit etwas Schadenfreude gemischt ist; der Theaterbesucher „an sich“, der unausstehliche Valet, hat wenig Genuss von dem Werke. Er nimmt auch gar nichts davon mit nach Hause, wie man sagt, höchstens den Eindruck, daß hier alles wirklich singt und singt, daß die Singstimmen insbesondere ganz prächtig zur Geltung kommen. In der Tat, Strauss zeigt sich hier als ein echter Singemeister. Die Aufführung übertraf bei weitem meine Erwartungen, die freilich nicht sehr hochspannt waren, da ich öfters Gelegenheit hatte, mich von den meist mittelmäßigen Leistungen der Münchner Opern und seinen ewigen Solistenkalamitäten zu überzeugen. Chor und Solisten boten durchweg ganz Ausgezeichnetes; die Frische der Chorstimmen hat mich sogar überrascht. Alles ging am Schnellsten. Von den Solisten ragten der sehr theatralische, aber stimmungsvolle und von seinen früheren Andeln ähnlich befreite Herr Heinrichs als Kunrad und Frau Burg-Zimmermann als rein, in der Höhe aber spitzigende Dienstbotin hervor. Richard Strauss dirigierte selbst; das überdeckte Orchester klingt nicht so gedämpft wie in Bayreuth, von dem das Prinzregententheater eine fast bis in alle Einzelheiten getreue Kopie ist. Das es hier und da etwas schallte, muß man wohl dem Umstände zuschreiben, daß das Haus nur zu zwei Dritteln besetzt war.

etwas zu sagen, erspare ich mir; der Vorstellung sei aber mit ein paar Worten gedacht: Strauss saß wiederum unter der Schalldecke am Pulte, seine Führung war bemerkenswert aus dem Grunde, weil sie überraschend schnelle Tempi nahm. Das war vor allem für den Vertreter des Johannaan günstig; ber über seine langen Noten auf diese Weise leicht hinwegkam und nicht, wie es anderwärts geschah, zu schreien brauchte. Daß Johannaan seine Partie nur etwas rascher sang, hatte weiterhin den nicht zu unterschätzenden Vorteil, daß der mit immer stark der Realität der unruhigen Welt Herodes-Salome und der Daseit des Propheten nicht so auffällig war und das ganz stilistischer wirkte als bei andern Vorstellungen, wo man sich gerade Mühe gab, die Pfundnoten des Älternbewohners mit fast übermenschlicher Kraft und Ausdauer an den Muhr zu bringen. Schließlich redet doch Johannaan dieselbe Sprache wie Herodes. Wird seine Partie zu langsam genommen, so sieht sie hohl und unerträglich. Ein Negeschüler ist die anzustreichen; Salomes Tanz begleiteten drei schwärzige postierte Praeliederlinnen mit ihren Instrumenten. Was soll das? Ist das nicht eine totale Verkennung dieses ganzen Tanzstücks? Die Musik, die Strauss hier macht, kann doch nicht aus von fremder Hand gespielten Instrumenten kommen, sie ist doch ganz und gar der Ausdruck der jeweiligen und sehr wechselhaften Regungen der Tierseele Salomes! Aus dieser Seele ist diese Musik geboren, und wer da glaubt, es handle sich etwa um ein unter picten Leuten schon bekannte, feststehende Tanzstück (also nicht um einen Phantasietanz), mit dem läßt sich nicht reden. Der Regisseur, Herr Wirk, hat seinerseits in Dresden die Uraufführung der Salome inszeniert und dort keine solchen Streiche gemacht. Dem Münchner viel zu hellem Bildnusbild fehlt auch die schwule Stimmung, die von dem hochgewölbten, sternenscheinenden Nachthimmel ausgehen soll. Ernst Kraus aus Berlin gab einen ausgedehnten Herodes, Edith Walter (Hamburg) eine darstellerisch zu malte, gesanglich bis auf die mit großer Anstrengung genommene Höhe gute Salome, Frau Preuse-Wagner war vorlich und läßt sich nicht reden. Der Rest, die anderen Teile, sind eben so ausgewechselt wie die Tänze. Das ist eine sehr gute Salome, Frau Preuse-Wagner warlich der Rolle der Herodes eine Bedeutung, die die andern Ortes nicht hatte, die aber dieser Mutter Salomes unbedingt gehören muß, wenn man die Pantoffelheldenhaftigkeit Herodes' verstehen soll. Broderen war als Johannaan üblich. Die Aufführung zerfiel in zu viele Brocken, ihr fehlte es im ganzen an wirklich hinreichender Kraft. Das Orchester sang nicht flüssig genug.

Das Konzert im Gewandhaus, das am Sonntag vormittag zum Besten des Pensions- und Witwenfonds des Stadtorchesterstafthand, nahm einen glänzenden Verlauf. Der starke Besuch war in Unbeachtung des Zwecks der Veranstaltung doppelt erfreulich.

Das Konzert stellte friedlich Werke von Brahms und Wagner zusammen. Es hat ein Interesse, diese beiden Meister nebeneinander zu hören, zumal in den Werken, wie sie geboten wurden. Der Sinfonie in E-Moll von Brahms folgte die Ouvertüre und das Bacchanale aus Tannhäuser in der Pariser Fassung, das Waldmeyer aus Siegfried und zum Schluß das Meistersinger-Vorspiel. Nach der Brahms'schen Sinfonie gleich die Tannhäuser-Stücke zu hören, läßt den Gegenstand der beiden Werke möglichst stark empfinden, wobei man sich allerdings noch vor Augen halten muß, daß der eine eine für das Konzert, der andre für die Bühne schreibt. Aber daran liegt es nicht in erster Linie, daß Wagner nach Brahms in rein künstlerischer Beziehung zunächst ganz primitiv wirkt. Es steht so wenig „Kunst“ in der Ouvertüre gegenüber der Brahms'schen Sinfonie, daß man sich zunächst beinahe einstellen muß, um dieser ganz verschiedenen Kunst gerecht zu werden. Es geht dies bei Wagner ja sehr rasch. Beim unbedingten Publikum vollzieht sich die Einstellung ohne weitere Verzögerung, während bei Brahms auch die Schale in Kauf zu nehmen ist. Würde man in der Musik von bekleideten und unbedekten Darstellungen der Menschen sprechen, so handelt es sich bei Wagner um die ersten, während Brahms für seine Menschen noch eine ganz besondere Umhüllung erfunden würde. Als Plastiker hat Wagner Brahms gegenüber schon seinen Vorstoss als Bildnuskomponist voraus. Die Plastik ist bei Brahms auch nach einer ganz andern Seite hin entwickelt. Man würde tatsächlich nicht, wie sich Brahms als Bildnuskomponist bewährt hätte.

Doch die Aufführungen dieser Werke unter Rücksicht auf höchster künstlerischer Höhe standen, sei nur nebenbei bemerkt.

Neues Theater. Mittwoch: Don Juan. Donnerstag: Rigoletto. Freitag: Ein Maskenball (Werdegärtel IV). Sonntag, 3. Juli: Mignon. Montag, 4. Juli: Alceste (Werdegärtel V). Montag, 4. Juli: Hoffmanns Erzählungen. — Altes Theater. Geschlossen.

Vereinigte Leipziger Schauspielhäuser. Schauspielhaus. Mittwoch: Liebesgötter. Donnerstag, Freitag, Sonnabend: Satyr. Sonntag, 3. Juli, 1/8 Uhr: Satyr. Montag, 4. Juli: Der Registrator auf Reisen. — Neues Operetten-Theater (Theater am Thonh